

93. Sitzung

Freitag, den 17. Oktober 2003

Erfurt, Plenarsaal

Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur "Wirtschaft stärken - Für mehr Wachstum und Beschäftigung in Thüringen" **8100**
dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/3643 -

Nach der Regierungserklärung durch den Minister Reinholz findet eine Aussprache zu der Regierungserklärung statt.

Ausbildungssituation in Thüringen **8134**
Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3615 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Reinholz zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktionen der SPD und der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktion der PDS wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Fragestunde **8143**

a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Becker (SPD) **8143**
Waldverkäufe zur Finanzierung der Ausgleichszahlung an das Haus Sachsen-Weimar-Eisenach
- Drucksache 3/3653 -

wird von Staatssekretär Baldus beantwortet. Zusatzfragen.

b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (PDS) **8144**
Bestandsaufnahme des Gewässerzustandes
- Drucksache 3/3654 -

wird von Staatssekretär Baldus beantwortet.

c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Koch (PDS) **8145**
Niedersächsische Initiative zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes
- Drucksache 3/3620 -

wird von Minister Dr. Gasser beantwortet.

- d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Hahnemann (PDS) 8146**
Abhören von "Verteidigergesprächen"
 - Drucksache 3/3621 -

wird von Minister Dr. Gasser beantwortet.

- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten K. Wolf (PDS) 8147**
Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Anrechnung von Bereitschaftszeiten
 - Drucksache 3/3648 -

wird von Staatssekretärin Dr. Meier beantwortet. Zusatzfrage.

- Berichtsvorlage der Enquetekommission "Erziehung und Bildung in Thüringen" 8147**

Antrag der Abgeordneten Bechtum, Dittes, Döring, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Lehmann, Nitzpon, Panse, Pelke, Dr. Pidde, Dr. Stangner, Tasch, K. Wolf, und Zitzmann

- Drucksache 3/3634 -

dazu: Änderungsantrag der Abgeordneten Bechtum, Dittes, Döring, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Lehmann, Nitzpon, Panse, Pelke, Dr. Pidde, Dr. Stangner, Tasch, K. Wolf und Zitzmann
 - Drucksache 3/3661 -

Ohne Begründung durch die Antragsteller und Aussprache wird der Änderungsantrag - Drucksache 3/3661 - einstimmig angenommen.

Der Antrag - Drucksache 3/3634 - wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags - Drucksache 3/3661 - einstimmig angenommen.

- Überstundenabrechnungen bei der Thüringer Polizei 8148**
 Antrag der Fraktion der PDS
 - Drucksache 3/3640 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Trautvetter einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktion der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Innenausschuss wird mit Mehrheit abgelehnt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Vorbeugende Maßnahmen zum
Hochwasserschutz
Beratung der Großen Anfrage der
Fraktion der PDS und Antwort der
Landesregierung - Drucksachen
3/3237/3463 - auf Antrag der Frak-
tion der PDS**

8153

dazu: Unterrichtung durch die Prä-
sidentin des Landtags
- Drucksache 3/3553 -

*Nach Durchführung der Beratung wird eine von der Fraktion
der PDS beantragte Fortsetzung der Beratung im Ausschuss
für Naturschutz und Umwelt mit Mehrheit abgelehnt.*

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Arenhövel, Bergemann, Bonitz, Braasch, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Heym, Jaschke, Kallenbach, Kölbel, Dr. Kraushaar, Krauß, Kretschmer, Lehmann, Lieberknecht, Panse, Dr. Pietzsch, Pöhler, Primas, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauch, Tasch, Trautvetter, Dr. Vogel, Vopel, Wackernagel, Wehner, Wetzel, Wunderlich, Zitzmann

Fraktion der PDS:

Buse, Dittes, Dr. Fischer, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Huster, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Dr. Koch, Kummer, Nothnagel, Ramelow, Scheringer, Sedlacik, Sojka, Dr. Stangner, Thierbach, Dr. Wildauer, K. Wolf, Zimmer

Fraktion der SPD:

Bechthum, Becker, Dr. Botz, Doht, Döring, Ellenberger, Gentzel, Höhn, Dr. Klaus, Künast, Lippmann, Dr. Müller, Pelke, Dr. Pidde, Pohl, Schemmel, Dr. Schuchardt, Seidel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

stellv. Ministerpräsident Trautvetter, die Minister Dr. Gasser, Dr. Krapp, Reinholz, Prof. Dr. Schipanski, Dr. Sklenar

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	8098, 8100, 8108, 8115, 8158, 8160, 8162, 8163
Vizepräsidentin Ellenberger	8138, 8140, 8142, 8143, 8144, 8145, 8146, 8147, 8149, 8150, 8151, 8152, 8153, 8154, 8156
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	8120, 8125, 8126, 8128, 8130, 8131, 8132, 8133, 8134, 8136
Becker (SPD)	8143, 8144, 8160
Dr. Botz (SPD)	8144
Buse (PDS)	8108, 8140
Doht (SPD)	8130
Fiedler (CDU)	8149, 8150, 8152
Gerstenberger (PDS)	8128
Dr. Hahnemann (PDS)	8146, 8149, 8151, 8152
Heym (CDU)	8132
Höhn (SPD)	8150
Kallenbach (CDU)	8126
Dr. Koch (PDS)	8145
Kretschmer (CDU)	8120
Kummer (PDS)	8144, 8158
Lippmann (SPD)	8115
Dr. Müller (SPD)	8125
Pelke (SPD)	8137
Ramelow (PDS)	8152
Scheringer (PDS)	8099
Sonntag (CDU)	8153, 8154
Vopel (CDU)	8131
Wackernagel (CDU)	8138
Wehner (CDU)	8142
K. Wolf (PDS)	8147
Baldus, Staatssekretär	8144, 8145, 8156, 8162
Dr. Gasser, Justizminister	8145, 8146
Dr. Meier, Staatssekretärin	8147
Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	8100, 8133, 8135
Trautvetter, Innenminister	8148, 8153

Die Sitzung wird um 9.05 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Mitglieder der Landesvertretung, verehrte Besucher auf der Besuchertribüne, ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen zur heutigen 93. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 17. Oktober 2003. Ich möchte jemanden ganz besonders begrüßen, der zwar gestern schon hier saß, aber noch nicht ausdrücklich begrüßt wurde, zumindest nicht von diesem Präsidium aus, nämlich Herrn Staatssekretär Benner, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Sie sind uns ja schon aus der 1. Legislatur auf diesem Platz bekannt, aber auch zwischenzeitlich haben wir verschiedentlich miteinander zu tun gehabt. Ich darf mich auf gute Zusammenarbeit freuen und für Ihr Amt alle guten Wünsche mit auf den Weg geben. Also, herzlich willkommen.

Dann haben neben mir Frau Abgeordnete Künast und Frau Abgeordnete Wackernagel Platz genommen. Frau Abgeordnete Künast wird die Rednerliste führen.

(Beifall bei der SPD)

Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Ministerpräsident Althaus, Herr Minister Kaiser, Herr Abgeordneter Böck, Herr Abgeordneter Illing, Herr Abgeordneter von der Krone, Herr Abgeordneter Mohring, Frau Abgeordnete Nitzpon.

Darüber hinaus möchte ich noch einige Hinweise zum heutigen Tag geben. Wir haben gerade Herrn Staatssekretär Benner willkommen geheißt. Willkommen und Abschied liegen aber wie immer dicht beieinander. Wenn alle Bauverantwortlichen Wort halten - ich sage es mal mit der Einschränkung, alle Bauverantwortlichen Wort halten - verabschieden wir uns mit dieser Sitzung, der 93. Plenarsitzung der 3. Legislaturperiode, aus diesem Saal, in dem wir nun 13 Jahre getagt haben. Ich denke, das ist schon eine Zäsur, bei der wir ein wenig innehalten können.

Ich habe einmal so ein bisschen nachgesehen. Die konstituierende Sitzung der 1. Legislaturperiode am 25. Oktober 1990 war ja bekanntlich in Weimar im Deutschen Nationaltheater, aber ab dem 26. Oktober 1990 haben wir hier in diesem Saal getagt. Dieser Saal, der Anfang der 50er-Jahre als Schwurgerichtssaal, Herr Justizminister, errichtet wurde, dann dem Bezirkstag Erfurt diente und seit 13 Jahren uns, dem frei gewählten Thüringer Landtag, in drei Legislaturperioden. Wir haben in diesen 13 Jahren immerhin 314 mal getagt in diesem Saal, haben fünfmal

eine Wahl des Ministerpräsidenten durchgeführt. Es haben drei Landtagspräsidenten bzw. -präsidentinnen, sechs Vizepräsidenten bzw. Vizepräsidentinnen presidiert. Wir haben 11.220 Drucksachen beraten, darunter 576 Gesetzentwürfe, 1.071 Anträge, wozu noch einmal 1.738 Entschließungs-, Alternativ- und Änderungsanträge kommen. 2.848 Mündliche Anfragen wurden gestellt, nicht alle konnten im Plenum beantwortet werden, aber immerhin 2.605. Ich denke, eine ganz stattliche Bilanz, und mancher hat beim Abschied ja schon ein bisschen Wehmut mitklingen lassen, wie beim Herrn Fraktionsvorsitzenden, aber ich habe auch gerade gestern wieder Klage gehört über Zugluft und Beleuchtungsverhältnisse,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:
Weicheier!)

(Heiterkeit im Hause)

und da ist es für eine Präsidentin schon gut, wenn man Besserung versprechen kann. Wir hoffen auf diese Besserung mit dem Einzug in den neuen Plenarsaal. Auch das möchte ich an dieser Stelle sagen, am 12. November 2003, um 14.00 Uhr, also einen Tag vor der regulären Plenarsitzung im neuen Plenarsaal, werden wir dann, so Gott will und die Bauleute Wort halten, die Einweihung des neuen Plenarsaals halten. Ich denke, vor diesem Hintergrund sollten wir nun auch diese 93. Plenarsitzung absolvieren. Aber nicht ohne auch darauf hinzuweisen, dass nicht alle mit uns diesen Umzug tätigen werden. Wir werden nicht alle im neuen Plenarsaal wiedersehen.

So wird uns ein Mann, ich fange mal noch nicht bei den Abgeordneten an, sondern an anderer Stelle, ein Mann der ersten Stunde und treuer Wegbegleiter aller Fraktionen verlassen, der Leiter unseres Wissenschaftlichen Dienstes Dr. Sebastian Dette. Er hat uns von der 1. Legislaturperiode an begleitet und stand mit Rat und Tat zur Seite.

(Beifall im Hause)

Er war - Sie merken es am lang anhaltenden Beifall aller Fraktionen - ein stets loyaler, immer einsatzbereiter, immer um Lösungen bemühter Helfer, und ich gestehe, dass ich selber den Aufstieg vom Ministerialdirigenten zum Bundesrichter gar nicht so ganz wusste, dass das überhaupt so geht, wenn Sie nicht vor wenigen Monaten just in dieses Amt gewählt worden wären. Darüber, denke ich, können wir uns alle freuen, bei aller Wehmut; wir werden Sie vermissen. Ich denke, es zeichnet auch die Leistungsfähigkeit dieses Thüringer Landtags aus, dass aus unseren Reihen, jetzt darf ich Verwaltung und Plenum mal in der Gesamtheit sehen, ein solcher Bundesrichter demnächst seinen Dienst antreten wird. Also noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Und nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird uns auch einer unserer Kollegen, nämlich Konrad Scheringer, verlassen. Auch er ist heute den letzten Tag unter uns zu dieser Plenarsitzung, und just, die Fügung wollte es so, feiert er heute seinen 65. Geburtstag.

(Beifall im Hause)

Lieber Herr Scheringer, auch hier der lang anhaltende Beifall aller Fraktionen als Gratulation für Sie durch das hohe Haus, auch von meiner Seite ganz persönlich. Wir wünschen Ihnen weiterhin Gesundheit, Glück und Wohlergehen für viele Jahre, und wir haben, auch das möchte ich sagen, Ihnen viel zu danken in diesem Haus an Profil, an Bodenständigkeit, an Originalität im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall im Hause)

Danke für Ihren Einsatz in diesem Haus für den Freistaat Thüringen, und aus diesem Anlass der Verabschiedung und zugleich dem 65. Geburtstag will ich, wie Sie es auch erbeten haben, Ihnen gern das Wort zu einem kurzen persönlichen Wort an dieses Haus geben.

(Beifall im Hause)

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Frau Präsidentin, meine lieben Berufskollegen und Abgeordneten und Freunde, Genossen und auch

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

auf der Zuschauertribüne, ich kann mich nicht so lange aufhalten, ich fange auch ein bisschen an zu schwitzen, weil es mir eigentlich so nicht, so ist mir das gar nicht, aber wenn ich über mich da persönlich daherreden muss, ist es nicht so wie sonst, wenn ich zu meinem Beruf rede.

Ich möchte mich erst mal, obwohl mit mir haben Sie nicht viel Ärger gehabt in der Landtagsverwaltung, ich war immer nicht so viel zu sehen, aber ich möchte mich bei den ganzen Mitarbeitern und allen, die mit mir mal zu tun hatten, ganz recht herzlich bedanken. Ich bin immer irgendwie - gegenüber bei mir in der LPG war das immer ein bisschen anders, und in der Agrargenossenschaft, da ging das gleich zur Sache - bevorzugt und ordentlich behandelt worden. Ich hoffe, die Mitarbeiter hören zu oder auch nicht, also es war für mich von der Seite schon mal ganz angenehm. Am Anfang war es für mich hier ein bisschen ungewohnt, da war es für mich - Herr Schwäblein guckt schon wieder so - ein bisschen schwierig hier, mich an das Klima zu gewöhnen. Dann muss ich aber sagen, so ähnlich wie die Präsidentin das gesagt hat, die Frau Lieberknecht, aus Fachkenntnis und aus Kollegialität hat sich das täglich, wenn ich mal hier war, gebessert. Ganz besonders in meinem Ausschuss muss ich sagen, wo die Fachfragen meist beredet worden sind, war es am An-

fang auch - da hatte ich aber Klaus Mehle neben mir - erst einmal ein bisschen schwierig, aber durch die ordnende Hand von meinem Egon und ganz besonders vom Minister haben wir meist dort sachlich und fachlich

(Beifall im Hause)

fröhen können. Durch unsere Besuche im Land, muss ich sagen, war das für uns alle immer ein Gewinn. Ich habe auch dort, obwohl ich ja einer der Älteren war, dazugelernt. Das habe ich aber auch versucht, gleich wieder bei mir daheim und bei meinen Berufskollegen weiter auszubreiten. Von der Seite, muss ich sagen, war das für mich auch eine ordentliche Sache. Ich will heute nicht hier von irgendwelchen besonderen Querelen sprechen, sondern meinen Berufskollegen und Abgeordneten gebührt im Wesentlichen für das Verständnis für mich auch Anerkennung und Dank. Meine vielen Frauen in meiner Fraktion - Sie wissen ja, lauter hübsche junge "Weiber", sagt man da,

(Heiterkeit im Hause)

natürlich auch Frau Wackernagel und Frau Doktor,

(Heiterkeit im Hause)

die bei uns im Ausschuss waren, die haben mich immer nur mit Blicken oder so auf den richtigen Weg gewiesen.

(Heiterkeit im Hause)

Auch wenn es nicht so ganz einfach mit mir war, möchte ich mich aber auch hier bei Ihnen, bei meiner Fraktion insgesamt bedanken. Hier war es für mich ein Leichtes. Kollege Gerstenberger hat mal gesagt, wenn der nicht bei uns in der Fraktion ist, der ist trotzdem da, der ist immer in Gedanken da. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.

Eines will ich Ihnen aber hier auch noch sagen, Frau Präsidentin - und dann bin ich gleich fertig -, was mir oder uns allen mehr zu Herzen stehen muss, mir auch, die Frage der Gerechtigkeit. Die Frage der Gerechtigkeit ist für uns alle weit gespannt. In unserem Staat ist das mit der Gerechtigkeit immer schwierig. Wir haben welche unter der Brücke, wir haben welche, die Probleme mit der Steuergerechtigkeit haben, das Geld irgendwohin zu verschieben. Ich sage, unser Staat, unsere reiche Bundesrepublik hat viel Geld, es muss nur richtig verteilt werden. Das wissen Sie, dazu kennen Sie meine Auffassung.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Da bin ich ja der Meinung, wir als Bauern - heute bin ich ja mal als Erster dran, ich hatte mich schon aufgeregt, dass die Landwirtschaft immer weit hinten ist, heute sind wir ganz weit vorn, ja, Herr Ministerpräsident a.D., das ist erst mal sehr gut für uns, denn sonst ist es ja

immer nicht so gewesen. Das sollte sich auch ein bisschen ändern. Die Bedingungen werden härter, wir haben eine Ministerin - gegenüber unserem Minister -, die versteht nichts von solchen Sachen.

(Beifall und Heiterkeit im Hause)

Das ist ganz klar, die kann das auch nicht verstehen, die ist nicht von der Pike auf Bauer. Die anderen waren immer nur Bauern, egal aus welcher Couleur. Die haben immer mal das Verständnis für den großen breiten Bereich der Landwirtschaft. Eines ist natürlich klar, Herr Minister, da stimmen Sie mir bestimmt zu, das Einzige, was im Wesentlichen die ganze Zeit über errettet worden ist, das sind die großen starken landwirtschaftlichen Betriebe. Wir achten jeden, auch den kleinsten Bauern, die müssen viel mehr arbeiten. Aber in Zukunft sind unsere großen starken Betriebe - sehen Sie nach Amerika, sehen Sie nach Frankreich, überall, wo Sie hinkommen, sehen Sie, die Ernährung ist dort relativ gesichert. Dass unsere Lebensmittel so wenig wert sind und wir so im Überfluss leben, damit müssen wir erst mal leben, aber achtet jede Scheibe Brot. Damit möchte ich schließen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Der Jubilar hat uns noch mal eindrücklich unter Beweis gestellt, wie wir ihn neun Jahre hier erlebt haben. Nochmals alle guten Wünsche mit auf den Weg! So viel ich weiß, soll es da ja in der kommenden Woche auch noch eine gesonderte Verabschiedungsfeier, zu der er selber einlädt, geben.

Dann können wir nach diesen Gratulationen jetzt tatsächlich in die Tagesordnung einsteigen und kommen zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 1**

Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur "Wirtschaft stärken - Für mehr Wachstum und Beschäftigung in Thüringen"

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/3643 -

Ich darf Sie, Herr Minister, bitten, uns die Regierungserklärung vorzutragen.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, "Wirtschaft stärken - Für mehr Wachstum und Beschäftigung in Thüringen": Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes ist das Ergebnis des Einsatzes risikoberei-

ter Unternehmer und engagierter Mitarbeiter. Die Unternehmen müssen sich durch überzeugende Produkte und innovative Produktionsverfahren im Wettbewerb behaupten. Nur wenn es ihnen gelingt, können Wachstum und Beschäftigung entstehen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, diesen Prozess zu unterstützen. Sie muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Unternehmen erfolgreich am Markt bestehen können. "Auf Thüringens Stärken setzen" - dieses Leitmotiv von Ministerpräsident Dieter Althaus gilt ganz besonders für die Thüringer Wirtschaftspolitik. Unsere Stärken liegen vor allem in der zentralen Lage des Freistaats, der Kreativität und Leistungsbereitschaft unserer Bevölkerung ...

Präsidentin Lieberknecht:

Moment mal, Herr Minister. Demonstrationen auf der Tribüne sind nicht gestattet hier in diesem Landtag. Ich bitte, diese Plakate sofort einzurollen, sonst müssen unsere Ordnungskräfte tätig werden. Ich bitte vor allen Dingen die PDS-Fraktion, hier einmal tätig zu werden. Sie werden hier mit ausgewiesen.

Ist die Ordnung wieder hergestellt? Die Ordnung auf der Tribüne ist hergestellt. Jetzt haben wir nur das Problem der Verunreinigung im Saal, da Schnipsel und Papiere von der Tribüne heruntergeworfen wurden. Vielleicht kann man diese Papiere, die von der Tribüne runtergestreut wurden, noch aufsammeln. Ich sehe, es hängt mit der PDS-Fraktion zusammen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:
Das ist keine Aktion meiner Fraktion!)

Aber mit der PDS als Ihrer Partei.

(Unruhe im Hause)

Sind die Plätze jetzt wieder einnehmbar?

Jetzt scheint die Aufräumaktion aber beendet. Dann bitte ich, die Plätze einzunehmen. Ich bedaure den Zwischenfall, Herr Minister, und bitte Sie, einfach noch mal zu beginnen.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon beachtlich, wenn die jungen Leute nicht mal bis zwei zählen können, denn der Tagesordnungspunkt "Ausbildungsplätze in Thüringen" ist Tagesordnungspunkt 2 und nicht 1 am heutigen Tage - Tag zwei. Vielleicht wäre es sicher cleverer gewesen, Sie würden mit Ihrer Demonstration dorthin gehen, wo die PDS auch mitregiert, nämlich nach Brandenburg. Dort sieht die Ausbildungsplatzsituation wesentlich schlechter aus als in Thüringen,

(Beifall bei der CDU)

und in Mecklenburg-Vorpommern erst recht, natürlich.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich beginne einfach noch einmal von vorn. Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes ist das Ergebnis des Einsatzes risikobereiter Unternehmen und engagierter Mitarbeiter. Die Unternehmen müssen sich durch überzeugende Produkte und innovative Produktionsverfahren im Wettbewerb behaupten. Nur wenn ihnen das gelingt, können Wachstum und Beschäftigung entstehen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, diesen Prozess zu unterstützen. Sie muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Unternehmen erfolgreich am Markt agieren können. "Auf Thüringens Stärken setzen" - dieses Leitmotiv von Ministerpräsident Dieter Althaus gilt ganz besonders für die Thüringer Wirtschaftspolitik. Unsere Stärken liegen vor allem in der zentralen Lage des Freistaats, der Kreativität und Leistungsbereitschaft unserer Bevölkerung und der Flexibilität unserer Unternehmen. Wir müssen diese Potenziale künftig noch stärker zur Geltung bringen. Wir werden dazu die Standortbedingungen in Thüringen weiter verbessern. Wir werden weiter auf die Herausbildung neuer wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen setzen und nicht auf die Bewahrung von Branchen, die nicht mehr lebensfähig sind. Wir werden den Strukturwandel fördern, anstatt ihn durch Subventionen überkommener Strukturen zu behindern. Die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen, meine Damen und Herren, belegt, dass die Grundausrichtung unserer Wirtschaftspolitik richtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Beim Strukturwandel steht Thüringen an der Spitze aller neuen Länder. Im vergangenen Jahr erreichte das verarbeitende Gewerbe in Thüringen einen Anteil von 19,1 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung. Der Durchschnitt der neuen Länder liegt nur bei knapp 16 Prozent. Trotz der schwierigen Konjunkturlage ist das verarbeitende Gewerbe in Thüringen in den letzten drei Jahren real weiter um 23,2 Prozent gewachsen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres betrug das reale Wachstum sogar 8 Prozent. Durch dieses Wachstum entstehen neue Arbeitsplätze. In keinem anderen Bundesland ist der Industriebesatz in den letzten Jahren so gestiegen wie in Thüringen. Mit inzwischen 58 Industriebeschäftigten pro 1.000 Einwohnern steht Thüringen auch hier ganz deutlich vor allen anderen neuen Ländern.

(Beifall bei der CDU)

Unterstützt durch unsere Existenzgründerinitiative GET UP haben sich bis Ende August dieses Jahres 256 technologieorientierte Unternehmen mit insgesamt 812 Arbeitsplätzen gegründet. Ein solches Ergebnis kann angesichts der großen Bedeutung innovativer Unternehmen für Thüringen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Diese Fakten sprechen für sich. Sie stehen im deutlichen Widerspruch zu dem Vorwurf fehlender Dynamik, der nach der Veröffentlichung eines Ländervergleichs vor einigen Wochen gegen die Thüringer Wirtschaftspolitik erhoben wurde. Dass aus solchen Studien keine voreiligen Schlüsse gezogen werden sollten, wie das zahlreiche Oppositionspolitiker getan haben, belegen auch die aktuellen Wachstumsdaten für das erste Halbjahr. Hier liegt Thüringen bundesweit auf dem zweiten Platz. Das in der Studie als besonders dynamisch gelobte Saarland findet sich dagegen nur auf Platz 11 wieder. Für einen grundlegenden Kurswechsel in der Thüringer Wirtschaftspolitik besteht überhaupt kein Anlass. Dass die Richtung stimmt, wurde uns ja auch vor zwei Jahren von der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen" bestätigt. Aber, wir setzen neue Akzente. Eine auf langfristigen dauerhaften Erfolg angelegte Politik muss sich regelmäßig den veränderten Rahmenbedingungen anpassen, an die steti- ge Verschärfung des internationalen Wettbewerbs, die Beschleunigung des technischen Fortschritts, die EU-Erweiterung und die demographische Entwicklung. Wir müssen in der Wirtschaftspolitik die richtigen Antworten geben, damit die Thüringer Unternehmen die Chancen nutzen können, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben. Wir müssen auch den immer enger werdenden Spielräumen in den öffentlichen Haushalten Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden daher die Ressourcen, die zur Verfügung stehen, noch stärker als bisher auf die Bereiche konzentrieren, die für die Entwicklung unseres Landes entscheidend sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden Unternehmensinvestitionen weiter wirksam fördern. Unternehmensinvestitionen sind der Schlüssel für neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Nur wenn in Thüringen auch in den kommenden Jahren überdurchschnittlich viel investiert wird, ist das Schließen der Arbeitsplatzlücke und ein Aufholen gegenüber den alten Ländern möglich. Daher muss die Förderung von Investitionen im gewerblichen Sektor auf hohem Niveau weitergeführt werden, obwohl sich die Standortbedingungen inzwischen verbessert haben. Vor diesem Hintergrund ist es für uns ein wichtiger Erfolg, dass sich die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler auf eine Verlängerung der Investitionszulage bis Ende 2006 verständigt haben. Die Fortführung der Investitionszulage ist nicht zuletzt auf den Einsatz der Thüringer Landesregierung zurückzuführen. Wir haben immer wieder darauf gedrängt und zuletzt gemeinsam mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt eine Gesetzesinitiative im Bundesrat dazu gestartet. Beim zweiten Eckpfeiler der betrieblichen Investitionsförderung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" waren Anpassungen wegen der deutlichen Reduzierung des verfügbaren Mit-

telvolumens unvermeidlich. In den letzten vier Jahren hat der Bund die Bewilligungsmittel um fast 22 Prozent gekürzt. Die neue, seit Juli geltende GA-Richtlinie sieht daher einerseits eine Absenkung der Basisförderung und andererseits eine noch stärkere Ausrichtung der Förderung auf arbeitsplatzschaffende Investitionen vor. Besonderes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Förderung von Investitionen, die zusätzliche Ausbildungsplätze in den Betrieben bewirken. Ausbildungsverhältnisse für Berufsakademiestudenten werden jetzt wie normale Ausbildungsplätze behandelt, also voll in die GA-Förderung mit einbezogen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, unsere Möglichkeiten, regionale Strukturpolitik zu betreiben, werden maßgeblich durch die Vorgaben des EU-Beihilferechts und durch die Mittel bestimmt, die wir aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erhalten. Am 1. Januar 2007 beginnt eine neue Förderperiode. Wir setzen uns für die Fortsetzung der bisherigen Strukturpolitik in reformierter Form ein. Als Indikator für die Beurteilung der Förderwürdigkeit einzelner Regionen wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner herangezogen. Als Folge der Ost-Erweiterung wird das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der EU sinken. Für Thüringen könnte das bedeuten, dass die Obergrenze für die Einstufung als Ziel-I-Gebiet überschritten wird. Diese Grenze liegt bei 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner. Die Landesregierung tritt dafür ein, dass Regionen, die nur aus diesen rein statistischen Gründen aus der Höchstförderung herausfallen würden, in der nächsten Förderperiode mit den Ziel-I-Regionen gleichgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das betrifft nicht nur die Mittelausstattung, sondern auch die Beihilfeintensität. Eine bloße Übergangsregelung wäre angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der neuen Länder nicht ausreichend. Nach dem Besuch von EU-Kommissar Barnier in der vergangenen Woche bin ich aber sehr zuversichtlich, dass uns dies gemeinsam mit der EU auch gelingen wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Thüringer Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Politik für den Mittelstand. Unsere Wirtschaft wird durch eine große Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen geprägt. Der Vorteil dieser Struktur liegt in ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an neue Marktbedingungen. Mittelständische Unternehmen sind zumeist viel schneller in der Lage Marktchancen zu nutzen. Auf der anderen Seite stehen aber auch strukturbedingte Nachteile, wie zum Beispiel fehlende Marktmacht auf den Einkaufsmärkten, Probleme bei der Erschließung neuer Absatzmärkte, die Nichtrealisierbarkeit

von Größenvorteilen in der Produktion und zunehmende Schwierigkeiten bei der Unternehmensfinanzierung. Hinzu kommt das Problem, dass mittelständische Unternehmen häufig nicht in der Lage sind, eigene Forschung und Entwicklung zu betreiben. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum und Beschäftigung setzt, muss wirkungsvolle Strategien entwickeln, die die Probleme des Mittelstands lösen helfen. Sie muss auch dafür Sorge tragen, dass notwendige Reformen in enger Abstimmung mit den Unternehmen umgesetzt werden. Ein aktuelles Beispiel, das für Thüringen besonders wichtig ist, ist die Reform der Handwerksordnung. Thüringen weist zusammen mit Bayern und Baden-Württemberg die höchste Handwerksdichte in Deutschland auf, Reformen gegen das Handwerk wird es daher mit uns nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Zusammen mit Bayern und Hessen haben wir den Entwurf einer eigenen Novelle für die Handwerksordnung in den Bundesrat eingebracht. Der Entwurf findet heute im Bundesrat hoffentlich eine Mehrheit. Den strukturbedingten Nachteilen kleinerer und mittlerer Unternehmen lässt sich unter anderem durch die Bildung von Netzwerken und Clustern begegnen. Dies gilt sowohl für koordinierte Aktivitäten im Einkauf, beim Marketing oder bei der Ausbildung, als auch für den Bereich Forschung und Entwicklung. Unternehmen, die mit anderen Anbietern oder Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, können ihre Marktchancen erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Wenngleich wir hier vor allem auf die Initiative von Unternehmen setzen, wird sich auch die Landesregierung stärker engagieren, damit es in Thüringen zur Bildung effizienter Strukturen kommt und die Vorteile der Vernetzung in vollem Umfang genutzt werden können. In vielen Fällen sind auch Unternehmenskooperationen in Netzwerken sinnvoll, die Landesgrenzen auch überschreiten. Die Landesregierung wird solche Aktivitäten zum Beispiel im Rahmen der Initiative Mitteldeutschland unterstützen, Vorrang hat für uns aber zunächst die Stärkung der eigenen Thüringer Netzwerke.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wachstum erfolgreicher Unternehmen darf nicht an fehlendem Kapital scheitern. Angesichts der in den neuen Ländern besonders ausgeprägten Eigenkapitalschwäche kleiner und mittlerer Unternehmen gewinnt der Themenkomplex "Unternehmensfinanzierung" immer mehr an Bedeutung. Fehlendes Eigenkapital erschwert die Fremdkapitalfinanzierung und verhindert letztlich Investitionen. Im Spannungsfeld zwischen leeren öffentlichen Kassen, einer verstärkten Kosten-Risiko-Orientierung der Kreditwirtschaft und Vorgaben des Europäischen Beihilferechts müssen wir neue Antworten geben, wie den Finanzierungsproblemen kleiner und mittlerer Unternehmen begegnet werden kann. Eine solche Antwort ist das neue Programm "Thüringen Kapital". Ziel ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis von Exis-

tenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen mit einem Finanzbedarf zwischen 10.000 und 50.000 €. Die Finanzierung erfolgt als stille Beteiligung zu marktüblichen Bedingungen. Besonders wichtig, meine Damen und Herren, ist, dass "Thüringen Kapital" mit anderen Förderprogrammen kombinierbar ist. Durch die Stärkung des Eigenkapitals wird es in vielen Fällen erst möglich, Förderdarlehen in Anspruch zu nehmen, eine Finanzierung von Unternehmen in Schwierigkeiten durch dieses Programm ist allerdings ausgeschlossen. In der Aufbaubank werden derzeit die genauen Konditionen des Programms ausgearbeitet, damit es wie geplant im I. Quartal nächsten Jahres auch starten kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer Ansatz, der Kapitalschwäche mittelständischer Unternehmen zu begegnen, verbirgt sich hinter dem Stichwort "Mietfabrik". Der Grundgedanke ist, vor allem Unternehmen in der Wachstumsphase bedarfsgerechte Immobilien anzubieten, und zwar im Rahmen eines umfassenden Ansatzes in der Standortentwicklung. Darüber hinaus sollen die Unternehmen von einer Kapitalbindung in Gewerbeimmobilien entlastet werden. Unser Ziel ist es, maßgeschneiderte Mietangebote zu schaffen, die günstiger sind als am Kapitalmarkt finanzierte Angebote. Möglich wird das, indem wir vorhandene Flächen der LEG einbeziehen und gleichzeitig unsere Wirtschaftsförderinstrumente einsetzen. Die Unternehmen gewinnen durch die Anmietung einer Immobilie finanziellen Handlungsspielraum, sie können ihre begrenzten finanziellen Ressourcen in moderne Produktionsverfahren und die Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte investieren. Im immer schärfer werdenden Standortwettbewerb können sich intelligente Standortkonzepte als entscheidender Pluspunkt erweisen. Wir werden sie daher entschlossen vorantreiben.

Weit gehend umgesetzt haben wir bereits die Neustrukturierung der Beteiligungsförderung. Beteiligungskapital stellt angesichts der Schwierigkeiten bei der Mittelstandsfinanzierung eine interessante Finanzierungsquelle dar. Dies gilt für innovative, wachstumsstarke Technologieunternehmen, aber zunehmend auch für mittelständische Unternehmen im Allgemeinen. Das operative Geschäft wird jetzt für alle Beteiligungsaktivitäten des Freistaats zentral von einer Gesellschaft, der Beteiligungs Management Gesellschaft Thüringen, kurz BMT, betrieben. Damit gibt es für Beteiligung suchende Unternehmen nur noch einen kompetenten Ansprechpartner. Die Bündelung der Beteiligungsaktivitäten führt zu mehr Kundenfreundlichkeit und zu mehr Transparenz im Produktangebot.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wird die Akquisition zusätzlichen öffentlichen oder privaten Beteiligungskapitals erleichtert.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Stärkung der gesunden Unternehmen. Hilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten können daher nur in sehr engen Grenzen gewährt werden. Jeder Euro, den der Staat für die Unterstützung eines angeschlagenen Unternehmens zur Verfügung stellt, das sich am Ende doch nicht als überlebensfähig erweist, muss von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Im Ergebnis schwächen solche Maßnahmen dann auch die gesunden Unternehmen. In Thüringen können Unternehmen in Schwierigkeiten von der Aufbaubank aus dem Konsolidierungsfonds Umstrukturierungs- und Rettungsbeihilfen in Form von Darlehen und stillen Beteiligungen erhalten. Voraussetzung für die Förderung ist aber ein tragfähiger Umstrukturierungsplan, der auf eine dauerhafte Beseitigung der akuten Schwierigkeiten des Unternehmens schließen lässt. Das vor eineinhalb Jahren eingeführte vereinfachte Bewilligungsverfahren für Beihilfen für 125.000 € hat sich sehr bewährt, die Kreditausfälle sind erfreulich niedrig.

(Beifall bei der CDU)

Fazit: Thüringen bietet Investoren ein in sich geschlossenes Förderkonzept. Die auf Bundesebene verankerten Programme zur Investitionsförderung und Mittelstandsförderung des Bundes werden durch die Fördermaßnahmen des Landes hervorragend ergänzt.

(Beifall bei der CDU)

Mit den Programmen "Gründungs- und Wachstumsfinanzierung", dem Landesinvestitionsprogramm für den Mittelstand, dem neuen Programm "Thüringen Kapital", unseren neu geordneten Aktivitäten bei der Beteiligungsfinanzierung und mit dem Konsolidierungsfonds zur Unterstützung von Restrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen bieten wir unterschiedlichsten Typen von Unternehmen, angefangen von Freiberuflern über Handwerksbetriebe bis hin zu Großinvestoren, passgenaue Förderangebote an. Wir werden mit diesem Angebot dem Bedarf der Thüringer Wirtschaft gerecht und setzen damit beispielsweise auch die mit dem Handwerk geschlossene Rahmenvereinbarung um.

(Beifall bei der CDU)

Flankiert werden diese Förderprogramme durch eine Reihe weiterer Aktivitäten. Besonders wichtig sind dabei bedarfsgerechte Beratungsangebote. Finanzhilfen des Staates können nur in Verbindung mit entsprechendem Know How der Unternehmer ihre volle Wirkung entfalten. Wir bieten Thüringer Unternehmen in Zusammenarbeit unter anderem mit Kammern, dem RKW und der TAB vielfältige Beratungsleistungen an. Vorrangige Ziele, an denen sich diese Beratungsangebote ausrichten, sind die Erhöhung der Anzahl erfolgreicher Existenzgründungen, die Überwindung von Hürden bei der Erschließung überregionaler und internationaler Märkte und die Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Kenntnisse der Unternehmer.

Wir werden die Beratungsangebote weiter ausbauen und beispielsweise auch nutzen, um die Bildung von Netzwerken im In- und Ausland zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung attraktiver Industriegewerbe-Standorte ist eine Grundvoraussetzung für Unternehmensansiedlung. Um im Wettbewerb um Großinvestitionen ein konkurrenzfähiges Angebot unterbreiten zu können, hat die Landesregierung im Dialog mit den Regionen verschiedene geeignete Flächen in die engere Wahl gezogen. Es kommt nun darauf an, vorerst einen Standort planerisch zu sichern, um im Bedarfsfall kurzfristig auf die Fläche zugreifen zu können. Die Erschließung dieses Standorts wird der Freistaat finanziell unterstützen. Ansonsten gilt unser Augenmerk der Wiederherrichtung von brach liegenden Industrie- und Gewerbegebieten, sowie der qualitativen Aufwertung bereits erschlossener Flächen. Wie gesagt, es kommt bei der Standortentwicklung auf maßgeschneiderte, nachfragegerechte Konzepte an. Hier wird die LEG weiter tätig sein und die Basis für Akquisitionserfolge legen.

Dass die LEG bei Unternehmensansiedlungen bisher sehr erfolgreich war, steht sicher außer Frage und lässt sich am besten mit Zahlen belegen. In den Jahren 1995 bis 2002 sind unter Beteiligung der LEG 174 Unternehmen in Thüringen angesiedelt worden. Diese überwiegend hochmodernen und erfolgreichen Unternehmen haben insgesamt 2,74 Mrd. € investiert und 16.580 Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Um bei Akquisitionen weiterhin Erfolge erzielen zu können, müssen wir den Wirtschaftsstandort Thüringen professionell vermarkten. Das geschieht im Rahmen eines investorenorientierten Standortmarketings, in dem wir das Image Thüringens verbessern und den Bekanntheitsgrad unseres Landes erhöhen. Wir wollen Thüringen als modernen und innovativen Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität profilieren. Dazu müssen in die Imagekampagne "Willkommen in der Denkfabrik" neue Aspekte integriert werden,

(Beifall bei der CDU)

die den Charakter Thüringens stärker betonen und auch die so genannten weichen Standortfaktoren gebührend berücksichtigen.

(Beifall bei der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bleibt ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Eine positive Standortwerbung ist wichtig. Noch wichtiger ist es aber, die Standortqualität selbst zu verbessern. Wir setzen daher den Ausbau unseres Verkehrsnetzes konsequent fort, um dabei alle Verkehrssträger auch einzubeziehen. Eine zentrale Grundlage dafür,

dass wir auf diesem Weg schnell vorankommen werden, ist mit dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan geschaffen. Damit wird es möglich sein, den Neu- und Ausbau des Thüringer Autobahnnetzes bis spätestens 2010 abzuschließen. Dank der Fortschritte bei der Planung und Realisierung der Fernstraßenprojekte wird sich der Schwerpunkt unserer Aktivitäten im Straßenbau immer mehr auf die regionale und lokale Infrastruktur verschieben.

(Beifall bei der CDU)

Beim Ausbau der Schienenverkehrswege bleibt die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Leipzig-Halle das wichtigste Projekt für die Verkehrsanbindung unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Daneben genießt der Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung hohe Priorität, auch den Ausbau des Regionalnetzes werden wir weiter vorantreiben.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten die Unterstützung des ÖPNV fortsetzen und für attraktive Verbindungen im Luftverkehr eintreten.

Meine Damen und Herren, der Bau der für die Wirtschaftsentwicklung so wichtigen Verkehrsanbindungen darf nicht an fehlenden Finanzmitteln scheitern. Die Maut-Einnahmen, wenn sie denn endlich kommen, müssen uneingeschränkt für Verkehrsprojekte zur Verfügung gestellt werden. Es ist an der Bundesregierung, den Worten nun endlich Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere von dieser Stelle die SPD-Landtagsfraktion auf, über ihre Kanäle einen Beitrag zur raschen Realisierung der Thüringer Verkehrsprojekte, vor allem der ICE-Strecke, zu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch weiter in Forschung und Technologie investieren und so die Zukunftsfähigkeit des Standorts Thüringen sichern. Eine hohe technologische Kompetenz ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts von entscheidender Bedeutung. Unternehmen, die selbst Forschung und Entwicklung betreiben, sind wettbewerbsfähiger, wachsen schneller und sorgen für mehr Beschäftigung, kurz gesagt, wer in Forschung und Entwicklung investiert, schafft auch Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Die Unternehmen in Thüringen haben angesichts ihrer Größe oft nicht die Möglichkeit, F- und E-Vorhaben selbst

zu verwirklichen. Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sind daher in Thüringen in besonderem Maße als Technologiebasis und als Initiatoren von Innovationsprozessen gefordert. Die Landesregierung setzt sich daher vor allem für die Schaffung und Sicherung einer international konkurrenzfähigen Forschungsinfrastruktur, die Bildung von Forschungsschwerpunkten und Kompetenznetzen und die Förderung von Verbundforschungsvorhaben zwischen Thüringer Unternehmen und Forschungseinrichtungen ein.

(Beifall bei der CDU)

Ein wesentliches Potenzial für Innovationen liegt in der Zusammenführung von Wissen und Methoden ganz unterschiedlicher Fachgebiete. Deshalb werden wir die Kapazitäten der Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft stärker miteinander vernetzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Leitlinien für die künftige Technologiepolitik werden in der Technologiekonzeption Thüringen 2002 beschrieben, die die Landesregierung vor einem Jahr vorgelegt hat. Wir werden die Empfehlungen, die Sie darin finden, gemeinsam mit der Industrie und den Forschungseinrichtungen umsetzen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird dabei der Ausbau und die Erneuerung der technologieorientierten Infrastruktur bleiben. Wir werden den Ausbau sowohl der industriegeführten Entwicklungs- und Anwendungszentren als auch der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen noch stärker am Bedarf der Industrie ausrichten. Priorität genießt die Verwirklichung der Projekte, die in der Technologiekonzeption als vordringlich eingestuft sind. Wir halten an der Realisierung dieser Projekte grundsätzlich fest, auch wenn es durch die angespannte Haushaltslage zu Verzögerungen kommen wird. Auch die Stärkung von Kooperationen bleibt eine Hauptaufgabe der Thüringer Technologiepolitik.

Unter anderem gilt es, die Kompetenzen der Thüringer Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen verstärkt in Netzwerke einzubinden. Im Rahmen der Technologieförderung werden wir Unternehmen und Forschungseinrichtungen bevorzugt berücksichtigen, die im Verbund F- und E-Vorhaben durchführen wollen. Voraussetzung für eine wirkungsvolle Förderungspolitik sind effektive Strukturen. Hierzu gehört auch weiterhin eine schlagkräftige STIFT als Kompetenzzentrum des Landes in Forschungs- und Technologiefragen, wobei wir die Zusammenarbeit der STIFT mit der LEG klarer definieren werden. Bei Planung, Bau und Betrieb von forschungs- und technologieorientierten Infrastrukturprojekten soll die Konzeption weit gehend durch die STIFT, der Bau und Betrieb dagegen durch die LEG bzw. eine gemeinsame Betreibergesellschaft erfolgen.

In der Energiepolitik werden wir den bisherigen Kurs fortsetzen. Vorrangige Ziele sind die Gewährleistung einer

preisgünstigen, zuverlässigen und umweltfreundlichen Energieversorgung und die Sicherung Thüringens als Energieproduktionsstandort. Gemessen an diesen Zielen ist das Pumpspeicherwerk in Goldisthal ein echter Meilenstein.

(Beifall bei der CDU)

Ebenfalls erfreulich ist, dass in Thüringen inzwischen erfolgreiche Hersteller aus dem Technologiefeld erneuerbare Energien ansässig sind. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst unserer Förderung, die sich vor allem auf Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie und Biomasse konzentriert. Auf Bundesebene werden wir weiter für Rahmenbedingungen eintreten, die die Vorteile der Liberalisierung der Energiemärkte zum Tragen bringt. Hohe Nutzungsentgelte für die Durchleitung von Strom haben dies in Thüringen bisher verhindert. Wir werden aber nicht hinnehmen, dass es durch die Novellierung des erneuerbaren Energiegesetzes für die Bürger und Unternehmen in Thüringen zu zusätzlichen Belastungen kommt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen Thüringens Potenzial im Tourismus besser nutzen. Thüringen verfügt über sehr schöne Naturlandschaften und ein einzigartiges kulturelles Erbe und damit über gute Voraussetzungen für eine starke Tourismuswirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Potenzial ist bisher aber noch nicht hinreichend ausgeschöpft worden. Das wollen wir ändern.

(Beifall bei der CDU)

Um gezielt vorgehen zu können, haben wir eine Tourismuskonzeption in Auftrag gegeben. Sie soll die Stärken und Schwächen im Thüringer Tourismus herausarbeiten, Lösungsansätze aufzeigen und schließlich allen Ebenen, das heißt dem Land, den Regionen und den Kommunen Handlungsempfehlungen für praktische Tourismusarbeit liefern. Um noch bestehenden Problemen im Tourismus entgegenzutreten, müssen wir vorrangig an folgenden Punkten ansetzen:

Erstens brauchen wir qualitativ verbesserte und stärker auf die Nachfrage zugeschnittene touristische Angebote.

Zweitens müssen wir das Angebot insgesamt gezielter vermarkten und deutlich machen, dass es sich um Thüringer Tourismusprodukte handelt.

(Beifall bei der CDU)

Mit anderen Worten, wir brauchen eine Dachmarke, mit der Thüringen identifiziert wird.

(Beifall bei der CDU)

Drittens müssen wir die Kooperation und Kommunikation zwischen den Thüringer Tourismusakteuren verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, effiziente Organisationsstrukturen sind weiterhin eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung eines Tourismuskonzepts. Neben einer verbesserten Kommunikation der Beteiligten untereinander wird es darauf ankommen schlankere Strukturen zu erreichen und Reibungsverluste in der Zusammenarbeit zu vermeiden. Die Verantwortung für die Gestaltung, Nachfrage und zielgruppenorientierte Angebote liegt sicher bei den Akteuren auf regionaler und lokaler Ebene und bei den Unternehmen selbst. Aber auch das Land wird dazu seinen Beitrag leisten. Gemeinsam mit allen Beteiligten streben wir an, der TTG als Tourismusorganisation des Landes den Stellenwert zu geben, den sie braucht und den sie auch verdient. Das Land wird sich stärker als bisher einbringen und beabsichtigt im kommenden Jahr Gesellschafter der TTG zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Was die Vermarktung anbelangt, muss die Zersplitterung im Thüringer Tourismusmarketing ein Ende haben.

(Beifall bei der CDU)

Im Zusammenhang mit der neuen Tourismuskonzeption wird auch für die TTG ein Marketingkonzept entwickelt, das auf diese Konzeption abgestimmt wird. Ich bin sicher, dass es uns gelingen wird, den Tourismus deutlich zu stärken und ihm die Wertigkeit zu geben, die er als entscheidender Wirtschaftsfaktor in Thüringen auch verdient hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Hauptziel der Thüringer Wirtschaftspolitik bleibt die Entstehung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Nur auf diesem Weg können wir eine Senkung der Arbeitslosigkeit erreichen. Alle Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung bleiben wirkungslos, wenn es an Beschäftigungsmöglichkeiten fehlt.

(Beifall bei der CDU)

Unsere aus Landes- und ESF-Mitteln finanzierte Landesarbeitsmarktpolitik setzt heute primär am ersten Arbeitsmarkt an. Wir haben die Maßnahmen wirtschaftsnäher gestaltet und stärker auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet. Dies betrifft auch den Einsatz von SAM und ABM auf einem weiterhin hohen Niveau. Wir setzen

diese Instrumente weiter so ein, dass dadurch Effekte für den ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. So zum Beispiel durch das Herrichten von Industrialstandorten für neue Investoren.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Gerade da zeigen sich positive Synergien durch die Bündelung von Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik in einem Ressort.

(Beifall bei der CDU)

Ein Beispiel ist auch die Weiterentwicklung des Landesprogramms "50 PLUS", mit dem seit April 2000 rund 5.300 Dauerarbeitsverhältnisse begründet wurden. Auch fördern wir Arbeitslose, die eine selbständige Existenz gründen. Besonders wichtig ist für uns, dass die Existenzgründer am Markt auch eine echte Überlebenschance haben. Wir gewähren die Förderung daher nur dann, wenn die Gründer ein Unternehmenskonzept vorlegen, das von den Kammern und Fachverbänden auch als tragfähig beurteilt wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, höchste Priorität genießen für die Landesregierung zwei weitere Bereiche: Die berufliche Aus- und Weiterbildung junger Menschen und die unternehmensnahe und arbeitsplatzbezogene Qualifizierung von Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen bzw. sichern damit berufliche Perspektiven in Thüringen und erleichtern die Wiedereingliederung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt. Mit einer guten beruflichen Ausbildung und mit bedarfsgerechten Weiterbildungsangeboten stärken wir nicht nur das Humankapital der Thüringer Wirtschaft, wir wirken vielmehr auch der Abwanderung junger Menschen aus Thüringen entgegen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einfügen, dass Thüringen die niedrigste Arbeitslosigkeit unter allen neuen Bundesländern hat. Zum Thema Ausbildungssituation muss ich sagen, dass diese momentan unsere besondere Aufmerksamkeit hat. Wir werden in einem weiteren Tagesordnungspunkt heute auch darauf noch einmal zu sprechen kommen.

Die Landesregierung hat in den letzten Wochen mit der vom Ministerpräsidenten und mir gestarteten Ausbildungsplatzinitiative, der Ausbildungskonferenz und der Aufstockung des Ausbildungsprogramms Ost gehandelt. Durch die vorrangig aus ESF-Mitteln finanzierte Aufstockung des Bundesprogramms können wir über 500 zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze bereitstellen. Insgesamt

sind es auch in diesem Jahr wieder knapp 2.200. Weitere Maßnahmen, mit denen wir die betriebliche Ausbildung unterstützen, sind die Förderung von Ausbildungsverbänden und überbetrieblichen Lehrunterweisungen im Handwerk, die Förderung zusätzlicher Ausbildungsberater bei den Kammern und die Bezuschussung der Einstellung so genannter Konkurslehrlinge. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass es uns durch Fortsetzung der Landesaktivitäten und weiterer Anstrengung der Thüringer Wirtschaft gelingen wird, den Anteil der Bewerber ohne Ausbildungsplatz bis zum Jahresende wie in den Vorjahren auf etwa 1 Prozent zu senken.

(Beifall bei der CDU)

Ende September lag dieser Anteil noch bei 4,6 Prozent. Gut 67 Prozent aller Ausbildungsplätze werden in Thüringen von den Betrieben bereitgestellt. Das ist zwar der beste Wert in den neuen Ländern, aber ich appelliere trotzdem an die Thüringer Unternehmen, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Es liegt nicht zuletzt im eigenen Interesse der Unternehmen, jetzt für Fachkräftenachwuchs zu sorgen. Schon in wenigen Jahren wird es wegen der demographischen Entwicklung zu einem Mangel an Ausbildungsplatzbewerbern kommen. Meine Damen und Herren, die Einführung einer Ausbildungsabgabe lehnen wir eindeutig ab.

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Abgabe würde keinen Beitrag zur Verbesserung der Lehrstellensituation leisten. Junge Menschen müssen bereits in den Schulen gezielt über Berufsprofile und Berufsperspektiven in Thüringen informiert werden. Die Landesregierung wird daher ihre vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Berufswahlvorbereitung noch verstärken. Das Kultusministerium bereitet beispielsweise eine landesweite Einführung eines Berufswahlpasses vor. Weiterhin wird der Kalender "JOB" erscheinen, der Schülerinnen und Schüler bei der Berufsorientierung unterstützen soll.

(Beifall bei der CDU)

Das TMWAI wird die erfolgreiche Informationskampagne "Thüringen Perspektiv" fortsetzen. Angesichts neuer technologischer Entwicklungen und des schnellen Strukturwandels gewinnen die berufliche Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen einen immer höheren Stellenwert. Wir fördern daher jährlich für etwa 8.000 Teilnehmer eine unternehmensnahe und arbeitsplatzbezogene Qualifizierung. Um die Thüringer Unternehmen in Fragen der Weiterbildung und Fachkräftegewinnung zu beraten, werden darüber hinaus 24 Qualifikationskoordinatoren vom TMWAI gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Verwaltung als Partner der Wirtschaft auftritt und das Wirtschaftsgeschehen nicht durch überflüssige Vorschriften behindert wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Regelungsdichte erweist sich immer mehr als Entwicklungshemmnis für die deutsche Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Die Politik der Bundesregierung hat dieses Problem in den letzten Jahren noch verschärft. Erfreulicherweise ist es in Thüringen gemeinsam mit anderen unionsgeführten Ländern in diesem Jahr gelungen, über den Bundesrat wenigstens bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wieder eine wesentlich einfachere Regelung durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung versucht sich seit Anfang der Legislaturperiode als treibende Kraft in Sachen Deregulierung und Entbürokratisierung zu profilieren. Der mit viel öffentlichem Getöse verabschiedete Masterplan Bürokratieabbau krankt allerdings daran, dass er sich vorrangig auf Verfahrensabläufe konzentriert, die inhaltlichen Standards aber weit gehend unverändert lässt. Es wird an den Symptomen herumgedoktert, was vielleicht eine vorübergehende Linderung verschafft, aber ohne eine deutliche Vereinfachung des Steuer-, Arbeits-, Sozial- und Planungsrechts werden die eigentlichen Ursachen der Überregulierung nicht beseitigt.

(Beifall bei der CDU)

Thüringen hat in diesem Jahr zwei Bundesratsinitiativen gestartet, die eine schnelle Planung der für uns so wichtigen Infrastrukturprojekte ermöglichen sollen. Gegenstand der einen Gesetzesinitiative ist die Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes bis zum Jahr 2019. Die zweite Initiative sieht eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vor. Das Ziel ist, während der Geltungsdauer des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes Klagen von Naturschutzverbänden, die nicht in eigenen Rechten verletzt sind, einzuschränken oder auszuschließen.

(Beifall bei der CDU)

Beide Gesetzentwürfe wurden vom Bundesrat beschlossen und werden zurzeit in den Bundestagsausschüssen beraten. Auf Landesebene haben wir zahlreiche Aktivitäten eingeleitet. Wie Sie wissen, werden alle Verwaltungsvorschriften des Landes im Laufe dieses Jahres einer Überprüfung unterzogen. Hierzu ist eine Stabsstelle "Verwal-

tungsvereinfachung - Entbürokratisierung" bei der Thüringer Staatskanzlei eingerichtet worden. Alle Verwaltungsvorschriften, die bis Jahresende nicht bestätigt werden, verlieren ihre Gültigkeit. Über den im Mai vom Innenministerium ausgelobten Wettbewerb "Normcheck" wurde auch die Thüringer Bevölkerung in den Abbau überflüssiger Vorschriften eingebunden. Im Thüringer Wirtschaftsministerium besteht seit Mai 2003 eine Anlaufstelle zum Abbau bürokratischer Hemmnisse, die so genannte Clearingstelle. Ihre Aufgabe ist es, Hinweise von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden auf überzogene, überflüssige und widersprüchliche Vorschriften im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitsrechts zu sammeln und zur Bewertung und Beurteilung an die zuständigen Stellen und Behörden weiterzuleiten. Auf diese Weise sollen sowohl Genehmigungsverfahren im Einzelfall beschleunigt, als auch generell bürokratische Hemmnisse identifiziert und abgebaut werden. Die Clearingstelle ist zugleich Kommunikationspartner für die Wirtschaft in Fragen der Deregulierung. Von der Clearingstelle wird gegenwärtig ein Konzept für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit in der Verwaltung entworfen. Den Entwurf dieses Konzepts werden wir den Kammern und Wirtschaftsverbänden in Kürze vorstellen und ausführlich mit ihnen diskutieren. Es sind aber in erster Linie die bundesrechtlichen Regelungen, die die Thüringer Wirtschaft hemmen. Die Landesregierung hat deshalb dem Bundeswirtschaftsminister die förmliche Bewerbung ganz Thüringens als Testregion für den Bürokratieabbau und die Vereinfachung von Verfahren vorgeschlagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir erhoffen uns dadurch einen zusätzlichen Impuls für die Wirtschaftsentwicklung.

Meine Damen und Herren, auf Thüringens Stärken setzen und gleichzeitig noch vorhandene Schwächen beseitigen, das ist das, was wir uns vorgenommen haben. Über erste Maßnahmen, die die neue Landesregierung in dieser Hinsicht in den letzten Wochen ergriffen hat bzw. in der nächsten Zeit ergreifen wird, habe ich hier berichtet. Unsere Anstrengungen auf Landesebene können aber nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn auch auf Bundesebene die notwendigen Reformen im Arbeitsrecht, im Steuerrecht und in den sozialen Sicherungssystemen endlich umgesetzt werden. Bürger und Unternehmen brauchen eine verlässliche Perspektive, was in den kommenden Jahren auf sie zukommen wird. Nur so kann die anhaltende Wachstumskrise in Deutschland überwunden werden. Die Landesregierung wird - der Ministerpräsident hat das oft genug betont - im Bundesrat sinnvollen Gesetzesänderungen ihre Zustimmung nicht verweigern. Unausgegorenen Vorschlägen werden wir im Interesse der Entwicklung unseres Landes aber nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden keine Blockadehaltung einnehmen, sondern mit Gegenentwürfen für bessere Lösungen eintreten, wie wir es z.B. bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Politik der Landesregierung, wie ich sie skizziert habe, gibt es keine sinnvolle Alternative.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage ganz selbstbewusst: Nur auf dem beschriebenen Weg können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die positive Wirtschaftsentwicklung in Thüringen fortsetzt und sich der Abstand zu den alten Ländern weiter verringert. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Dann kommen wir zur Aussprache. Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Buse, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Herr Minister Reinholz, Sie haben Ihre Rede beendet - ich darf zitieren: "... zur Politik der Landesregierung, wie ich sie skizziert habe," - also Sie - "gibt es keine sinnvolle Alternative." Dann könnten wir eigentlich danach hier einen Punkt machen, warum sollten wir dann darüber diskutieren? Ich kann es Ihnen nicht ersparen, Ihnen die Auffassung der Fraktion der PDS mitzuteilen, aber ich möchte eingangs auch sagen, ich gebe gern zu, die PDS-Fraktion ist mit Ihrem Vorgänger im Amt nicht immer pfleglich umgegangen. Das will ich gern zugeben.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Späte Reue.)

Und jetzt hört er es nicht mal. Sie sind nun über diese ominöse 100-Tage-Frist im Amt und ich stand vor der Frage: Wie kritisch können wir mit Ihnen umgehen?

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:
Bestimmt nicht besser.)

Und nun ist es ja so, sicherlich gibt es Erwartungshaltungen Ihrer Fraktion, die wir auch noch hören werden, aber es gibt auch Erwartungshaltungen meiner Fraktion, die sagen, wir sollten so weitermachen wie bisher im Amt und sollen ruhig sehr kritisch mit dem Herrn Wirtschaftsminister umgehen, weil Wirtschaftspolitik in Thüringen - Sie sagten das - eine besondere Rolle nicht nur für Wirtschaft allgemein, sondern auch für Beschäftigung im Land hat. Und da sind wir wieder eins. Da Sie aus Ihrer verantwortlichen Funktion in der Landesentwicklungsgesellschaft die Situation in Thüringen kennen, dachte ich mir, wir müssen Sie nicht ganz so schonen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Was nicht unmittelbar zum Tode führt,
macht nur härter.)

Das denke ich auch, Herr Kretschmer. Ich hatte große Erwartungen an Ihre Regierungserklärung, das gebe ich gern zu. Dies umso mehr, da Sie durch Ihre bisherige Tätigkeit den notwendigen Handlungsbedarf der Thüringer Wirtschaft doch kennen. Äußerungen von Ihnen nach Ihrer Ernennung oder im Zusammenhang mit Ihrer Ernennung und Ihre ersten Entscheidungen hatten nicht nur bei mir Erwartungen geweckt, dass Sie die Probleme dieses Landes im Verantwortungsbereich Ihres Ministeriums anpacken werden. Mit Interesse haben wir in der PDS-Fraktion in diesem Zusammenhang Ihre Vorschläge, Überlegungen oder auch Entscheidungen für die Mietfabriken gleich am Anfang aufgenommen - Sie haben in der Rede auch noch mal darauf Bezug genommen - oder auch zur Umstellung von Förderbedingungen oder auch zur Ausbildungsoffensive 2003, die Sie gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten vorgestellt haben, oder zur Veränderung der Tourismusstrukturen und vieles andere mehr registriert. Und dass Thüringen jetzt in Gesprächen mit der Bundesregierung über eine Modellregion eingetreten ist, ist doch auch dem Wechsel von Personen zu verdanken.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Überhaupt nicht.)

Denn zu ablehnend zu diesem Vorschlag der IHK war Ihr Vorgänger und der ehemalige Ministerpräsident vor Ihrem Amtsantritt. Sicherlich ist in diesem Zusammenhang die Initiative der Wirtschaft selbst aber auch nicht gering zu schätzen. Bedauerlich ist, dass eine Mehrheit in diesem Haus verweigert, dass die Abgeordneten gemeinsam mit der Kammer - auf Antrag hier auch der Kollegen der Fraktion der SPD - in Diskussion sind.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Darauf kommen wir noch zu sprechen.)

Aber gern, Herr Kretschmer.

Wir waren bisher der Auffassung, dass die Zeit gekommen ist zur Positionierung zu den Aufgaben des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Zeit zur Analyse des Erreichten, vor allem aber der Analyse noch vorhandener Probleme und Hemmnisse in der Entwicklung der Wirtschaft und bei der Arbeitskräftenachfrage. Aber in dieser Auffassung wurde jedenfalls ich, vielleicht auch meine Kollegen der Fraktion, mit der heutigen Regierungserklärung enttäuscht. Sie haben mit der heutigen Regierungserklärung keinen wirklichen Beitrag geleistet, wenn Ihre Eingangsthese lautet: Alles ist gut. Zu einem grundlegenden Kurswechsel in der Thüringer Wirtschaftspolitik besteht überhaupt kein Anlass. Wer ist unter diesen Bedingungen zur kritischen Analyse fähig, frage ich, dass hier das Dargebotene belegt, sage ich, Sie sind es nicht. Das nenne ich nicht gesundes Selbstbewusstsein, sondern das

nenne ich politische Selbstüberschätzung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie es schon verstehen. Wir haben es Ihrem Vorgänger im Amt, ich sagte das eingangs, ständig versichert, Erreichtes werden wir zur Kenntnis nehmen, aber nicht lobpreisen. Das wird ja in der Regel von der regierungstragenden Fraktion schon mehr als genug getan, wie wir das sicherlich heute auch mit der Rede meines verehrten Kollegen Kretschmer sicherlich noch erleben werden.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Sie haben es noch nicht gelesen.)

Ich habe es ja als Möglichkeit aufgezeigt. Wir sind in der Opposition,

(Beifall bei der PDS)

wir erkennen auch Erfolge an, aber wir sind nicht für das Singen des Hoheliedes zuständig. Wir als Opposition in diesem hohen Haus werden immer auf noch verbleibende Unzulänglichkeiten aus unserer Sicht hinweisen, um zu erreichen, dass die Wirtschaftskraft Thüringens weiter wächst, die Arbeitslosigkeit drastisch reduziert wird und Voraussetzungen geschaffen werden, die die Abwanderung sowohl Auszubildender als auch ausgewiesener Fachleute und Wissenschaftler gestoppt werden. Um es ganz deutlich zu sagen, Herr Minister: Nach Ihren Ausführungen muss ich feststellen, dass Ihnen die Forschung, mit der Sie auf den Ministersessel zugegangen sind, mit Verlaub, abhanden gekommen zu sein scheint.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:
Herr Buse, das ist doch nicht wahr.)

Dass Ihre konstruktiven Aussagen der ersten Tage, u.a. was die Bindung von Förderung und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen betrifft, jetzt schon wesentlich zurückhaltender klingt und wenn man die aktuellen Richtlinien zur GA betrachtet, sich auf die eher marginale Senkung der Investitionskosten pro neu geschaffenen Arbeitsplatz beschränkt, Staatsanzeiger vom 06.10.2003, und dass Sie wie Ihr Vorgänger im Amt sich gern abgeleiteter Kennziffern an Stelle der Grundwerte bedienen, um Ergebnisse in das rechte Licht zu rücken. Ich werde darauf an anderer Stelle noch einmal eingehen. Ihre Startzeit im Amt, Herr Minister, könnte man bildlich damit vergleichen, dass Sie den Vorsatz hatten, die Fenster im Ministerium aufzureißen, für Frischluftzuführung zu sorgen, die dieses Haus aus unserer Sicht dringend braucht. So wertete ich auch Ihre Reaktion auf die Bewertung des Wirtschaftsniveaus und der Wirtschaftsdynamik Thüringens durch das Wirtschaftsinstitut, die sich wohltuend von der ihres Staatssekretärs, der Sie während Ihres Urlaubs vertrat, ja unterschied. Auch Ihre Bemerkung zum Stellen-

wert des Tourismus in Ihrer Arbeit hat mir gefallen - in der letzten Plenumsrede.

(Beifall bei der PDS)

Ich hoffe nur, Sie wurden in Ihrem Haus danach nicht als Anhänger zentralistischer Überlegungen gebrandmarkt, weil Ihr Staatssekretär mir bekanntlich in der 86. Sitzung vorwarf, mit der Forderung nach verstärktem Engagement der Ministeriumsspitze im Tourismus - der Tourismus ist Chefsache, Sie kennen das, Herr Richwien - fälschlicherweise den Hang nach zentralistischen Strukturen unterstellte und mich der Erwartung und Hoffnung bezichtigte, der Staat kann alles in dieser Frage richten.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS:
Sehen Sie, Herr Staatssekretär, so ändern sich die Zeiten.)

Oder ich denke an die Veränderungen in der STIFT, die Sie mit personellen Veränderungen begonnen haben, so scheint unsere jahrelange Kritik an der Wirksamkeit dieser Einrichtung nicht völlig unberechtigt gewesen zu sein. Leider werden aber gleichzeitig fällige Entscheidungen ausgesetzt. Die Antworten auf die Mündlichen Anfragen meiner Kolleginnen Kaschuba und Stangner und des Kollegen Huster am gestrigen Tag zu den Innovationszentren belegen das meiner Auffassung nach anschaulich. Aber wenn ich Ihre heutige Ausführung betrachte, dann scheint es nach 100 Tagen der Ministerialbürokratie in Ihrem Haus zu gelingen, die Fenster langsam wieder zu schließen, wenn ich in dem Bild bleiben darf.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Die haben vielleicht Klimaanlage.)

Das, was Ihnen hier für die Regierungserklärung zugearbeitet wurde, lässt nicht einmal mehr den Schwung ahnen, den wir Ihnen in den ersten Tagen zugeschrieben haben.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:
Das stimmt nicht.)

Ihr Ministerpräsident hat am Mittwoch im Morgenmagazin von ARD und ZDF die Forderung erhoben, in der politischen Debatte keine Überschriften aneinander zu reihen - das hat mir gefallen -, sondern Inhalte konstruktiv zu beraten.

(Beifall bei der PDS)

Sie hätten bei der Erarbeitung der Regierungserklärung auf Ihren Ministerpräsidenten hören sollen. Deshalb, Herr Minister, bin ich geneigt festzustellen, dass Sie als Wirtschaftskapitän bereits in den ersten 100 Tagen die Erfahrung machen mussten, dass Ihr Haus vergleichbar mit einem großen Tanker schwer in neues Fahrwasser zu manövrieren ist. Trotzdem erwarten wir eben das von Ihnen, erwartet das unserer Wahrnehmung nach die Thüringer Wirt-

schaft und erwarten es die Thüringer Bürgerinnen und Bürger in der Art, wie Sie es mit dem Titel der heutigen Regierungserklärung beschrieben haben: "Wirtschaft stärken - Für mehr Wachstum und Beschäftigung". Soweit eingangs einige Bemerkungen.

Um die Notwendigkeit dieser Erwartung zu verdeutlichen, lassen Sie mich deshalb, meine Damen und Herren, Herr Minister Reinholz, hier noch einmal explizit einige Probleme aus unserer Sicht benennen. Herr Kretschmer, Sie sagen es, es wird ernst.

(Zuruf Abg. Kretschmer, CDU: Nein, das habe ich nicht gesagt, ...)

Erstens: In der Zeit Ihrer drei Amtsvorgänger sind umgerechnet täglich 40 Arbeitsplätze in Thüringen weggefallen. Sehen Sie mich nicht so kritisch an, man kann es ausrechnen, Herr Kretschmer. Die durch Wirtschaftsförderung und weitere Subventionen geschaffenen neuen Arbeitsplätze schafften keinen entsprechenden Ausgleich. Die Möglichkeit der nachträglichen Reduzierung der Arbeitsplatzusage durch einzelne Investoren und die entsprechende Bestätigung durch Ihr Ministerium verschärft die Situation auch noch. Von Juli 2002 bis Juli 2003 verringerte sich in Thüringen die Anzahl der Erwerbstätigen um weitere 32.000. Das ist nicht mehr ein Verlust von 40 Arbeitsplätzen pro Tag, sondern in diesen 12 Monaten hat sich der Verlust verdoppelt. Dramatisch entwickelt sich auch die Anzahl der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Waren in Thüringen im Jahr 1994 - Sie kennen die Zahlen noch - 897.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen, so waren es am Ende vergangenen Jahres lediglich 756.000.

Zweitens hat sich damit die registrierte Arbeitslosigkeit nunmehr über Jahre hinweg auf über 200.000 Menschen verstetigt. Der ständig steigende Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich auf 41 Prozent aller Arbeitslosen - das sind fast 82.500 Personen - erhöht. Wenn man hier Entwicklungszahlen nennen würde, müsste man konstatieren, dass wir im September 2003 fast 11.000 mehr Arbeitslose in Thüringen zu verzeichnen haben als noch vor einem Jahr. Oder man müsste feststellen, dass die Anzahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent gestiegen ist. Wie sagten Sie eingangs, Herr Minister: die Richtung stimmt. Es gibt keinen Anlass, über Kurswechsel nachzudenken in der Thüringer Wirtschaftspolitik. 200.000 Arbeitslose im Land sehen das sicherlich ganz anders, Herr Minister. Warum beziehen Sie in dieser Frage Entwicklungsfragen nicht ein in Ihre Sicht und in Ihre Wertung? Sie hauen uns angeblich immer um die Ohren, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen steht besser in absoluten Zahlen. Weil Sie doch immer so über Entwicklungszahlen reden, greifen wir doch einmal in dieser Frage dazu. Von September 2002 bis September 2003 stieg die Anzahl der Arbeitslosen in Thüringen in absoluten Zahlen um 10.600 und in Prozentzahlen 5,6 Prozent. Das ist die höchste Zuwachsrate, die höchste Quote in allen Bun-

desländern Ost, höher als in Berlin und auch höher als in Mecklenburg-Vorpommern. Nun können Sie wieder sagen, aber vom Niveau aus betrachtet.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU:
Eben, eben.)

Ach so, aber beim Wirtschaftswachstum interessiert Sie das Niveau, nicht die Ausgangsbasis, das ist doch scheinheilig wie diskutiert wird. Entweder gehen wir immer vom Niveau aus und betrachten das Wachstum

(Beifall bei der PDS)

und nicht nur da, wo es uns gefällt, Herr Minister, Entschuldigung Herr Fraktionsvorsitzender.

Herr Minister, ich will Sie darauf hinweisen, dass Ihr Haus im Zusammenhang mit einer Anmeldung zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bereits in der 2. Legislatur selbst berechnet und dokumentiert hat, dass in Thüringen über 400.000 Arbeitsplätze fehlen und diese Situation hat sich seit dieser Zeit, vergleicht man die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, ja nicht geändert.

Drittens: Thüringen belegt bei den Löhnen der Arbeitnehmer nach wie vor hinterste Plätze im Ländervergleich innerhalb der Bundesrepublik. Laut Statistischem Bundesamt vom 5. März dieses Jahres betrug der Bruttomonatsverdienst der Arbeiter im produzierenden Gewerbe in Thüringen am Ende des Jahres 2002 - Tariferhöhungen gelten wohl nicht in allen Bundesländern, Herr Bergemann - im Durchschnitt 1.776 € und war damit der niedrigste Verdienst aller Bundesländer in diesem Bereich. Hinzu kommt, dass dabei der Verdienst der Arbeiterinnen mit 1.471 € um fast 400 € unter denen der männlichen Kollegen lag - soweit auch ein Stück weit Gleichstellung im Freistaat Thüringen. Dass im 12. Jahr des vereinigten Deutschland in Thüringen erst 75 Prozent des Durchschnittslohnes West erreicht werden, im Schnitt, im Handel erst 70 Prozent und im verarbeitenden Gewerbe sogar erst 68 Prozent erreicht werden, wurde uns jahrelang von Ihrem Vorgänger als Standortvorteil offeriert. Erst spät reifte im Regierungslager die Erkenntnis, dass dadurch immer mehr Menschen Thüringen verließen und diese Abwanderung zwischenzeitlich schon bedrohlich qualitative Ausmaße angenommen hat.

Viertens: Im Straßenbau, vor allem in der Erhaltung und Sanierung, sind die Möglichkeiten nicht adäquat den Notwendigkeiten. Vor allem im kommunalen Straßennetz und auch die Abstufung von Landesstraßen verläuft wegen der Sanierungslücke eher schleppend. Sie sind in Ihren Ausführungen darauf eingegangen mit der stärkeren Orientierung auf das regionale Straßennetz, was wir für richtig halten. Der Zustand der Brückenbauwerke ist laut dem Zustandsbericht ungedingt zu verbessern. Wir hatten dazu auch ges-

tern Mündliche Anfrage und Antwort, worauf ich hier nur verweisen will.

Fünftens: Im Tourismusbereich sind kleine Kommunen und Unternehmer durch den Ausbau der touristischen Infrastruktur, durch Modernisierung und Neubau von Hotels und Gaststätten in Vorleistung gegangen. Die Erarbeitung attraktiver fremdenverkehrlicher Angebote, die Vermarktung Thüringer Urlaubsangebote, egal ob erster, zweiter oder auch für den Driturlaub sowie die Vermarktung Thüringens als Urlaubsland haben noch zu keinen befriedigenden Ergebnissen hinsichtlich der Anzahl der Urlauber und der eher unterdurchschnittlichen Übernachtungszahlen geführt.

Sechstens: Im öffentlichen Personennahverkehr werden die Zuschüsse an die kommunalen Aufgabenträger zu den Betriebskosten ständig eingeschränkt. Haushaltsdebatten in diesem Haus belegen das. Der Schienenpersonennahverkehr wird für die nächsten 10 Jahre vom weiteren Wettbewerb fern gehalten und das trotz zurzeit deutlich schlechterer Qualität sowohl bei der Einhaltung des Fahrplans als auch beim Einsatz der neuen Triebwagengeneration. Über die avisierte Tariferhöhung durch die DB Regio AG haben wir gestern in der Aktuellen Stunde gesprochen. Ein zumindest fortgeschriebener Nahverkehrsplan unter Hinweis auf die im Nahverkehrsplan von April 1998 enthaltenen Vorbehalte für weitere Bedienung von Strecken und zwischenzeitlich erfolgter Streckenstilllegung fehlt aber in Thüringen.

Siebtens: Das Schließen der bestehenden Infrastrukturlücke in dem Teil, der in Landesverantwortung liegt, und dabei vornehmlich bei den weichen Standortfaktoren - Sie sind darauf eingegangen in Ihrer Regierungserklärung - ist bisher für unsere Begriffe nicht ausreichend wirksam, führt damit nicht zu wachsender Nachfrage im Bau- und Ausrüstungsbereich und hat damit keine Wirkung auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Und schließlich achtens, verehrte Damen und Herren, die Entwicklung von Wirtschaftskraft und Arbeitslosigkeit in Thüringen ist, wie aus den Statistiken zum Bruttoinlandsprodukt und zur Arbeitslosigkeit ersichtlich, stark unterschiedlich. Besonders betroffene Regionen sind der Khyffhäuserkreis und auch das Altenburger Land.

Meine Damen und Herren, ich habe hier schlaglichtartig die Probleme ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt. Ihnen, Herr Reinholz, rate ich vor allem zu einer eigenen schonungslosen Analyse nach Primärdaten.

(Beifall bei der PDS)

Sie benutzen aber in der Presse und heute auch hier in Ihrer Regierungserklärung wieder abgeleitetes Zahlenwerk, sprich die bekannten Wachstumsgrößen, wir haben uns schon vorderst mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Sicher sagen diese Zahlen etwas über die Dy-

namik einer Entwicklung, sicher eignen sich diese dazu, die Dynamik unterschiedlicher Branchen deutlich zu machen, über die Wirtschaftskraft sagen sie aber zu wenig aus. Denn je geringer die Ausgangsgrößen je größer ist die Entwicklungszahl bei positiven Veränderungen im Unterschied zu einer größeren Ausgangsbasis. Deshalb verliert ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent im 1. Halbjahr dieses Jahres schnell an Glanz, wenn man die statistischen Werte umfassender betrachtet, zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 nach Bundesländern und dabei feststellt, dass nur in Bremen, im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern ein geringeres Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet wurde. Oder das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem und dabei feststellt, dass in keinem anderen Bundesland ein derart geringer Wert von 36.249 € im Jahr 2000 erwirtschaftet wird.

Wenn Sie, Herr Minister, also feststellen, dass sich die Industrie als Wachstumsmotor erwiesen hat, ist das zweifellos richtig und wird gesamtwirtschaftlich auch durch Rückgänge im Bauwesen beeinflusst. Um zu umfassenden Maßnahmen durch die Thüringer Landesregierung zu kommen, muss es aber weiter heißen, dass Rahmenbedingungen zu schaffen sind, die das erzeugte Bruttoinlandsprodukt und z.B. die Steuerkraft des Landes, die Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze deutlich erhöhen. Apropos Ausbildungsplätze und Ausbildung: Ich erlaube mir, das aus meinem Redemanuskript in den 2. Tagesordnungspunkt des heutigen Tages zu verschieben, weil er schließt sich ja zufällig heute an.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Zufällig!)

Der Tagesordnungspunkt, Herr Kretschmer, denken Sie doch weiterhin ein bisschen mit.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte hier aber eine Bemerkung zu dem Vorfall am Beginn der Regierungserklärung von Herrn Minister Reinholz machen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Sie müssen sich erst entschuldigen.)

Warten Sie doch erst mal die Zeit ab, was ist es denn. Sie quatschen dummes Zeug und denken nicht mit.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Ich denke mit.)

Lassen Sie Ihren Mund zu.

Mitglieder einer von mir angemeldeten Besuchergruppe haben unter Hinwegsetzung über die Hausordnung die Sitzung des Plenums gestört, - das ist richtig, ja ich sehe es, Herr Bergemann, fassen Sie sich wieder.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Krokodilstränen.)

Auch wenn ich sicherlich eine andere Auffassung zu Bürgerprotesten auch in diesem Haus hier habe als die Mehrheitsfraktion oder als andere Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich für das Verhalten von Teilen dieser Gruppe bei der Präsidentin hiermit entschuldigen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich eingangs einige Probleme aus unserer Sicht benannt habe, dann will ich die sich für uns daraus ergebenden Schwerpunktsetzungen natürlich auch formulieren, weil wir ja nicht bei Problemen stehen bleiben wollen. Das ist zum einen die Offensive für Betriebserweiterung, Neugründung und vor allem Ansiedlung von Unternehmen. Was bisher bezüglich von Ansiedlungsflächen galt, scheint jetzt aber, da ich Ihre Regierungserklärung gehört habe, doch nicht mehr so ganz zu gelten. Ich bezweifle, dass die neue Ausrichtung auf einen Standort - deswegen habe ich vorhin etwas geschmunzelt - im Dialog mit den Regionen erfolgte. Die Gelassenheit, mit der bisher in Betracht kommende Regionen diese Neuausrichtung hingenommen haben, erstaunt mich aber auf der anderen Seite auch. Über das Bemühen um Neuansiedlungen setzt das neben der Flächenvorhaltung sowohl eine Bündelung von Förderprogrammen, eine face-to-face-Betreuung von Investoren und eine Infrastrukturoffensive voraus. Flankierende Maßnahmen dafür können neben dem GOW-Programm auch die Einführung eines revolving Fonds für Kleininvestitionen, aber auch für Rationalisierungsinvestitionen sein und natürlich die Wirksamkeit ihres angekündigten Programms "Thüringen Kapital", aber nicht erst irgendwann im I. Quartal 2004, sondern warum denn nicht, wie mein Kollege Huster in der Debatte zum Nachtragshaushalt im Septemberplenum Ihnen vorschlug, schon direkt ab Anfang des kommenden Jahres. Ich glaube, der Erarbeitungsstand in der TAB würde ausreichen, eine solche Zielstellung ins Auge zu fassen. Die Nachfrage nach diesem Programm ist unserer Kenntnis nach schon heute sehr groß, so dass jeder Monat Verzögerung nachhaltige Folgen haben könnte. Sofern es also kein Wahlkampfbaustein war oder ist, kann ich nur sagen, beginnen Sie dieses Programm ab Januar kommenden Jahres.

(Beifall bei der PDS)

Im Ergebnis dieser ganzen Maßnahmen stünden Stärkungen der Wirtschaftskraft und Erhöhung der Anzahl von Arbeitsplätzen auf der Haben-Seite. Die Ausbildungsplatzangebote würden im Ergebnis des steigenden Arbeitskräftebedarfs gleichzeitig steigen. Herr Minister, auch wenn Sie in der LEG das Prinzip des One-Strip-Office praktizierten, da Ihr Vorgänger die Notwendigkeit dieser Arbeitsweise entsprechend einer Empfehlung der Enquete-Kommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen" stets verneint hat,

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Endlich kommts.)

ist die Übernahme dieses Arbeitsprinzips im Ministerium sicherlich nicht ganz einfach.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Ich habe es nämlich extra mit.)

Das ist nett, dass Sie das mithaben. Ich würde gerne etwas dazu sagen zum Abschlussbericht der Enquetekommission.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Das habe ich erwartet.)

Herr Minister, wir haben beide eins gemeinsam, wir waren beide nicht Mitglied der Kommission.

(Heiterkeit im Hause)

Aber es gibt einen Unterschied, ich habe den Bericht gelesen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Warum haben Sie den Unterschied gemacht?)

Das mag sein, Herr Stauch, zum anderen sehen wir die Notwendigkeit einer Offensive für Innovation. Herr Stauch, ich würde es noch einmal sagen, weil es gab ja die Bemerkung jetzt, er könnte es ja vielleicht auch gelesen haben.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Fragen ...)

Nein, nein, das mag ja so sein, Herr Grob, aus Ihrer Sicht, aber ich bin der Auffassung, da könnte man ja nun auch ganz unbeteiligte Menschen einmal fragen oder auch den wissenschaftlichen Sachverstand, die an dieser Arbeit der Kommission und am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt haben. Ob dieser Abschlussbericht dazu dient, die Eingangsthese des Ministers in der Regierungserklärung zu stützen, dass es keinen Grund und keinen Anlass gibt, an der Ausrichtung der Thüringer Wirtschaftspolitik zu zweifeln. Die These betrachte ich als fraglich, die ist durch den Bericht nicht gedeckt.

(Beifall bei der PDS)

Aber man mag ja nun Wertungen treffen, wie man will. Ich würde gerne noch einmal zurückkommen auf die Notwendigkeit einer Offensive für Innovation. Selbst bei den niedrigen Löhnen in Thüringen sind die Personalkosten immer noch ein bedeutender Kalkulationsbestandteil, das ist sicherlich durchaus richtig und allen bekannt. Daraus die einseitige Schlussfolgerung für die ausschließliche Senkung der Personalkosten zu ziehen, ist meines Erachtens

nach aber falsch. Nach unserer Auffassung müssten sich Produkte und Leistungen in Thüringen durch einen hohen Innovationsgrad auszeichnen. Die betrieblichen Kapazitäten für die Bereiche Forschung und Technologie gilt es deshalb ebenso zu stärken, wie die Forschungskoope-ration und die Verbundforschung. Die Unterstützung durch den Freistaat müsste sich auch über den Gesichtspunkt der geringen Eigenkapitaldecke und der Notwendigkeit zeitweisen Parallelabsatzes von bereits eingeführten und neuen Erzeugnissen auf den Teil der Markteinführung ausdehnen lassen sowie eine verlässliche Finanzierung für eine mittelfristige Planung der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtung und Institute gewährleisten.

(Beifall bei der PDS)

Ferner wollen wir erneut auf unser Minderheitenvotum im Abschlussbericht der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen" bezüglich des zweiten Arbeitsmarkts hinweisen. Mit Zustimmung haben wir deshalb Ihren Standpunkt in Presseveröffentlichungen zur Aktivierung von SAM und ABM bei aktiver Stärkung des ersten Arbeitsmarkts zur Kenntnis genommen. Leider kommt in Ihrer heutigen Regierungserklärung der zweite Arbeitsmarkt nur noch marginal vor, was mich natürlich sehr verwundert. Nicht das eine oder das andere, sondern Entwicklung des ersten Arbeitsmarkts und Arbeitsmarktpolitik mit SAM und ABM sowie die Schaffung von Möglichkeiten für Modellprojekte zur Beschäftigung von Arbeitslosen mit dem Ziel der Ausgründung von stabilen Unternehmen, sehen wir als sinnvolle Möglichkeit.

(Beifall bei der PDS)

Für die Entwicklung des für die Wirtschaftskraft und die Arbeitskräftenachfrage in Thüringen bedeutenden Bereichs Tourismus erwarten wir von Ihnen, Herr Minister, dass nach der Beratung der Großen Anfrage der SPD und eines entsprechenden Antrags der CDU-Fraktion nach öffentlicher Anhörung im Ausschuss und der Durchführung von Regionalkonferenzen ein Tourismuskonzept erarbeitet wird, das die Produktentwicklung, die Angebotsvermarktung und das regionale wie thüringenweite Marketing auf eine stabile personelle und finanzielle Basis stellt und die Eifersüchteleien zwischen Regional- und Kommunaleinrichtungen und der Landesgesellschaft endlich beendet werden.

(Beifall bei der PDS)

Hier sollten aus den Erfahrungen der Anhörungen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik und auch dem Verlauf der Regionalkonferenzen, wenn Sie mir die persönliche Bemerkung gestatten, auf der Tourismuskonferenz nicht nur stromlinienförmige Beiträge von touristischen Vereinen und Verbänden zugelassen und ausgewertet werden, denn gerade in den kritischen Darstellungen liegt für mich das Potenzial für eine schöpferische Weiterentwicklung. Wobei ich sehr bedaure, dass durch Ihr Haus die Vorlage des Tourismuskonzepts nicht wie vor-

gesehen im Herbst 2003, sondern nun ja erst im Jahr 2004 erfolgen soll. Aber es scheint ja nun einmal Methode der Landesregierung zu werden, Pläne und Konzeptionen lediglich anzukündigen und dann die Beschlussfassung und Umsetzung immer wieder zu verschieben. Das Tourismuskonzept oder auch wie gestern der LEP 2003 wären dafür nur beispielhaft zu nennen. Wir erwarten weiterhin, dass von Ihnen gemeinsam mit dem beteiligungsführenden Finanzministerium die Neustrukturierung der Landesgesellschaften abgeschlossen und ihre parlamentarische Kontrolle gesichert wird. Auch wenn jetzt personelle Veränderungen in der STIFT durchgeführt wurden, bleibt die Ausrichtung dieser Einrichtung, die Einflussosphäre der beiden involvierten Ministerien und vor allem die Realisierung der strukturellen notwendigen Applikationszentren weiter etwas im Nebel. Dabei werden die bisherigen politischen Aussagen der Landesregierung konterkariert. Wenn ich zum Tourismus von regionalen Eiferstüchteleien gesprochen habe, so sind die auch im Falle der Präzisionskunststoffzentren nicht zu übersehen. Lassen Sie, Herr Minister, und dazu würde ich Sie ermutigen, vor allem aus der Sicht knapper Kassen nicht zu, dass die Entscheidung ausgesessen wird.

(Beifall bei der PDS)

Zeigen Sie Handlungswerke. Legen sie einen Algorithmus zur Bewertung der Standorte Altenburg, Schmölln, Gera fest und beauftragen Sie die STIFT mit einer nachvollziehbaren Evaluierung der Standorte mit dem Ziel der Realisierung der Maßnahmen im Jahr 2004.

(Beifall bei der PDS)

Lassen Sie, darum würde ich Sie herzlich bitten, auch nach der gestrigen Fragestunde und den Antworten auf die Fragen meiner Kolleginnen und Kollegen, im Falle des Medienapplikationszentrums keine weitere Verzögerung zu. Alle scheinen ja für die Maßnahme zu sein in Erfurt,

(Beifall bei der PDS)

aber viele wollen sie nicht in ihrer Umgebung haben. Das muss gelöst werden. Es ergibt sich für uns die Frage, wie die Landesregierung gewährleisten will, dass der Baubeginn im Jahr 2004 gesichert wird. Das kam aus der gestrigen Antwort, jedenfalls für mich und ich hoffe, ich habe nicht nur Verständigungsschwierigkeiten, nicht so klar zum Ausdruck.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:
Luftlandeplatz.)

Bitte?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:
Luftlandeplatz.)

Und in diesem Zusammenhang sind Sie diesem Haus, auch gerade nach der gestrigen Fragestunde, eine Antwort schuldig geblieben, warum das Wirtschaftsministerium den Zuwendungsbescheid für das Zentrum für intelligentes Bauen in Weimar zurückgezogen hat.

Herr Minister, Ihre geäußerten Vorstellungen über Mietfabriken, ich sagte das eingangs bereits, sind wichtige Impulse einerseits für die teilweise Entlastung der Unternehmen, vor allem in der Gründungs- und Erweiterungsphase, aber andererseits auch für Nutzung in Thüringen vorhandener Bau- und Planungskapazitäten. Ich betone hierbei besonders die Thüringer Kapazitäten. Sie wissen, Herr Minister, um die bisherigen Diskussionen zur Auftragsvergabe durch die LEG und dem sollten Sie in Ihrem Handeln als Minister dieses Freistaats unbedingt vorbauen. Ihre Einlassung über den Weg, um zu den Mietfabriken zu kommen und dabei die LEG ins Feld zu führen, haben gleichfalls bereits zu Diskussionen geführt. Ich gehe aber davon aus, dass Sie der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur des Freistaats sind und die LEG in Ihrem Wirken wie jeden Anbieter behandeln werden. Eine andere Einstellung wäre auch mit der Erfüllung Ihrer Aufgabe als künftiger Aufsichtsratsvorsitzender der LEG nicht zu vereinbaren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf Teilzeitbewertung des Operationellen Programms für den Einsatz des Europäischen Strukturfonds in der Periode 2000/2006 kurz eingehen. Für uns sind dabei insbesondere folgende Feststellungen von Bedeutung:

1. dass drei Fünftel aller EFRE-geförderten Projekte Erweiterungsinvestitionen mit einer um rund zwei Drittel höheren Kapitalintensität je geschaffenen Arbeitsplatz gegenüber den Errichtungsinvestitionen sind;
2. dass eine sektorale Zielsetzung für F- und E-intensive Wirtschaftszweige durch Staffelung von Fördersätzen oder eine Einschränkung der Förderfähigkeit erfolgen sollte;
3. dass im Bereich des ESF bisher eine sehr ungleiche Mittelverwendung zu Ungunsten der Maßnahmepakete lebenslanges Lernen und Chancengleichheit sowie Anpassungsfähigkeit erfolgte, und schließlich
4. insgesamt im Falle des Strukturfonds für regionale Entwicklung erst 43 Prozent der Mittel für den Investitionszeitraum bis 2006 durch Bewilligung gebunden sind, davon für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Wissenschaft und Forschung erst 18,7 Prozent und im Falle des Europäischen Sozialfonds erst 41,7 Prozent der für aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik bis 2006 vorgesehenen Mittel bewilligt sind.

Diese ausgewählten Feststellungen im Verbund mit der bisher in diesem Haus mit keiner Silbe erwähnten, nach Bestätigung der Halbeitevaluierung aber verfügbaren so

genannten leistungsgebundenen Reserve in Höhe von etwa 125 Mio. € machen deutlich, dass durch Ergänzungen im Operationellen Programm durch zielgerichteten Mittelausatz weiterer inhaltlicher und finanzieller Spielraum besteht für eine Stärkung der Wirtschaft und Schaffung weiterer Beschäftigung, auch im öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor. Man muss es eben aber nur wollen. Herr Minister Reinholz, mit Ihren Darlegungen haben Sie uns veranlasst, aus unserer Sicht und nach unserer Analyse Probleme, Schwerpunkte und Lösungsansätze zu benennen. Ich meine, dass die Mitglieder der Enquete-Kommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen", also sowohl Landtagsabgeordnete, Kammervereine, aber auch vor allem renommierte Wissenschaftler, eine Reihe von Aufgaben auch aus eben einer solchen Analyse abgeleitet haben, an deren Umsetzung, egal, ob schon begonnen oder noch kritisch ablehnend betrachtet, ebenfalls in Ihrem Hause gearbeitet werden sollte. Aber dazu ist Kenntnis über Vorgesprochenes und Notwendiges notwendig. Wir werden Sie beständig darauf aufmerksam machen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Kollege Buse, gestatten Sie nur kurz, dass ich noch ein Wort zu Ihrer Entschuldigung sage. Ich habe, ehrlich gesagt, auch erwartet, dass Sie dazu ein Wort sagen, nachdem ja bekannt war, dass es Ihre Gruppe ist. Die Entschuldigung ist angekommen. Aber noch besser wäre es natürlich, wenn Einladungen von Gruppen, bevor der Plenarsaal betreten wird, die Tribüne, auf die Gepflogenheiten des Hauses aufmerksam machen und dann auch mithelfen, dass diese Gepflogenheiten eingehalten werden.

(Beifall bei der CDU, SPD)

So, jetzt habe ich auch noch etwas Angenehmes. Es gibt ein weiteres Ereignis auf der Besuchertribüne. Wir haben nämlich Gäste aus Kasachstan unter Leitung von Herrn Kalilow,

(Beifall im Hause)

auf Einladung der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Rahmen besuchen sie Thüringen und werden sich hier auch insbesondere mit Themen der Landwirtschaft vertraut machen. Herzlich willkommen!

Jetzt darf ich fortsetzen in der Debatte und gebe dem Abgeordneten Lippmann das Wort.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will meine Ausführungen so anlegen, dass ich jetzt nicht Satz für Satz und Wort für Wort die Regierungserklärung des Wirtschaftsministers zu zerpfücken versu-

che, sondern ich will sie so anlegen, dass ich Anregungen und Einstellungen der SPD-Fraktion zu bestimmten Problemen der Wirtschaft in unserem Lande und zur Wirtschaftsförderung in unserem Land darlege, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Über den Bereich Arbeitsmarkt wird möglicherweise in der heutigen Debatte mein Kollege Dr. Müller noch sprechen.

Kürzlich veröffentlichte ein Wirtschaftsforschungsinstitut eine Studie zur Wirtschaftsdynamik in den Bundesländern für die letzten Jahre. Das hebt uns auf den dritten Platz von hinten. Die Ursachen - und das ist bemerkenswert, aber auch überraschend - sehen sie in den gestiegenen Löhnen und Gehältern, in sinkenden Ausgaben für Bildung und Wissenschaft und einer zurückgehenden Investitionsquote. Das ist kein Ruhmesblatt, aber man sollte es auch nicht überbewerten. Ich warne davor. Denn jeder gewiefte Statistiker rechnet Ihnen binnen fünf Minuten Thüringen anhand von Indikatoren sowohl auf den ersten als auch auf den letzten Platz. Das ist möglich, und deshalb ist das für mich eigentlich nur ein Indiz und kein Beweis für die Wirtschaftskraft einer Region, für die Wirtschaftskraft eines Landes.

Thüringen hat wie alle neuen Bundesländer eine Reihe von Defiziten gegenüber den alten Bundesländern, das lässt sich mit Zahlen belegen, die ich im Einzelnen nicht nennen kann, denn es ermüdet 30, 40, 50 Zahlen zu hören. Aber schaut man sich Arbeitslosenquote, Produktivität, Bruttosozialprodukt, die Löhne und die Infrastrukturausstattung an, so sind die Unterschiede mit den Händen zu greifen. Auch Wohneigentum, Sparguthaben, Eigenkapital der Unternehmen sind im Westen im Durchschnitt dreimal so hoch wie in den neuen Bundesländern und natürlich auch in Thüringen. Kein Mensch wird bestreiten können, dass wir uns im Osten noch immer in einer besonderen wirtschaftlichen Situation befinden, und das qualifiziert dieses Land neben den anderen neuen Bundesländern als eine besondere Entwicklungsregion in Deutschland, und dies noch für eine geraume Zeit. Ich sage dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht im Klage-ton, ich stelle das fest. Und ich stelle das auch fest mit einem gewissen Gefühl der Dankbarkeit, nämlich für die, die über die gesamten Jahre hinweg vor allem die finanziellen Transfers ermöglicht haben, der Bund, die Länder und die Menschen in diesen Ländern.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Halbzeit. Das Tempo der wirtschaftlichen Konsolidierung geht uns allen nicht schnell genug, es sollte uns aber davor hüten, übereilte oder falsche Entscheidungen zu treffen. Das betrifft alle, ausdrücklich alle politischen Farben. Die Probleme, die wir zu lösen haben, haben Deutschland schwerfällig gemacht, gesellschaftlich schwerfällig, politisch schwerfällig und wirtschaftlich schwerfällig. Kurt Biedenkopf hat es kürzlich in einem Interview gesagt: "Was jetzt an Veränderungen auf den Weg

gebracht werden muss, hätte schon vor 20 Jahren beginnen müssen." Recht hat er! Und ich sage das ohne Häme. Wie wir merken, sind nicht nur Reformen angesagt, sondern es ist vor allen Dingen auch eine neue politische Kultur der Auseinandersetzung angesagt. Wir müssen uns entscheiden, entweder Wahlkampfgetöse zu machen oder eine konstruktive Auseinandersetzung zu wagen zum Nutzen der Sache. Das hat nur nicht alle Ebenen erreicht. Dem Henning Scherf wird zugesprochen Folgendes gesagt zu haben. Er soll gesagt haben, einer Bundestagsdebatte kann ich nicht lange zusehen, dann wird mir schlecht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir geht das gelegentlich in unserem Hause, das muss ich sagen, auch manchmal so.

(Beifall bei der SPD)

Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wird Deutschland seine Hausaufgaben nicht machen können. Was in den letzten Wochen und Monaten in der Bundesrepublik geschehen ist, ist zumindest ansatzweise ermutigend. Man könnte es mit gutem Willen und mit Optimismus als eine Zäsur der politischen Auseinandersetzung ansehen. Ich denke nicht nur an die Gesundheitsreform Schmidt/Seehofer. Ich denke auch an die Vorschläge von Koch und Steinbrück zum Abbau von Subventionen in Deutschland und von Wowerit und Koch beim Beamtenrecht und von Beust und Scherf bei der Steuerreform. Ich rede nicht von der Qualität der gemeinsamen Bemühungen und ich rede nicht von der Qualität des Endprodukts dieser gemeinsamen Bemühungen, sondern ich rede ganz einfach von der Tatsache, dass es möglich ist. Der Thüringer Ministerpräsident hat gesagt, ich zitiere: "Man möge sich von ideologischen Zwängen befreien." Dann tun wir es doch! Dann unternehmen wir zumindest den Versuch das zu wollen, nicht nur im Bund, sondern auch hier in unserem Hause. Vor diesem Hintergrund sollten wir die heutige Wirtschaftsdebatte führen. Wir wissen, die deutsche Wirtschaft kann nicht per Order auf Wachstum gebracht werden, weder durch den Bund, das ist Quatsch, noch durch die Länder. Auch durch überdurchschnittlich hohe Alimentierung und Subventionen nicht. Die verschleiern die Probleme nur langfristig und setzen die Regeln des Markts und des Wettbewerbes außer Kraft. Wir können auf Dauer nicht unternehmerische Verantwortung durch Mittel der öffentlichen Hände ersetzen. Das aber ist in den letzten Jahren geschehen, in zunehmendem Maße geschehen. Was also kann der Staat, wenn er nicht Unternehmer spielen soll? Er kann, also der Staat, das Zustandekommen von Wertschöpfungsprozessen positiv stimulieren. Das tut er über die drei Hauptsäulen erfolgreicher Wirtschaftspolitik, nämlich:

1. Der Staat muss wirtschaftliche Abläufe von Verwaltungsgestrüpp befreien. Ich werde im Einzelnen dann noch einige Bemerkungen dazu machen. Damit meine ich nicht nur die Strukturreform in der Wirtschaftsförderung, sondern beispielsweise auch die Schaffung zukunftsfähiger Verbandsstrukturen beispielsweise im Bereich der Was-

server- und Abwasserentsorgung.

2. Der Staat muss eine qualifizierte Infrastruktur vorhalten, selbstverständlich nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch die Versorgungsinfrastruktur, wie z.B. die Energieversorgung. Die Pannen, die in den letzten Wochen und Monaten einige Länder ereilt haben, sollten uns bitte schön nicht treffen, und ich glaube, sie werden uns auch nicht treffen.

Die 3. Säule erfolgreicher Wirtschaftspolitik: Der Staat muss auf allen Ebenen für die bestmögliche Ausbildung derer sorgen, die die Werte schaffen. Das beginnt eigentlich schon in der Kindertagesstätte und endet in der Uni.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die drei Säulen erfolgreicher Wirtschaftspolitik, wie ich sie sehe. Wir in Deutschland, wenn Sie sich das vorstellen, erfüllen bestenfalls die Säule zwei.

Das lässt auch erkennen, wo die Defizite sind. Sie sehen, ich habe bis jetzt überhaupt noch nicht von Geld geredet, von Subventionen, Fördermitteln, Strukturhilfefonds. Sie werden erst ins Spiel gebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das Ausgleichsziel, zu dem uns das Grundgesetz verpflichtet, in Gefahr ist. Das war nach der Wiedervereinigung der Fall. Also wurden für uns selbstverständlich der wirtschaftliche Transformationsprozess und Strukturwandel im Osten mit viel Geld unterstützt und wird es heute noch. Das ist die vierte Säule möglicherweise erfolgreicher Wirtschaftspolitik, die für den Osten eine ganz besonders hohe Rolle gespielt hat und auch noch spielt.

Für eine ganze Reihe von Politikern im Osten, so meine ich, reduziert sich Wirtschaftspolitik auf die Forderung, immer mehr Geld zu bekommen. Wirtschaftspolitik verkümmert zur Beschaffungs- und Subventionsmentalität. Die Qualität gerät oftmals unter den Hammer. Das registrieren ja auch die, die letztendlich das Geld geben. Jetzt wären wir also beim Geld.

Ich setze voraus, dass es beim Solidarpakt 2 bleibt, und ich setze auch voraus, dass es letztendlich zu einer einvernehmlichen Regelung zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommen wird. Ein anderes, meine sehr verehrten Damen und Herren, setze ich nicht mehr voraus, nämlich die Kontinuität des Mittelflusses.

Wir sind gut beraten, uns darauf einzustellen, dass sowohl die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe - Herr Minister hat die Zahlen ja vorhin gesagt - als auch die Europäischen Strukturfondsmittel sukzessive zurückgefahren werden, auch wenn der Kommissar Barnier kürzlich in Erfurt die Fortführung der Strukturfondsmittel für die neuen Bundesländer nach 2006 in Aussicht gestellt hat. Nur weiß man nicht, wie ein Ziel-1a-Gebiet, von dem die Rede war,

gefördert werden wird. Die Messlatte von 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im EU-Durchschnitt ist keine geeignete Messlatte mehr. Diese vierte Säule der Wirtschaftspolitik muss künftig zwei Ziele haben. Wir sind gut beraten, uns an diese Ziele zu halten.

1. Wie gehen wir mit dieser neuen Situation um?

2. Wie machen wir weniger Mittel effizienter? Wie machen wir aus weniger mehr?

Das ist nicht die Quadratur des Kreises, denn wer behauptet, wir hätten bislang alle Fördermittel mit einem Wirkungsgrad von 100 Prozent eingesetzt, der sagt die Unwahrheit. Auch wir haben Fehler gemacht - große und kleine. Es wird auch künftig so sein, weil zur Wirtschaftsförderung in diesem Sinne nicht nur der gehört, der das Geld gibt, sondern auch ein dauerhaft erfolgreiches Unternehmen, dem es zufließt. Ziel einer Wirtschaftsdebatte ist es, mithin die vier Säulen der Wirtschaftspolitik abzuklopfen und nach möglichen Defiziten zu suchen sowie gemeinsame Wege zu finden, die man beschreiten muss, um so abzubauen.

Kommen wir zum Bereich "Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau". Vorschläge zum Abbau von Bürokratie hatten und haben in den letzten Wochen, Monaten Konjunktur gehabt. Wirtschaftsverbände sind mit durchaus ernst zu nehmenden Vorschlägen mehrfach an die Öffentlichkeit getreten. Das ist gut und hilfreich. Vorschläge aus der politischen Ebene hingegen sind qualitativ weniger geeignet, weil sie in vielen Fällen den Makel haben, ihren eigenen Aufgaben- und Verantwortungsbereich zuzudecken und Aktivitäten vornehmlich von anderen einzufordern. Wenn in Thüringen bis Ende 2003 1.600 Verwaltungsvorschriften wegfallen sollen, wie angekündigt, dann haben wir das Problem zwar noch nicht gelöst, aber es ist schon mal ein Anfang. Das hat uns allerdings nicht gehindert, vor einigen Wochen und Monaten das Thüringer Bergbahngesetz ins Leben zu rufen, ein ebenso überflüssiges Produkt. Grundsätzlich geht es nicht nur darum, das deutsche Vorschriftenwerk zu entlüften und auszulichten, sondern es geht vor allen Dingen darum, die Strukturen zu ändern und Kompetenzen zu bündeln. Das, was wir im Tourismus beklagen, dass eine Vielzahl von Köchen im Brei rühren, findet praktisch auf jeder Ebene statt. Ich will nur einige Beispiele nennen, nicht alle.

Um effiziente Strukturen in der Thüringer Förderlandschaft haben wir uns schon seit Jahren bemüht. Die Koalitionsvereinbarung zur 2. Legislaturperiode hat der TLG das Ende gebracht. Nun ist auch für die Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft, die Thüringer Außenwirtschaftsfördergesellschaft, um nicht die Kürzel zu benutzen, weil sie nicht jeder weiß, und für die GfAW die Stunde der Wahrheit gekommen. Die Beteiligungen der TIB werden selbstverständlich - und da waren wir uns ja einig - von der TAB in irgendeiner Form weitergeführt, das muss so sein. Die TAF war, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, schon immer überflüssig wie ein Kropf, aber leider sakrosankt.

(Beifall bei der SPD)

60 Prozent der Kosten, die dort hingegangen sind, sind in der Verwaltung versickert. Die SPD-Fraktion vertritt klar und deutlich im Übrigen seit Jahren die Auffassung, Strukturpolitik, Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung sind durch drei Institutionen zu betreiben: die Thüringer Aufbaubank, die Landesentwicklungsgesellschaft und die STIFT, soweit es nicht politische Entscheidungen sind, und zwar von einer funktionierenden Stiftung. Das tut sie nämlich bis heute nicht. Sie hat ähnlich wie bei der TAB und bei der LEG dann und dort einzusetzen, wenn eine Rendite ihrer Arbeit zu erwarten ist. Nun hat sie abweichend von TAB und LEG nicht nur einen Partner, nämlich die Wirtschaft, sondern sie hat zwei, die Forschungs- und Entwicklungseinrichtung und die Wirtschaft, und die sind zusammenzubringen. Der Personalwechsel an der Spitze war zwar längst überfällig, aber das Problem ist damit noch längst nicht gelöst. Zum einen muss das Kompetenzgewusel bei STIFT ein Ende haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium waren in der Vergangenheit schwer unter einen Hut zu bringen und sind es auch heute nicht. Ich bin jahrelang im Beirat gewesen und ich kenne die Geschäfte, die damals abliefen ein wenig. Zum anderen haben Prestigeprojekte einem zielgerichteten Innovations- und Technologietransfer zu weichen. Dass die eine Hand nicht weiß, was die andere tut, hat sich kürzlich am Hickhack um das Applikationszentrum für Kunststofftechnik für Ostthüringen gezeigt. Auf dem wesentlichen Gebiet der Innovationsanregung und des Innovationstransfers haben wir - ich stelle das fest - einige Jahre nutzlos verstreichen lassen.

Ein weiteres Beispiel: Ob Sonderwirtschaftszonen der geeignete Weg sind, wirtschaftliche Abläufe zu stimulieren, wage ich schlicht und ergreifend zu bezweifeln. Stellen Sie sich bitte einmal vor, was, wenn es käme, dann abläuft, wenn es darum geht, für eine Sonderwirtschaftszone die Fördergebietskulisse neu zu strukturieren. Erstens schafft so eine Lösung Differenzen zu anderen Bundesländern, die ja Mitkonkurrenten auf dem Markt um Investitionen sind, und zweitens besteht die Gefahr, dass rechtsfreie Räume geschaffen werden könnten, die wir eigentlich alle nicht wollen. Im Übrigen kann ich mir - aber das nur am Rande - auch nicht vorstellen, Behörden mehrerer Bundesländer zusammenzulegen, zumindest im Bereich der Wirtschaftsförderung nicht, da geht es überhaupt nicht. Hier sind Konkurrenten auf dem Markt im Wettbewerb um Investitionen. Und wer am schnellsten ist, hat Erfolg. Dabei muss es bleiben, meine Damen und Herren.

Ein letztes Beispiel: Es wird von einer Vereinfachung des Tarif- und Arbeitsrechts sehr viel geredet. Zur Tarifautonomie eine klare Ansage: Wir stellen Flächentarifverträge nicht in Frage, sie sollen jedoch genügend Spielraum für betriebspezifische Lösungen ermöglichen. Das ist für den Osten und für die Defizite im Lohngefüge wichtig. Den Einsatz betriebsergebnisabhängiger Lohnkomponenten halten wir bislang für deutlich unterrepräsentiert, aber das ist eine Angelegenheit der Tarifpartner. Unsere Einstellung dazu sagt, dieses möge ausgeweitet werden.

Zum Bereich Infrastrukturentwicklung - einige Bemerkungen zum Bereich der materiellen wirtschaftsnahen Infrastruktur: Sie ist unmittelbar entscheidend für Investitionsbereitschaft und Wirtschaftskraft einer Region. Da ist natürlich in erster Linie die Verkehrsinfrastruktur wichtig.

Meine Damen und Herren, Verkehrsinfrastrukturqualität bemisst sich eben nicht allein nur danach, mit welcher Geschwindigkeit man auf der Straße oder der Schiene von München nach Berlin und von Frankfurt nach Dresden durch Thüringen hindurch kommt, sondern, wie die Produktionsstandorte in Thüringen an das internationale Verkehrsnetz angeschlossen werden und wie sie miteinander verknüpft sind. Im Allgemeinen kann man 14 Jahre nach der Wende Thüringen durchaus einen zufrieden stellenden Zustand der Verkehrsinfrastrukturqualität bescheinigen. Allerdings gibt es auch da noch einiges zu tun, zumindest was das Fernverkehrsnetz angeht. Es ist viel Geld nach Thüringen geflossen. Wenn ich an das Investitionsprogramm 1999 - 2002 und an die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans denke, sind wir mehr als großzügig bedient worden. Angesichts der Prognosezahlen für die Entwicklung des Personen- und Güterverkehrsaufkommens in den nächsten Jahren ist das im Interesse der deutschen und der Thüringer Wirtschaft auch notwendig. Dabei muss es bleiben.

Die Bemühungen des Bundes waren und sind deutlich erkennbar. Leider sind die Bemühungen des Landes Thüringen zum Ausbau des Landesstraßennetzes nicht von vergleichbarer Qualität. Man kann sagen, sie sind kaum noch wahrzunehmen.

Der Nachtragshaushalt hat sein Übriges getan. Die Kürzungen im investiven Bereich werden vor allem die Arbeitsplatzsituation in der Baubranche treffen. So werden wir nicht vorankommen. Ein Unternehmen interessiert schon, wie es Produkte und Dienstleistungen nicht nur regional, sondern überregional preiswert und pünktlich absetzen kann.

Zum ÖPNV: Mein Vorrredner Kollege Buse hat es auch schon angesprochen, der ÖPNV gehört zur Daseinsvorsorge für die Bürger eines Landes. Wir haben ein modernes ÖPNV-Gesetz in Thüringen. Das sichert nicht nur Zuschüsse im investiven Bereich, sondern leistet auch Beiträge zur Deckung von Betriebskostendefiziten bei den kommunalen

und privaten Trägern. Zum Beispiel beträgt der Kostendeckungsgrad Thüringer Unternehmen im Durchschnitt 58 Prozent, in den alten Bundesländern sind es schon 11 Prozent mehr. Ziel ist es, unsere Unternehmen auf die kommende Wettbewerbssituation vorzubereiten, vor allen Dingen sozialverträgliche Tarife aufrecht zu erhalten. Das verlangt die Einkommenssituation unserer Bürger. Aber auch hier fällt der Sparhammer auf die falsche Stelle.

Zum Bereich Bildung - ein von mir eigentlich favorisierter Bereich: Wenn es nach PISA bereits deutliche Zweifel an der Effizienz deutscher Bildungseinrichtungen gegeben hat, der erste Bildungsbericht für Deutschland bei der Kultusministerkonferenz vorgestellt, legt die Defizite offen dar. Wir geben in Deutschland 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus, deutlich weniger als der Mittelwert der anderen Industriestaaten. Fast 10 Prozent verlassen die Schule ohne Abschluss, in Thüringen sind es 13 Prozent. Wir haben zu wenig Abiturienten und die Ausbildung ist nicht zielgerichtet. Es wird noch immer zu viel Bildungsmüll mitgeschleppt. Der OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick" zeigt Deutschland neben der Tatsache, dass unsere Universitäten besser besucht werden, in einem Licht, das einer großen Industrienation unwürdig ist. Der OECD-Bildungsbericht geht im Übrigen sogar so weit, dass er die aktuelle Wachstumsschwäche auf Versäumnisse in der Bildung zurückführt. Problematisch sei auch, dass die absolute Zahl der Absolventen in den Sparten Ingenieurwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften zu gering ist. Wirtschaftswachstum entsteht nun mal dadurch, dass technisches Wissen in Unternehmensgründung umschlägt. Technisches Wissen setzt aber eine technische Ausbildung voraus, die hat in der Schule zu beginnen. Selbstverständlich und leider tut sie das nicht.

Der parlamentarische Abend des VDI kürzlich hat diese Situation gleichfalls beklagt. Kurz gesagt, wir brauchen in Thüringen eine Offensive für die Vermittlung praktischen und technischen Wissens im Grundschul- und gymnasialen Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Es wird von den politisch Verantwortlichen in diesem Land bei jeder Gelegenheit betont, dass Forschung und Entwicklung die Qualität des Wirtschaftsstandorts Thüringen maßgeblich bestimmen. Der Thüringer Wirtschaftsminister hat kürzlich auf dem Verbandstag der Wirtschaft in Weimar noch einmal ausdrücklich betont - er hat gesagt: "Technologieförderung muss im Vordergrund stehen". Warum tun Sie es nicht, Herr Minister? Mit Herings- und Suppenplakaten Ihrer kostspieligen Imagekampagne ist da nichts getan.

(Beifall bei der SPD)

Wir in Thüringen können auf dem Weltmarkt nicht dauerhaft erfolgreich bleiben, wenn wir noch mehr Autos und

noch mehr Anlagen bauen und verkaufen. Das können andere mittlerweile auch. Wir werden bestehen, wenn wir modernstes Know how entwickeln und verkaufen können, sonst nicht. Wir in Thüringen, die wir mit anderen Standorten in der Welt konkurrieren, wissen das. Zumindest tun wir so, als wüssten wir das.

Sehen Sie, man kann und man muss in der gegenwärtigen Situation überall sparen. Vieles geht auch, wie man sieht. Für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung gehe ich symbolisch gesehen auch auf die Bank um unserer wirtschaftlichen Zukunft Willen. Sie haben gestern und nicht nur gestern eine ganz fatale Entscheidung getroffen, indem Sie die bescheidenen Änderungsanträge, die genau diese Situation verbessern sollten, einfach weggestimmt haben.

Zum Bereich Fördermittel und Förderpolitik: Wie gesagt, wir haben uns in den Bereichen Gemeinschaftsaufgabe, Investitionszulage und Europäische Strukturfonds auf ein negatives Szenario einzustellen. Unsere Auffassung ist klar und eindeutig, auf keines dieser drei Elemente der Wirtschaftsförderung können wir in den nächsten Jahren verzichten. Sie sind aber, das ist der aktuellen Situation geschuldet, effizienter auszurichten. Beim Investitionszulagegesetz, das Ende 2004 ausläuft, lagen zwei Entwürfe vor. Einer der Arbeitsgruppe der Ostländer und ein überarbeiteter Entwurf der Bundesregierung. Beide hatten drei gemeinsame Elemente. Ich betone das immer wieder und auch sehr gerne.

Erstens: Die Investitionszulage muss auch nach 2004 längerfristig, nicht nur bis 2006, weitergeführt werden.

Zweitens: Sie muss im Sinne der Empfehlung der EU-Kommission ausgestaltet werden.

Drittens: Die Investitionszulage wird degressiv gestaffelt sein. Da kommen wir nicht drumrum.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen in der Wohnraummodernisierungsförderung, in der Angleichung der Fördertatbestände, der Investitionszulage an die Gemeinschaftsaufgabe. Eins ist unbestritten, das Investitionszulagegesetz hat sich als verlässliches Förderinstrument für Investoren in den neuen Bundesländern bislang bewährt und wir erwarten, dass es auch weitergeführt wird. Trotzdem ist eine zielgenauere Förderung gegenüber dem Investitionszulagegesetz mit dem Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe möglich.

Ein Bundesland wie Thüringen mit ausgeprägt mittelständischer Wirtschaftsstruktur hat natürlich diesen Umstand zu berücksichtigen. Die geringe Eigenkapitalquote im verarbeitenden Gewerbe, die geringe Liquidität lastet wie ein Mühlstein auf diesen Unternehmen - sie kommen nicht nur wegen Basel 2 schlechter an Kredite. Außerdem können sie Ausgaben für Forschung und Entwicklung selten oder gar nicht bezahlen. Helfen kann man ihnen nicht nur

mit Fördermitteln, sondern mit Darlehen des Landes oder Bürgschaften. Das Programm des Bundes "Kapital für Arbeit" und das Programm "Thüringen Kapital" - kürzlich vorgestellt und heute noch mal mündlich vorgetragen - halte ich für ausgesprochen hilfreich, wenn man sie ohne Verwaltungshürden produziert. Das ist bislang nicht der Fall. Lassen Sie sich gelegentlich - ich habe das vor einigen Tagen erlebt - von einem Investor erläutern, welche Schwierigkeiten es macht, mit deutlich restriktiv arbeitenden Geldinstituten ein Finanzierungskonzept mit Fördermitteln zusammenzubringen. Aber, der Wirtschaftsminister hat uns bis Oktober das Gesamtkonzept einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung versprochen; wir warten darauf.

Vor einigen Jahren - einige erinnern sich vielleicht - hat die SPD-Fraktion angeregt, Darlehen des Landes von der Thüringer Aufbaubank ohne Einschaltung einer Hausbank an Unternehmen unter Einbeziehung von Haftungsfreistellungen und Bürgschaften auszureichen. Das wurde damals vehement abgelehnt. Wenn es nun heute möglich erscheint, dann freut uns das, und es wird es auch.

Zur Gemeinschaftsaufgabe selbst: Es haben - das ist interessant zu lesen - Erhebungen von Forschungsinstituten zur GA-Förderung u.a. folgende Ergebnisse gebracht.

Erstens: Die Förderergebnisse signalisieren, dass der unmittelbar arbeitsplatzschaffende Effekt in den letzten Jahren abgenommen hat. Das muss wohl auch so sein, das liegt in der Natur der Sache.

Zweitens: Die Förderung ist zunehmend eine Unterstützung für Kapazitäts- und Produktivitätszuwachs. Zwangsläufig ist der Anteil der Betriebserweiterungs- und Rationalisierungsvorhaben numerisch gestiegen.

Drittens: Die Effizienz der Wirtschaftsförderung ist in den neuen Bundesländern größer als in den alten. Das habe ich schon mit sehr viel Anerkennung gelesen.

Viertens: Der Anteil der KMU an der Gesamtzahl der Förderfälle - nicht am Volumen, an der Gesamtzahl - ist gestiegen.

Wie könnten nun, eingedenk der Tatsache, dass wir künftig nicht mehr, sondern weniger Fördermittel zur Verfügung haben, zukunftsorientierte und effiziente Strukturen der Wirtschaftsförderung aussehen? Ich nenne Ihnen sechs oder sieben Punkte, die möglicherweise nicht bei allen Zustimmung finden könnten.

1. Die Einzelfallprüfung des antragstellenden Unternehmens zur Höhe des Förderbetrags erhält Vorrang vor definierten Fördersätzen. Ich halte das für einen überlegenswerten qualitativ neuen Ansatz.

2. Es ist durchaus möglich und vorstellbar, den GA-Fördersatz zumindest teilweise mit der Investitionszulage zu verrechnen. Künftig werden wir das auch müssen.

3. Wir halten es nicht für richtig, Rationalisierungsvorhaben grundsätzlich von einer Förderung auszuschließen, wenn keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Ein erhaltener sicherer Arbeitsplatz ist für mich so gut wie ein neu geschaffener.

4. Mit der Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe sollten wir grundsätzlich das Wachstumsziel verfolgen. Mit dieser Thematik hat sich auch die Enquetekommission befasst, und sie ist nicht zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen. Ich glaube, wir wollten, wir müssen auch mit geringer werdenden Mitteln deutlich und ausdrücklich das Wachstumsziel verfolgen. Es bringt dauerhaft nichts, in die Fläche zu streuen. Ein Investor geht in der Regel dorthin, wo industrielle Konzentrationspunkte sind und sonst nirgends.

5. Eine Topp-Förderung für große, weltweit aufgestellte Unternehmen, die ihren Sitz nicht in Thüringen haben, ist über einen möglichen Basisfördersatz hinaus nicht zu empfehlen. Ich habe kürzlich gelesen, dass 60 Prozent aller größeren Investoren erklärt haben, sie hätten den gewählten Standort auch ohne Investitionszuschuss besetzt, aber letztendlich entscheidet das die Einzelfallprüfung.

6. Lohnkostenbezogene Zuschüsse bei einer Investition sind sachkapitalbezogenen Zuschüssen gleichzusetzen. Das unterstützt in aller Regel den Mittelstand und personalkostenintensive Vorhaben.

7. Bei infrastrukturellen Vorhaben ist grundsätzlich die Möglichkeit zu prüfen, den erforderlichen kommunalen Anteil zu verringern.

Meine Damen und Herren, wenn nach dem 1. Halbjahr 2003 vorsichtig festgestellt werden kann, dass wir uns auf einem bescheidenen Wachstumspfad bewegen, dann ist das schon mal erfreulich. Aber wir haben Reserven, die wir beeinflussen und nutzen können und auch müssen. Wenn wir im Land nicht die Auffassung vertreten, dass alles, was wir an Wirtschaftsförderung getan oder gelassen haben, richtig ist, dann muss man auch über neue Wege sprechen. Dazu bieten wir unsere Mitarbeit an.

Nun einige Bemerkungen noch am Schluss meiner Ausführungen zu Ihrer Regierungserklärung, Herr Wirtschaftsminister: Es ist nicht die Spur einer selbstkritischen Äußerung da. Fehler werden zugedeckt oder gar nicht angesprochen. Ich bedaure diese Selbstgefälligkeit. Sie hätten sagen können, zum Beispiel, wir haben eine STIFT, die in der Vergangenheit ihren Aufgaben nicht gerecht geworden ist, wir werden das ändern.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten sagen können: Leider sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren aufgrund der Haushaltssituation nicht im notwendigen Umfang eingestellt worden oder gar gestiegen. Wir werden

das ändern.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten sagen können: Leider sind uns auch die notwendigen Ausgaben für den Landesstraßenbau nicht in erforderlichem Umfang möglich gewesen. Wir werden das ändern. Das alles hätten Sie sagen können, ja, Sie hätten es sagen müssen, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten es sagen können, ohne dass dabei die Leistungen der Landesregierungen in den letzten 13 Jahren, die Leistungen der Wirtschaft und die Leistungen der Menschen in diesem Land in Misskredit geraten wären. Sie haben es nicht getan, obwohl gerade die von Ihnen angesprochene Enquetekommission 48 Empfehlungen formuliert hat - die ich im Übrigen auch gelesen habe, Kollege Buse -, nicht ohne Grund formuliert hat. Dies, Herr Wirtschaftsminister war der alte Stil von Erklärungen und von Regierungserklärungen und nicht der neue Wind, der uns, ich hoffe, gemeinsam voranbringen muss. Sie haben diese Chance vertan. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Kretschmer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, "Wirtschaft stärken - Für mehr Wachstum und Beschäftigung", der Titel der Regierungserklärung ist Programm und sehr prägnant Beschreibung von Ursache und Wirkung des Wirtschaftsdilemmas in Deutschland. Wer Wirtschaft gängelt, bürokratisch erdrosselt und abgabenmäßig ausplündert, muss sich nicht wundern, wenn kein Wachstum erfolgt, Arbeitslosenzahlen scheinbar unaufhaltsam wachsen und Staatsschulden unbeherrscht astronomische Höhen erreichen. Oder umgekehrt: Nur mit einer starken Wirtschaft ist Wachstum und Beschäftigung erreichbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich war in zweifacher Hinsicht auf diese Regierungserklärung und die Aussprache gespannt.

1. Für Sie, Herr Minister, war es die Premiere, die Regierungserklärung abzugeben. Gratulation und herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine umfassende Schau auf die Thüringer Wirtschaft, ihre Erfolge und ihre Probleme. Es ist eine klare Aufwei-

sung der weiteren Felder unserer Politik. Zugleich ist deutlich, dass Sie einerseits auf die erfolgreichen und zentralen Elemente der Thüringer Wirtschaftspolitik aufbauen, dies sind die Fortsetzung der Investitionsförderung, die Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen und der weitere Ausbau der Infrastruktur und andererseits in der kurzen Zeit Ihres Wirkens auf die sich ändernden Rahmenbedingungen neue Akzente setzen. Zugleich, Herr Minister, ist es Ihre letzte Regierungserklärung. Halt, nicht beunruhigt sein, die letzte Regierungserklärung im alten Plenarsaal des Thüringer Landtags. Die nächste Plenarsitzung und viele folgende werden im neu erbauten Plenarsaal stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Sie können später jedoch in Erinnerungen schwelgen und zu Recht feststellen, noch im alten Plenarsaal eine Regierungserklärung abgegeben zu haben. Im Übrigen auch recht passend zur heutigen Thematik, denn dieser Neubau ist neben der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten und der jetzt erst in anständiger Weise möglichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und der Medien an unserer Arbeit auch Wirtschaftsförderung,

(Beifall bei der CDU)

Förderung insbesondere der Gewerke der Thüringer Bauwirtschaft. An die Adresse der Oppositionsfractionen gerichtet die folgende Feststellung: Es hat sich meines Wissens keine Baufirma beschwert, dass dieser Neubau errichtet wurde.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Spannung war Opposition: Ich war gespannt, wer heute in der Aussprache die wirtschaftspolitische Stimme Ihrer Fraktion darstellen wird, so eindeutig ist das ja nicht. Bei der PDS ist für das Grobe oft Herr Ramelow im Rennen, aber auch Herr Gerstenberger, Herr Buse und Herr Nothnagel versuchen sich in dieser Stimmlage.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:
Herr Nothnagel ganz besonders, dem geht es um Tourismus, um den barrierefreien Tourismus.)

Bei der SPD ist es wohl Herr Lippmann, aber auch Frau Doht, früher auch mal Herr Höhn, und wenn es eng wird, muss Herr Müller auch mal ran. Dem aufmerksamen Zuhörer wird aufgefallen sein, dass ich nicht von wirtschaftspolitischer Kompetenz der Oppositionsfractionen gesprochen habe. Die Aussprache, Ihre Beiträge, Herr Buse und Herr Lippmann, belegen wiederholt, Kompetenz ist nicht vorhanden.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:
Das wussten Sie vorher schon, als Sie die Rede geschrieben haben?)

Richtig ja. Ich werde es noch belegen, nicht so ungeduldig, aber ich kann es auch aus der Aussprache belegen. Denn, Herr Buse, diese Zahlenspielererei, die Sie uns vorgeführt haben, als Analyse zu verkaufen, das ist ein bisschen dünn und mehr kam auch nicht bei Ihnen. Herr Kollege Lippmann, es war so ein bisschen ... Statement, versucht Weisheit darzustellen, es fehlte an sich nur noch hier die Brille hoch und runter, ansonsten war, wie gesagt ...

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, Sie finden meine Kritik nicht anmaßend, aber, um diese Kritik nicht in den Mittelpunkt der Aussprache zu stellen, habe ich mir nur Anträge der SPD aus den letzten Jahren herausgesucht, die mit freundlicher Aufgeschlossenheit etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun haben könnte. Ich habe hier das Päckchen durch, ich werde sie nicht einzeln vorlesen, aber einige Belege bringen dafür. Der erste, der hier bei mir draufliegt, heißt: "Zweite Thüringenmesse - Frauen und Wirtschaft". Vom Inhalt einmal abgesehen, war die Aufforderung, die Landesregierung wird aufgefordert, zu berichten. Es geht weiter: "Auswirkungen der Landes- und Regionalplanung im Landkreis Nordhausen". Der tiefere Sinn war, die Landesregierung wird aufgefordert zu berichten. Entschließung zum CDU-Antrag "Sonderprogramm Ost" - die Landesregierung wird aufgefordert, 1 Mrd. DM, verteilt auf vier Jahre, zusätzlich für Investitionen zur Verfügung zu stellen (aber nicht sagen, woher). Dann kommt Empfehlung Enquetekommission Wirtschaftsförderung Thüringen: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Ich kürze es ab, weil hier unten wird es noch lustiger. "Drohende Insolvenzen bei Thüringer Freizeit- und Erlebnisbädern und deren Konsequenzen", die Landesregierung wird aufgefordert zu berichten. "Betriebswirtschaftliche Situation des Erlebnisbades Oberhof und dessen Perspektive", die Landesregierung wird aufgefordert zu berichten.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD)

Ja, das nervt, Frau Kollegin Pelke, aber so sieht es aus, wenn Sie es hintereinander nehmen, ich kann es Ihnen nicht ersparen. "Landesradwegenetz in Thüringen", die Landesregierung wird aufgefordert, zu berichten. Ich bin sicher, das genügt. Es ist möglicherweise nicht vollständig, belegt aber, es gibt keine eigene Lösungskonzeption der Opposition, nur Beschäftigung der Ministeriumsmitarbeiter durch immer neue Berichtsansträge.

(Beifall bei der CDU)

Dagegen wurden in dieser Zeit durch die Anstrengungen der Landesregierung und meiner Fraktion wichtige Fortschritte im Strukturwandel, beim Ausbau der Verkehrswege und auch bei der technologie- und innovationsorientierten Infrastruktur erzielt. Die Standortbedingungen haben sich verbessert und die Wirtschaftsstruktur ist wettbewerbs-

fähiger geworden, das trotz eines zunehmend schwierigeren gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Herr Minister Reinholz hat einige Fakten genannt, ich will sie um weitere erweitern. In den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten wurden im Zeitraum 1999 - 2002 15.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Im laufenden Jahr setzt sich diese Entwicklung fort. Im Juli war die Zahl der Beschäftigten um 5.500 oder 4 Prozent höher als im letzten Jahr. Herr Buse, das sind Zahlen, die Sie sich auch einmal ansehen müssen. Durch Existenzgründerkredite und Zuschüsse an die gewerbliche Wirtschaft sind im Zeitraum 1990 bis März 2003 Investitionen mit 44,4 Mrd. € gefördert worden. Das entspricht einem Wert von 18.500 € je Einwohner, und das ist der zweitbeste Wert in Ostmitteleuropa.

(Beifall bei der CDU)

Nur Sachsen-Anhalt ist mit einem Wert von 18.700 € marginal besser. Es folgt Mecklenburg-Vorpommern mit 16.700 €, Sachsen mit 16.200 € und Brandenburg mit 16.100 €. Diese Entwicklungen sprechen für sich, Herr Minister Reinholz hatte, wie gesagt, es bereits benannt. Dennoch führt die Opposition oft und intensiv den Abschlussbericht der Enquetekommission 3/2 "Wirtschaftsförderung in Thüringen" auf. Wie gesagt, ich habe es extra mit, Herr Buse.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vor allen Dingen ein neues Exemplar, mein durchgearbeitetes Exemplar wollte ich Ihnen nicht geben, Sie können dann, wie gesagt, gerne auch das neue Exemplar ...

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:
Ich habe eines.)

Dann ist es okay. Sie führen es auf, um die Landesregierung Versäumnisse oder Gefolgsverweigerung gegenüber dem Parlament zu bezichtigen. Auf einzelne Handlungsempfehlungen und deren Umsetzung und Ausgestaltung werde ich noch eingehen. Doch zunächst will ich zum wiederholten Male darauf hinweisen, dass die Enquetekommission die grundsätzlich richtige Richtung Thüringer Wirtschaft, im Übrigen einstimmig, bescheinigt.

(Beifall bei der PDS)

Mit großen Nachdruck weise ich auf die Passage im Kapitel C I - "Diskussion zu teilungsbedingten und sonstigen Rahmenbedingung einer zukünftigen Wirtschaftspolitik des Freistaats Thüringen" hin. Es ist ein Zitat, Frau Landtagspräsidentin. "... dass ungeachtet vergleichbarer Voraussetzungen in der Wirtschaftsstruktur der neuen Bundesländer für Thüringen wie für jedes andere Bundesland die Möglichkeit besteht und bestanden hat, durch politische Prioritätensetzung die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern oder auch zu verlangsamen und das

konjunkturelle Schwankungen und ungünstige Rahmenbedingungen auf Bundesebene und der Ebene der EU die wirtschaftliche Entwicklung und den Wachstumspfad Thüringen zu beeinflussen." Ein langer Satz, deshalb noch einmal langsam. Zwei Feststellungen sind enthalten:

1. Von vergleichbaren Voraussetzungen der Länder in Ost- und Mitteldeutschland hat es unterschiedliche Ergebnisse in der Wirtschaft gegeben. Das hat etwas mit unterschiedlicher Wirtschaftspolitik in den Ländern durch unterschiedliche Regierungen zu tun. Die CDU-Politik hat in Thüringen die o.g. guten Ergebnisse erreicht.

2. Ungünstige Rahmenbedingungen auf Bundesebene beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung und den Wachstumspfad.

Also ehrlich, als wir damals diesen Passus formuliert und erstritten haben, konnte ich mir nicht vorstellen, wie ungünstig diese Rahmenbedingungen sich entwickelt haben. Sonst wäre die Formulierung härter ausgefallen. Zwei Belege dafür:

1. Reformchaos: Reform des Arbeitsmarktes, der Sozialsysteme, des Steuersystems, Flexibilisierung, Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutz, befristete Einstellung - ich könnte ewig weitermachen.

2. Finanzchaos: Die Hiobsbotschaft Bundesnachtragshaushalt 2003 - mit Neuverschuldung 42 Mrd. €, bedeutet 23 Mrd. € zusätzliche Kreditaufnahme, meine Damen und Herren, das ist Negativrekord. Mehr als die Summe des Doppelhaushalts des Freistaats wird sozusagen en passant dem erstaunten Bürger untergejubelt. Der Schätzerkreis geht für das kommende Jahr 2004 wieder von der astronomischen Summe von 40 Mrd. € aus. Es wird viel vom Prinzip der Nachhaltigkeit auch in der Politik geredet, die Finanzpolitik ist nachhaltig zerrüttet.

Dazu kommt, Herr Kollege Lippmann hat darauf hingedeutet, der andauernde Grundunterschied in der wirtschaftlichen Situation zwischen Ost- und Mitteldeutschland und Westdeutschland. Das Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Mitteldeutschland ist immer noch kleiner als zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts in Westdeutschland. Die Arbeitslosenquote in Ost- und Mitteldeutschland ist doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Deshalb ist weiterhin Förderung in Thüringen erforderlich, also die Fortführung des Solidarpakts bis 2019, die Fortführung der Investitionszulage bis 2006, die Förderung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sind notwendig, trotz Gemosere aus Westdeutschland.

Ich erlaube mir hier auf die Handlungsempfehlung der Enquetekommission hinzuweisen, z.B. die Empfehlung 2, 14, 15 und 16. In der Tageszeitung "Die Welt" vom 15. Oktober 2003 war zu lesen, das Deutschland Exportweltmeister ist. "Schlanker Exportweltmeister" stand zu lesen. Die

Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Produkte wird mit erhöhter Produktivität, schlankeren Organisationen und Vertriebsstrukturen, durch neue Maschinen und Informationstechnik erreicht und der Arbeitsmarkt profitiert nicht nachhaltig davon, Herr Buse. Hier liegen die Ursachen - es brechen mehr Stellen weg als durch Markterfolg entstehen. Nur aus diesem Umstand heraus kann ich die Schwerpunktsetzung in der GA-Förderung auf arbeitsplatzschaffende Investitionen zur Kenntnis nehmen. Sie widerspricht der Empfehlung 17 der Enquetekommission und würde in strenger Exekution die Exportfähigkeit gefährden. Das o.g. Problem wird sich nur umkehren, wenn die Arbeitskosten insgesamt deutlich sinken. Der Anstieg der Lohnnebenkosten ist nicht zu tolerieren, die Reform der Sozialsysteme bleibt das Gebot der Stunde. Außerdem sind die Tarifparteien in der Pflicht, den Unternehmen endgültig Luft auf der Lohnkostenseite zu verschaffen und mit der Thüringer Brille betrachtet, Herr Ramelow, in Westdeutschland ein Stillstand oder gar ein Warten beim Ausgleich zwischen Ost und West zu erreichen. Das gegenseitige Aufschaukeln schadet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Thüringens Wirtschaft wird geprägt durch eine große Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen. Der große Vorteil dieser Struktur liegt in ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Marktbedingungen. Mittelständische Unternehmen sind oft vielmals schneller, Herr Minister Reinholz hat darauf hingewiesen, sie haben aber die besonders ausgeprägte Eigenkapitalschwäche dieser Unternehmen zu konstatieren. In diesem Spannungsfeld zwischen leeren öffentlichen Kassen, verstärkten Kosten und Risikoorientierung der Kreditwirtschaftsbasis (Basel II) und Vorgaben des europäischen Beihilferechts wird der Mittelstand zur Finanzierung von Wachstum, zur Vorfinanzierung neuer Aufträge neue Wege gehen müssen, da er bei knapper Eigenkapitaldecke immer schwerer klassische Kredite von den Banken erhalten wird. Ein solcher Weg ist die Finanzierungsalternative "Thüringen Kapital". Ziel ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis. Auch hier erlaube ich mir den Verweis auf eine Empfehlung der Enquetekommission, beispielsweise die Empfehlung 18. Die Finanzierung erfolgt als stille Beteiligung zu marktüblichen Bedingungen. Diese in der Finanzwelt bezeichnete "Mezzaninfinanzierung" steht für einen Zwitter zwischen Eigen- und Fremdkapital. Zu den Merkmalen zählt die Nachrangigkeit gegenüber anderen Gläubigern im Falle der Insolvenz, die Vorrangigkeit gegenüber Eigenkapital und befristetes Engagement von drei bis zehn Jahren. Besonders hervorzuheben ist eben die Kombinierbarkeit von "Thüringen Kapital" mit anderen Förderprogrammen. Die Stärkung dieses Eigenkapitals wird die Inanspruchnahme von Förderdarlehen in vielen Fällen erst ermöglichen. Die Nachfrage, Herr Buse hat es vorhin benannt, ist bereits jetzt schon groß. So müssen die genauen Konditionen des Programms zügig ausgearbeitet werden, damit es im I. Quartal des nächsten Jahres wie geplant starten kann.

Hinter den Kulissen arbeitet auch die KfW an einem bundesweiten Programm, das kleinen und mittleren Unternehmen helfen soll, ihren Eigenkapitalmangel in den Griff zu bekommen. Also nicht mit Wahlkampfbausteinen, Herr Buse, weil die KfW für uns nicht Wahlkampf machen wird, sondern der Bedarf ist zu erkennen. Die KfW plant mit einem Mezzaninprogramm im Volumen zwischen 600 Mio. und 800 Mio. €, vor allem Unternehmen mit weniger als 2 Mio. € Umsatz zu stärken. Möglicherweise, Herr Minister Reinholz, lässt sich wie beim Programm Gründungs- und Wachstumsfinanzierung eine Kombination und Kooperation zur Verstärkung erreichen. Egal wie, aber kommen muss "Thüringen Kapital", der Thüringer Mittelstand rechnet damit. Verlässlichkeit ist ein wichtiges Pfund Thüringer Wirtschaftspolitik beim durch das rotgrüne Wirtschaftschaos krachsauren Mittelstand,

(Beifall bei der CDU)

Verlässlichkeit auch in den Regeln der GA-Förderung und der Mittelvergabe der GfAW, Verlässlichkeit auch bei der Beratung, insbesondere bei der ständig ansteigenden Problemlage Unternehmensnachfolge. Die Aktivitäten des Bildungswerks der Thüringer Wirtschaft und der IHK sind zu verstetigen. Im Übrigen kann die Organisation von Unternehmensnachfolge auch eine wichtige Aktivität bei der Lösung der Schwierigkeiten aus der Abwanderung sein. Es wird an Nachfolgern in Firmen, Werkstätten und Praxen fehlen. Hier sehe ich ein wichtiges Feld, Verbindung mit jenen zu halten, die nach abgeschlossener Lehre oder Studium hier einen bereits bestehenden Betrieb übernehmen wollen. Ich glaube, dass wir in Thüringen vor großen Herausforderungen wegen des Wegzugs junger Leute stehen. Sicher, nicht so stark wie in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg, aber wir müssen rechtzeitig gegensteuern, um nicht in eine demographische Falle zu tappen. Fachkräftemangel ist hier nur ein Stichwort. Junge Leute verlassen ihre Heimat nicht, weil es hügelig oder langweilig ist, sondern einzig aus dem Grund, weil sie sich woanders bessere Berufs- und Karrierechancen ausrechnen. Besorgnis erregend ist da, dass bei den jungen Frauen der Drang zur Abwanderung zunimmt.

(Beifall bei der PDS)

Mit den fortziehenden potenziellen...

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS: Nicht nur der Drang, auch der Zwang. Das hängt zusammen.)

Ich hatte es im vorhergehenden Satz, glaube ich, deutlich gesagt. Mit den fortziehenden potenziellen Müttern sinkt auch die Geburtenrate. Es bringt sicher nichts, so zu tun, als könnte man mit ein paar politischen Weichenstellungen den Fortzug junger Menschen aus wirtschaftlichen Gründen stoppen und umkehren. Die Möglichkeiten der Politik, auf diese Wanderungsbewegung Einfluss zu nehmen, sind begrenzt. Schon gar nicht gibt es Allheil-

mittel. Aber alle Heilmittel können nur recht sein. Auch hier gilt es in erster Linie die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiter nach oben gerichtet ist und den jungen Leuten attraktive Perspektiven in Thüringen eröffnet werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zurück zum Mittelstand. Ich verweise nochmals auf eine Reihe strukturbedingter Nachteile, insbesondere das Problem eigene Forschung und Entwicklung zu betreiben. Ein Erfolg versprechender Weg, den strukturbedingten Nachteilen kleiner und mittlerer Unternehmen zu begegnen, ist die Bildung von Netzwerken. Das gilt für die koordinierten Aktivitäten der Unternehmen im Einkauf, im Marketing und bei der Ausbildung ebenso wie im Bereich Forschung und Entwicklung. Deshalb leistet die Herausbildung solcher Strukturen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen und zur Verbesserung der Möglichkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, selbst Forschung und Entwicklung zu betreiben und damit die Grundlagen für erforderliche Innovationen zu schaffen. Die Unterstützung des Auf- und Ausbaus innovativer Netze ist eine Hauptaufgabe Thüringer Technologiepolitik. Die bessere Vernetzung der Unternehmen untereinander ist dabei ebenso wichtig wie der Ausbau von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Forschungseinrichtungen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft müssen unter anderem die Kompetenzen der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen durch die Einbindung in die Netzwerke besser genutzt werden. In der Technologiekonzeption des Wirtschaftsministeriums, welche unter Beteiligung des Fraunhoferinstituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, der Thüringer Industrie- und Forschungseinrichtung neu gefasst wurde, sind die abgeleiteten Empfehlungen in Inhalten dazu wie in den Inhalten der Enquetekommission. Bemerkenswert ist die Initiative der Gruppe der Verfahrenstechniker, die auf Einladung von Herrn Kollegen Lippmann und mir am 23. Oktober hier bereits zum zweiten Mal ihre Anstrengungen präsentieren und weiterentwickeln wollen. "Vor- und Nachteile der EU-Erweiterung für die Verfahrenstechnik in Thüringen." Beispiel für mich als Aktivität aus der Wirtschaft unter behutsamer, hilfreicher Begleitung der Technologiestiftung. Dagegen scheint mir eine von oben aufgepfropfte Clusterung auf Dauer nicht erfolgreich. Ein wichtiger Schwerpunkt wird der Ausbau und die Erneuerung der technologieorientierten Infrastruktur bleiben.

Meine Damen und Herren, Entbürokratisierung und Deregulierung ist Forderung der Wirtschaft. Sie hatten vorhin schon einmal die Gelegenheit zu diesem Satz Beifall zu geben, weil die überbordende Regelungsdichte sich immer mehr als Entwicklungshemmnis für die Wirtschaft erweist. Die Politik der Bundesregierung hat dieses Problem in den letzten Jahren noch verschärft. Herr Minister Reinholz hat bereits ausgeführt, dass nun die Bundesregierung versucht

sich als treibende Kraft in Sachen Deregulierung und Entbürokratisierung mit dem Masterplan aufzutun. Auf auf Landesebene eingeleitete Aktivitäten hat Herr Minister Reinholz hingewiesen, die Stabstelle und die Clearingstelle, die zusammenarbeiten. Ich möchte an dieser Stelle nur eine - ich will nicht sagen Missverständnis, sondern ich sage auch schon mal - gewisse Bösartigkeit in der Formulierung von Herrn Kollegen Buse und in einer Pressenotiz des Kollegen Lippmann aufklären. Die Clearingstelle erarbeitet gegenwärtig das Konzept für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit. Dieses Konzept wird mit den Wirtschaftsverbänden diskutiert und fortentwickelt. Meine Fraktion beteiligt sich in Gesprächen mit der Wirtschaft in diesem Verfahren. Dazu bedarf es keines Schaufensterantrags im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik auf öffentliche Anhörung.

(Beifall bei der CDU)

Diese Absicht war so deutlich erkennbar, dass auch die mit Nachdruck vorgetragene Behauptung, die Wirtschaft fordere diese Anhörung, unsere Meinung nicht geändert hat. Die Nachfrage bei dem Herrn Ausschussvorsitzenden, ob es denn eine solche Nachfrage gegenüber oder ein Ansinnen der Wirtschaft auf öffentliche Anhörung gegeben hatte, brachte eine verneinende Antwort. Die Spitze, ich finde es fast ungeheuerlich, ist die Pressemitteilung der SPD auf ihre Abstimmungsniederlage. Da steht, Herr Kollege Lippmann, ich will es Ihnen nicht ersparen, dass Sie uns schlechten Stil vorwerfen und dass durch unser Abstimmungsverhalten die CDU sich als schlechter Gesprächspartner entlarvt und der Eindruck entsteht, dass wir etwas zu verbergen hätten. Meine Damen und Herren, so etwas lasse ich nicht auf mir sitzen. Das wissen Sie ja wohl, dass ich da auch noch einmal nachhake. Das heißt also ganz deutlich und hier vor offenem Mikrofon: Ich habe sowohl beim Hauptgeschäftsführer der IHK und dem Geschäftsführer des Verbandes der Thüringer Wirtschaft nachgefragt, ob es einen Wunsch zu öffentlicher Anhörung gab. Sie haben das verneint. Ich nenne so etwas Lüge, wenn das dann im Ausschuss behauptet wird. Ganz im Gegenteil, die Vertreter haben mir zu verstehen gegeben, man muss mit dem Instrumentarium Anhörung auch sorgsam umgehen. Wir bestellen Leute hier zu Dutzenden immer wieder in den Landtag, die eigentlich möglicherweise von ihrer Arbeit abgehalten werden. Meine Damen und Herren, hier an dieser Stelle noch einmal deutlich: Es gab kein Ansinnen auf eine öffentliche Anhörung und deshalb mussten wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie dort gebracht haben, war nur, wie gesagt, sehr unschön, ich würde sagen bösartig. Es sind aber in erster Linie bundesrechtliche Regelungen, die die Thüringer Wirtschaft hemmen. Ich bin deshalb der Landesregierung dankbar, dass sie in einem Brief an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit die förmliche Bewerbung ganz Thüringens als Testregion für Bürokratieabbau

und Vereinfachung von Verfahren vorgeschlagen hat. Das war im Übrigen auch Inhalt eines Antrags der CDU-Fraktion in Drucksache 3/3159 "Durch Deregulierung und Entbürokratisierung die Attraktivität des Standortes Thüringen stärken". Dort war die Passage drin, wir haben das Wort Sonderwirtschaftszone zu Recht nicht verwendet, weil es da eine sehr dubiose Diskussion von Herrn Minister Clement und anderen gibt. Herr Kollege Lippmann, Sie sollten es vielleicht Herrn Clement sagen, dass Sie keine Sonderwirtschaftszone wollen. Denn er ist ja un-gefallen, er hat ja erst mal drei benannt, und wenn ich Ihren Landesvorsitzenden richtig verstehe, der nun durch die Lande läuft, es würde vielleicht noch eine geben, dann ist es, glaube ich, ganz zeitgemäß, dass wir uns da auch noch mal ins Gespräch bringen.

Meine Damen und Herren, "Auf Thüringens Stärken setzen", dieses Leitmotiv von Ministerpräsident Dieter Althaus gilt ganz besonders für die Thüringer Wirtschaftspolitik. Unsere Stärken liegen vor allem in der zentralen Lage des Freistaats, der Kreativität und Leistungsbereitschaft unserer Bevölkerung und der Flexibilität unserer Unternehmen. Deshalb werden wir uns weiterhin konsequent auf die Verbesserung der Standortbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten von Wirtschaft in Thüringen konzentrieren und gleichzeitig flexibel auf aktuelle Entwicklungen und Erfordernisse reagieren. Nur mit einer starken Wirtschaft ist Wachstum und Beschäftigung erreichbar. Ich will mit einem Ausspruch des heiligen Franz von Assisi - Herr Ramelow, jetzt ist er gar nicht da - meine Ausführungen beenden. Der Inhalt kann auch für den Erfolg der Thüringer Wirtschaftspolitik stehen. Der Ausspruch lautet: "Tue zuerst das Notwendige, dann das Mögliche und du schaffst das Unmögliche." Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Müller zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, jetzt also der angedrohte Beitrag zum Arbeitsmarkt. Herr Minister, Ihr Ministerium trägt ja das Kürzel TMWAI - Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Infrastruktur -, ich hätte deshalb erwartet, dass die Arbeitsmarktpolitik einen entsprechend breiten Raum in Ihrer Regierungserklärung einnehmen würde.

(Beifall bei der SPD)

Bei der vorliegenden Prioritätensetzung hätte man mit dem Ministerwechsel dann ehrlicherweise das "A" aus der Ministeriumsbezeichnung entfernen sollen. Außer dem Programm "50 PLUS" für ältere Arbeitnehmer, den SAM, ABM für Sanierung der Industriestandorte, die Sie vor-

hin noch eingefügt haben, und den im Wesentlichen durch den Europäischen Sozialfonds getragenen Vorhaben für Aus- und Weiterbildung hat sich die Landesregierung nun wohl endgültig aus der Arbeitsmarktpolitik verabschiedet. Es gibt natürlich auch noch eine andere Erklärung: Da auch andere Bereiche des Ministeriums deutlich unterbelichtet sind wie etwa Verkehr, Energie und Tourismus, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie, Herr Reinholz, von der Geschäftsführung der LEG noch nicht ganz im Ministerium angekommen sind.

Nun zur Arbeitsmarktpolitik: Natürlich sehen auch wir den Vorrang der Förderung im ersten Arbeitsmarkt, aber bei über 40 Prozent Langzeitarbeitslosen, also über 80.000 Menschen in Thüringen, sind schon so viele Menschen außerhalb des ersten Arbeitsmarkts, um die man sich als Staat zu kümmern hat.

Die CDU hat ja bereits zu verstehen gegeben, dass sie die in die Hartz-Gesetzgebung nicht zuletzt auf Initiative der Thüringer SPD eingeflossenen Verbesserungen im Bundesrat anhalten wird. Was ist aber Ihre Alternative? Seit Wochen versuchen wir herauszufinden, was genau die CDU eigentlich will. Vielleicht ist auch das der Grund Ihres schmalen Beitrags zum Arbeitsmarkt, Herr Minister, Sie haben noch keine Order aus Berlin und/oder aus München. Wollen wir nicht hoffen, dass das von Hessen initiierte und von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU übernommene so genannte Existenzgrundlagengesetz bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe realisiert wird. Dieses Gesetz wird bislang auch vom Thüringer Ministerpräsidenten öffentlich unterstützt, so beim Unternehmertag in Weimar. Die Thüringer kommunalen Spitzenverbände halten die Übertragung der Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosenhilfeempfängern auf die Landkreise für eine Katastrophe. Eine völlige Überforderung wäre die Folge und durch die vom CDU-Gesetzentwurf lediglich vorgesehene Zweidrittelkosten-erstattung durch den Bund wären insbesondere die strukturschwachen Gebiete, also wir auch hier in Thüringen, die Verlierer. Die Kommunen hätten überproportional hohe Belastungen zu tragen und es käme zu einem Teufelskreis aus Abbau von öffentlichen Service- und Infrastrukturleistungen und einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit. Ganz nebenbei hätten wir weiter ein Zweiklassensystem der Vermittlung, einerseits die Arbeitsverwaltung für die geringen Risiken und andererseits die Kommunen für die starken Risiken. Es gehört nicht viel dazu, sich vorzustellen, wie der wechselseitige Verschiebepbahnhof zwischen zwei Instanzen erneut in Fahrt kommt und wie das Engagement der Landkreise zwangsläufig an den Kreisgrenzen endet. Ich weiß, Herr Gerster denkt auch so, aber er hat als Behördenchef klare Eigeninteressen von wegen "Statistik der Vermittlungen". Dies entspricht nicht der Intention des Bundesgesetzgebers.

Nun zu den Leistungen der Thüringer Arbeitsmarktpolitik: Dazu muss man sich nur die Zahlenentwicklung der Arbeitsmarktförderung mit originären Landesmitteln an-

sehen: Von nahezu 177 Mio. € im Jahr 1999 über 99 Mio. € im Jahr 2002 auf gerade noch 43 Mio. €, die im nächsten Haushaltsjahr vorgesehen sind. Bereits Anfang Oktober haben Sie für das nächste Jahr eine Verbindung von rund 27,5 Mio. €. Diese Verbindung wird sich bis Ende des Jahres noch weiter steigern, so dass Ihnen im nächsten Jahr faktisch kaum noch Entscheidungsmöglichkeiten gegeben sind. Da hilft es auch nicht, wenn Sie ersatzweise versuchen, das mit dem Europäischen Sozialfonds zu kompensieren. Sie wissen doch, dass Sie diesen eben nicht dafür einsetzen dürfen, um Landesmittel auszugleichen. Wie kann man bei einem solch schwachen Engagement des Landes von einer Verzahnung von erstem und öffentlich geförderten Arbeitsmarkt überhaupt noch reden? Der Miteinsatz im Haushalt ist nur noch ein Alibibetrag. Nun weiß ich, dass mit dem Blick auf das Wahljahr Ihre Kreativität beim Einsatz des Europäischen Sozialfonds offenbar zunimmt. Es kann aber nicht angehen - und ich vermute, dass die Rechnungshöfe dies sehr gut im Blick haben -, dass die Landesregierung den ESF als Sparbüchse für entfallene Landesmittel missbraucht. Ich bin gespannt auf Ihre neuen Richtlinien, die Sie bei der DGB-Arbeitsmarktkonferenz angekündigt hatten. Sie können sicher sein, dass auch Brüssel sich in dieser Hinsicht nicht über den Tisch ziehen lässt. Deshalb sollten wir in der Diskussion den Europäischen Sozialfonds, der sich in erster Linie mit Qualifizierung und der Integration besonderer Zielgruppen befasst, nicht verwechseln mit dem, was wir im Bereich des Landesarbeitsmarkts tun müssten. Dort müssten wir schon jetzt mehr machen. Der Hinweis darauf, dass die Bundesanstalt nicht über ausreichende Mittel verfügt, greift nicht. Wir wissen, dass seitens der Bundesanstalt mehr im Bereich der neuen ABM ab 01.01.2004 geleistet werden könnte, es gibt da eine neue Orientierung, wozu aber die Landesmittel fehlen. Wir haben uns dazu beim Landesarbeitsamt rückversichert. Wir müssen uns endlich zu einer stärkeren Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und zu einer Verlagerung aus den Ministerien und ihren nachgeordneten Behörden in die Regionen bekennen. Ich meine damit ausdrücklich nicht die Finanzierung, sondern die Gestaltung. Die von uns vorgeschlagene Arbeitsmarktpauschale wäre ebenso ein guter Anreiz für die Region wie die Aufwertung der Regionalbeiräte in den vier Planungsregionen. Ich freue mich allerdings, dass Sie offenbar einen Umbau ihrer Umsetzungsstrukturen anstreben und das Wirrwarr von zwei ESF-Consultern und der GfAW versuchen zu beenden. Es ist aber nicht damit getan, dass nur die Förderrichtlinien konzentriert werden, Sie brauchen in den Regionen eine viel stärkere Einbeziehung der Landkreise und der Gemeinden und Sie brauchen Moderatoren, die dort eine regionale Arbeitsmarktpolitik unterstützen und die dazu notwendige Akteure ins Boot holen. Das aber setzt eine andere Funktion der Regionalbeiräte voraus, setzt vor allen Dingen eine Machtverlagerung von den Schreibtischen der Ministerien in die Regionen voraus und es setzt voraus, dass die kommunalen Partner ernst genommen werden. Davon sind Sie weit entfernt. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Regierungserklärung auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ein Aufbruchsignal gibt in Richtung der ar-

beitslosen Menschen, aber auch in Richtung der Regionen. Ich habe mit den Thüringer Regionalbeiräten gesprochen und weiß, wovon ich rede. Dort existieren Ideen und Konzepte, wie Arbeitslose qualifiziert beschäftigt werden können und wie die Strukturen in den Regionen verbessert werden können. Aber weder stehen uns ausreichend Mittel zur Verfügung noch ist den Regionalbeiräten die Handlungskompetenz zur Umsetzung in den Regionen gegeben, was offenbar auch nicht gewollt ist. Uns bleibt die Hoffnung, dass nach der Auseinandersetzung um das SGB II endlich konstruktive Sachlichkeit einkehrt. Schauen Sie doch noch mal unseren Antrag zu den Job-Centern und zur Unterstützung regionaler Arbeitsmarktpolitik an. Ich hoffe, dass es in Kürze zu einem vernünftigen Konsens der beiden großen Parteien auf Bundesebene kommt. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Kallenbach zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kallenbach, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Verkehrspolitik. Ich möchte Sie aber nicht mit einer Vielzahl von Zahlen langweilen, sondern einige grundsätzliche Bemerkungen hier anfügen: "Mobilität und Verkehr sind untrennbar mit fast allen Lebensbereichen verknüpft." - ein Zitat von Prof. Dr. Hartmut Topp von der Universität Kaiserslautern, veröffentlicht in der Zeitschrift "Internationales Verkehrswesen" von diesem Monat. Das Interessante an diesem Zitat ist aber, dass es aus einem Artikel stammt, der überschrieben ist "Verkehr im Jahre 2030", bezieht sich also auf diesen Zeithorizont. Das macht deutlich, Verkehr und Mobilität wird nicht an Bedeutung verlieren, im Gegenteil, in den nächsten Jahrzehnten noch an Bedeutung gewinnen. Herr Prof. Topp weist weiterhin darauf hin, dass die Vernetzung, die Verknüpfung der Verkehrssysteme in Zukunft erheblich an Intensität gewinnen muss. Die Systeme werden also komplexer und dazu brauchen wir intelligente Lösungen, technologische Lösungen. Das ist ja eigentlich der Vorteil der deutschen Wirtschaft, hier entsprechende Lösungen anzubieten. Das ist aber auf der anderen Seite, wenn Sie die aktuellen Entwicklungen bei der Einführung der Maut beobachten, eigentlich das Hauptdesaster neben den fehlenden Mitteln, die nicht ankommen beim Bundeshaushalt. Der Schaden, der dem Technologiestandort Deutschland mit diesem Mautdesaster zugeführt wird, das ist das eigentliche Trauerspiel an diesem Thema. Die EU weist in den letzten Monaten verstärkt darauf hin, dass die leistungsfähigen europäischen Trassen, die so genannten transeuropäischen Netze, in den nächsten Jahren nun wirklich zügig umgesetzt werden müssen. Das ist eigentlich unsere Chance als Thüringer, meine Damen und Herren, dass wir unsere Lagegunst in der

Mitte Deutschlands, in der Mitte Europas verstärkt nutzen können. Allein dass wir so schön zentral liegen, wir sagen das oft und gerne, wir liegen in der Mitte Deutschlands, nützt uns noch nichts, wenn wir nicht auch gut erreichbar sind. Das ist die Aufgabe unserer Verkehrspolitik, diese Erreichbarkeit nachdrücklich zu verbessern. Dann kommt in diesem Zusammenhang noch ein Aspekt hinzu. Der Wettbewerb zwischen den Regionen in Deutschland, ja zwischen den Regionen in Europa wird in den nächsten Jahren nicht abnehmen, sondern weiter zunehmen. Da ist die Frage, ob wir dann wirklich entsprechend mit unserer günstigen Lage punkten können oder ob wir sagen müssen, wir liegen zwar ganz günstig, aber wir sind schlecht erreichbar. Wo stehen wir denn heute? Wir können heute feststellen, dass über zwei Drittel der Neubauprojekte A 38, A 71 und A 73 in Betrieb bzw. im Bau sind. Wir können heute davon ausgehen, dass im Jahre 2007 diese Neubaustrecken komplett fertig sein werden. Der Ausbau von A 4 und A 9 wird im Jahr 2009, allerspätstens 2010 durchgängig dem Verkehr übergeben sein. Man muss es allerdings nun doch mit einem gewissen Fragezeichen versehen, da eben im Moment eine außerordentlich große Unsicherheit bzgl. der finanziellen Ausstattung der Verkehrsprojekte in ganz Deutschland eben nun einmal versehen ist, weil die Mauteinnahmen fehlen. Es ist aber auch noch ein grundsätzliches Problem bei der Finanzierung des kommenden Haushalts des Bundes zu sehen. Herr Höhn hat gestern aus meiner Sicht zu Recht darauf hingewiesen, wir sollten uns nicht gegenseitig Schuldzuweisungen vorwerfen zwischen Bund und Ländern. Ich bin auch nicht begeistert von den Mittelkürzungen im Landesstraßenbauprogramm und bei den GVFG-Mitteln, ganz und gar nicht. Eigentlich ist das die falsche Entwicklung. Aber die Haushaltseinnahmen des Landes sind nun einmal so wie sie sind und sie sind nicht von uns zu verantworten, sondern von Rotgrün in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Darauf muss an der Stelle doch immer wieder hingewiesen werden. Aber was hat nun der Bund gemacht? Erst vor wenigen Wochen ist es zu dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss zum Mauteinführungsgesetz gekommen. Das ist erst im Juli dieses Jahres gewesen. Da ist ein Konsens zwischen dem Bund und den Ländern vereinbart worden, die Mauteinnahmen werden genommen abzüglich der Systemkosten, um zusätzlich Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu finanzieren, um zusätzliche Mittel zu bekommen. Wenn wir jetzt in den Haushaltsentwurf des Bundes für 2004 hineinschauen, stellen wir fest, mit den geplanten Einnahmen ist trotzdem der Ansatz des Bundes geringer als im letzten Jahr. Das kann doch nun wirklich überhaupt nicht akzeptiert werden. Es ist also nicht mehr geworden, sondern es ist weniger geworden. Nun fehlen trotzdem die Mauteinnahmen. Also wie sich das auswirken wird, das kann im Moment niemand sagen. Tatsache ist, dass wir gerüstet sind. Die Maßnahmen sind entweder im Bau oder sie sind vorbereitet. Die bedeutendste Inbetriebnahme vom gesamten Auto-

bahnnetz Thüringens war sicherlich die am 5. Juli dieses Jahres, nämlich die Kammquerung über den Thüringer Wald, also die Strecke auf der A 71 nach Suhl und Meiningen. Damit ist zum ersten Mal eine Autobahn quer durch den Thüringer Wald geführt worden und damit Südthüringen nicht nur an die Landeshauptstadt, sondern eben an die Thüringer Städtekette und auch an die A 4 (E 40) angebunden worden. Dieses Projekt wird sich wirklich mittel- und langfristig sehr positiv auf Südthüringen, aber natürlich auch auf Mittelthüringen und auf die gesamte Thüringer Wirtschaft auswirken. Wir haben weiterhin einen Nachholebedarf beim Ausbau der Bundes- und Landesstraßen. Wir können aber heute feststellen, dass wir auf gutem Wege sind. Auch auf diesem Gebiet ist viel erreicht worden, ist wirklich viel erreicht worden. Das wird auch von der Bevölkerung anerkannt. Es ist absehbar, dass noch in diesem Jahrzehnt ein Umsteuern erfolgen wird, nämlich von den neuen Ausbaumaßnahmen, vor allen Dingen zur Unterhaltung des vorhandenen Netzes dann, aber eben auch eine vermehrte Hinwendung in das kommunale und regionale Straßennetz. Darauf hat der Minister Reinholz zu Recht, denke ich, mit allem Nachdruck hingewiesen. Darin wird deutlich, wir sind weit, nämlich weiter als andere neue Bundesländer und zum Teil auch weiter in einigen Punkten als manche alte Bundesländer. Hier sind schon erste Äußerungen, die man unter der Überschrift "Neid" verbuchen kann, zu hören. Aber wie ist es dazu gekommen, dass wir heute überhaupt so weit sind? Es ist einfach unser kontinuierliches Festhalten an unserer Verkehrspolitik, und zwar im Einvernehmen unserer Fraktion mit dem Hause, mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, wenn ich einmal so sagen darf, und auch mit der gesamten Straßenbauverwaltung des Landes.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch sehr nachdrücklich darauf hinweisen, die weit gesteckten Ziele sind nicht erreichbar nur durch Steuerfinanzierung. Eine Umsteuerung im Bund und in der EU ganz konsequent hin zu einer Nutzerfinanzierung ist unumgänglich. Ansonsten sind die großen Aufgaben nicht mehr finanzierbar. Hinzu kommen müssen intelligente Leitsysteme. Also nicht nur der Bau von Straßen, sondern auch intelligente Systeme (Telematik) müssen mehr und mehr eingeführt werden, um die geschaffenen und nicht ganz billigen Verkehrsnetze auch entsprechend zu nutzen. Die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrssysteme wird mehr und mehr, ich sagte es eingangs, an Bedeutung gewinnen. In dem Zusammenhang muss die Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene noch mehr an Bedeutung gewinnen. Aber Sie brauchen auch etwas an Infrastruktur, wohin Sie verlagern können von der Straße auf die Schiene. Wir müssen heute feststellen, dass wir eigentlich noch nicht eine einzige komplett neu gebaute oder ausgebaut Hochgeschwindigkeitsstrecke in Thüringen haben. Man spricht nämlich erst von Hochgeschwindigkeitsstrecken ab 200 km/h. Es ist eigentlich noch nicht ein Kilometer neu gebaut. Deswegen müssen wir darauf drängen, dass diese ICE-Strecke, das Verkehrsprojekt Deut-

sche Einheit Nr. 8, nun doch zügig umgesetzt wird, meine Damen und Herren. Davon lassen wir hier nicht ab.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie nun die Diskussion in den letzten Wochen verfolgen, dann haben die Optimisten gesagt, im Jahr 2009 wird alles fertig werden; die Pessimisten haben gesagt, alles wird doch dauern bis zum Jahr 2015, Herr Mehdorn stand in der Mitte und hat gesagt, bis 2012 werden wir es wohl schaffen. Heute stellen wir fest, wenn wir uns die Zahlen des Bundes vornehmen und mit den realen Kosten, die entstehen werden, vergleichen, nicht einmal bis 2015 ist es mit den eingestellten Mitteln zu schaffen. Meine Damen und Herren, das können wir nicht akzeptieren. Wir müssen darauf drängen, dass wenigstens bis zum Jahre 2015 alles in Betrieb gehen wird. Da sind wir dann 25 Jahre nach der Deutschen Einheit und es ist ein Verkehrsprojekt für die Deutsche Einheit. Deswegen bleiben wir auch nach wie vor an diesem Projekt so nachdrücklich dran, denn wir brauchen es für die Anbindung Thüringens an das internationale Schienennetz.

Zur Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Erfurt, Weimar, Jena, Gera und Chemnitz muss man sagen, da sind wir gut vorangekommen. Inzwischen ist der zweigleisige Ausbau Bestandteil des vordringlichen Bedarfs im Bundesverkehrswegeplan, die Elektrifizierung immer noch nicht, aber auch das, denke ich, werden wir mittel- und langfristig erreichen.

Ich sage auch in Richtung Region Altenburg, wir sind auf gutem Wege, dass Altenburg an die Sachsen-Franken-Magistrale angebunden wird, also die Verbindung zwischen Leipzig und Hof über Altenburg, mit einer Streckengeschwindigkeit von 160 km/h. Im Übrigen mit dem sechs-spurigen Ausbau der A 4, mit dem Neubau der A 72, und zwar mit einer Altenburg nahen Variante zwischen Leipzig und Chemnitz, und mit dem Ausbau der B 93 wird Altenburg in den nächsten Jahren einen erheblichen Sprung im Ausbau der Infrastruktur erreichen - eine solche Qualitätsverbesserung wahrscheinlich wie in den nächsten Jahren in keiner Thüringer Region. Das wird sich auch auf den Wirtschaftsbereich in dieser gesamten Region nachhaltig auswirken. Dabei wird der Flughafen Altenburg eine sehr begrenzte Bedeutung haben bei dieser positiven Infrastrukturentwicklung. Wir werden es uns nicht leisten können das Motto umzusetzen, jedem Landkreis seinen Flughafen, das werden wir nicht schaffen können.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD:
So ein Quatsch.)

Das werden wir nicht schaffen können, Herr Kollege, aber mit den Elementen auf Straße und Schiene gerade für Ostthüringen werden wir eine nachhaltig bessere Erreichbarkeit für die Region Altenburg bekommen.

Zum ÖPNV einschließlich dem Schienenpersonennahverkehr möchte ich sagen, wir haben hier ein gutes Niveau erreicht und wir werden uns alle Mühe geben müssen, dieses Niveau zu halten in den nächsten Jahren, denn es kostet eine ganze Menge Geld. Jetzt kommt es darauf an, auch in diesem Bereich die Vernetzung voranzutreiben. Ich erinnere hier an das Stichwort "Regiomobil", was im Moment zwischen Erfurt, Weimar und Jena funktioniert. Das soll ausgebaut werden zu einem Tarifverbund. Dann in dem ganzen Abschnitt zwischen Gera und Gotha, ein Tarifverbund - nicht ein Verkehrsverbund -, der dem Kunden sehr zum Vorteil werden wird, denn er kann mit einem Tarif dann das gesamte Netz des ÖPNV nutzen. Wir wollen aber die Selbständigkeit der mittelständischen ÖPNV-Unternehmen erhalten und sie stärken. Das ist unser politisches Ziel, die mittelständisch geprägte ÖPNV-Landschaft zu erhalten.

Lassen Sie mich abschließend sagen, wir haben viel erreicht durch eine konsequente Verkehrspolitik, die wir seit Anfang der 90er-Jahre verfolgt haben. Ich erinnere mich noch lebhaft an Redeschlachten in der 1. Legislaturperiode mit der Opposition. Inzwischen ist die Kritik fast vollständig verstummt, weil wir tatsächlich vieles vorweisen können, und zwar zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, für die Mobilität der Bevölkerung und auch - lassen Sie mich das auch sagen - für umweltorientierte, für umweltgerechte Verkehrspolitik. Insgesamt ist es ein Politikbereich für Arbeitsplätze und für hohe Lebensqualität in Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Gerstenberger zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Kretschmer, wir beide haben auch einen Vorteil; wir kennen uns ziemlich lange und Sie hätten ahnen müssen, wenn Sie solche Dinge in den Raum stellen, wie Sie sie in Ihrer Rede in den Raum gestellt haben, dass ich darauf noch mal reagieren muss. Herr Kretschmer, Sie haben gesagt, es handelt sich bei dieser Regierungserklärung um eine prägnante Beschreibung von Ursache und Wirkung und die Opposition hätte Zahlenspielererei als Analyse verkauft. Ich habe mir mal vier Punkte herausgesucht, an denen ich Ihre These noch mal ein kleines bisschen aufgreifen möchte. Es handelt sich also um eine prägnante Beschreibung von Ursache und Wirkung, wenn der Wirtschaftsminister Reinholz feststellt in seinen Ausführungen, dass wir eigentlich kein Ausbildungs- und Abwanderungsproblem haben, sondern dass wir dort auf gutem Weg sind und die Ausbildungsinitiativen fruchten. Gleichzeitig, Herr Kretschmer, möchte ich auf eines hinweisen: Der viel gelobte Bericht der Enquetekommission schreibt auf Seite 107: "Um

künftig den Fachkräftebedarf der Unternehmen zu sichern, sind auch verstärkte Ausbildungsanstrengungen der Wirtschaft, insbesondere bei der Erstausbildung nötig. Um eine gerechte Verteilung der Lasten zu gewährleisten, die gegenwärtig hauptsächlich von kleinen und mittleren Unternehmen getragen werden, sollte das Modell einer Finanzierung durch die Wirtschaft und den Freistaat erarbeitet werden." Das war ein Minderheitenvotum aus dem Jahre 2001. Wie richtig dieses Minderheitenvotum war, Herr Kretschmer, sagt der Arbeitsmarktbericht des Freistaats Thüringen vom September 2003.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Ich habe nichts entgegengestellt.)

Der sagt nämlich, die Ausbildungsmarktsituation ist erneut schwierig. Er sagt weiter, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen in Thüringen hat sich im Vergleich zum Vorjahr weiter verringert. Er sagt nicht, trotz Ausbildungsinitiative des Ministers, sondern er stellt nüchtern fest, weiter verringert. Er stellt weiter fest, der Anteil der so genannten Altnachfrager, die die Schule bereits in den früheren Jahren verlassen hatten, erreichte in diesem Jahr mehr als 41 Prozent. Damit wurde der demographisch bedingte Rückgang der Schulabgänger kompensiert. Und er stellt weiter fest, in eine betriebliche Ausbildung sind aber nur rund 41 Prozent der Bewerber gemündet. Er stellt abschließend fest, offensichtlich ist, dass vor allem leistungsstarke Jugendliche Mobilität zeigen und dorthin gehen, wo attraktive, am Arbeitsmarkt nachgefragte Ausbildungen angeboten werden.

Wie stellen Sie so richtig fest, Herr Kretschmer, die Rede beschreibt prägnant Ursache und Wirkung. Es hätte dazu gehört, dass man dieses Problem sachlich und nüchtern darstellt und nicht die hervorragenden Erfolge der Landesregierung darstellt, wohl wissend, dass wir allein in Thüringen Wegzüge in einer Größenordnung von 110.000 Bürgern haben, das ist fast so viel wie in den anderen neuen Bundesländern zusammen.

(Beifall bei der PDS)

Ein zweiter Punkt: Es war für mich schon erstaunlich, in welchem Umfang auf das Problem der Beschäftigungssituation und Arbeitsmarktpolitik in dieser Rede eingegangen wurde, in der Rede des Ministers also dieser Regierungserklärung. Herr Minister Reinholz, ich bedaure sehr, dass es offensichtlich unter den Mitarbeitern Ihres Hauses, die diese Rede geschrieben haben, wenig oder kein Verständnis für dieses Problemfeld gegeben hat, ansonsten wäre wohl das, was an Material dort angeboten wurde, etwas umfangreicher und deutlicher gewesen. Es hätte der Ehrlichkeit halber dazu gehört, und da will ich nur noch mal ein oder zwei Punkte aufzählen, dass die Anzahl der Arbeitsmarktmaßnahmen im Freistaat Thüringen um über ein Drittel im Vergleich zum letzten Jahr zurückgegangen ist - von 35.000 jetzt bestehenden 18.000 weniger als im letzten Jahr - kein Wort dazu. Auch kein Wort, wie

man das kompensieren will, auch kein Wort zum so genannten Existenzgrundlagensicherungsgesetz der CDU. Sie beschwerten sich über die Aktivitäten zu Hartz III und IV der SPD, meine Damen und Herren. Wenn Sie ehrlich gewesen wären, hätten Sie sich hierhin stellen müssen und hätten sagen müssen, meine lieben Arbeitslosen, mit dem Existenzgrundlagensicherungsgesetz wollen wir eigentlich gar nicht, dass Hartz IV nicht wirksam wird, sondern wir wollen lediglich dass Hartz IV in verschärfter Form umgesetzt wird. Das ist der wahre Hintergrund Ihres politischen Handelns. Das erklärt auch,

(Beifall bei der PDS)

warum Sie nicht bereit waren und nicht ehrlich darstellen wollten, wie die Situation im Freistaat ist. Kein Wort - und da wiederhole ich das, was Alfred Müller gesagt hat - zur Regionalisierung und den Regionalbeiräten. Kein Wort darüber, dass diese Beiräte seit Monaten und Tagen beraten und Anträge prüfen, Anträge genehmigen, aber die Anträge nicht ausgezahlt werden können, weil seit Monaten aufgrund fehlender Mittel im Landeshaushalt ein Genehmigungsstopp für diese Anträge besteht. Es türmen sich in der GfAW Stapel von Anträgen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genehmigt werden können, aber in der Regierungserklärung steht, wir sind auf gutem Wege, so wie bisher machen wir weiter, es ist keine Veränderung notwendig.

Meine Damen und Herren, das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen, dass Sie die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen und nicht bereit sind, auf diese zu reagieren. Dazu kommt ein dritter Vorwurf, den ich denke, auch exemplarisch machen zu können. Sie pflegen und initiieren regionale Egoismen, um damit zu kaschieren, dass Sie weder finanziell noch politisch entsprechend handlungsfähig sind. Ich will das am Beispiel dieser Applikationszentren machen und der dort erzeugten politischen Handlungszwänge. Was erwarten Sie denn von Bürgermeistern und Landräten, denen man sagt, sowohl bei dir als auch bei dir könnte ein solches Zentrum entstehen. Es wäre verwerflich, wenn die Bürgermeister nicht darum kämpfen würden, dass es in ihrem Zentrum entsteht. Aber es wäre viel einfacher gewesen, meine Damen und Herren, wenn wir in dieser Landesregierung und auch in der Mitte dieses Hauses einmal in die Unterlagen gesehen hätten, die wir besitzen. Ein Landesentwicklungsprogramm legt räumliche Strukturen für die perspektivische Entwicklung fest. Es ordnet ein, wo sich schwerpunktmäßig Entwicklung vollziehen soll. Das steht jedenfalls im Landesplanungsgesetz. Wir haben bloß das Problem, dass wir ein ungeliebtes Pflegekind Landesentwicklungsprogramm in dieser Landesregierung haben, was von einem Ministerium zum nächsten geschoben wird. Nun hat es dummerweise den Innenminister wieder getroffen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS:
Er konnte nicht Nein sagen.)

Er konnte nicht Nein sagen, er war halt einmal wieder dran, die anderen konnten nicht mehr, nun muss einer die Suppe auslöffeln, die in den letzten sechs, sieben Jahren damit dort eingebrockt wurde, und wir haben den Salat. Wenn es denn nicht dieses Programm gäbe, Minister Reinholz, hätten Sie überhaupt keine Entscheidungsschwierigkeiten, dann wäre nämlich klar definiert, wo in dieser technologischen Richtung sich Entwicklung vollziehen soll in Thüringen, wer für dieses Applikationszentrum in Frage käme und wir müssten nicht darüber diskutieren, ob wir nun 2005 oder 2006 oder vielleicht noch später dann endlich zu einer Realisierung dieses Weges kommen oder ob zufällig die STIFT in der vierten oder fünften Beratung zu diesem Thema nun endlich einmal in die Lage versetzt wird, eine Entscheidung zu treffen oder nicht.

Der vierte Punkt, an dem ich es festmachen möchte, Herr Kretschmer, auch wir haben wieder einen Vorteil, wir waren beide in der Enquetekommission. In der Enquetekommission ist auch darüber diskutiert worden, ob es nicht Sinn macht revolvierende Fonds zu entwickeln, um auf diese Art und Weise Wirtschaftsfördergelder in die Kasse des Freistaats zurückfließen zu lassen. Die Antwort Ihrerseits, das Thema berühren wir am besten gar nicht, das macht Arbeit. Als Zweites, es ist vorteilhaft, solange wie wir eine SPD-Bundesregierung haben, erst einmal von der Bundesregierung zu fordern, dass wir Geld brauchen, möglichst so, wie bisher und das für die nächsten Jahre. Das, was Sie in der Gemeinschaftsaufgabe an Mittelreduzierung beklagen, wäre doch ehrlichkeitshalber zu sagen, beruht auf einer Entscheidung der 97er-CDU-Regierung oder der 96er sogar, dass über die nächsten Jahre in diesem Maße, das Sie heute beklagen, abgeschmolzen wird in der Gemeinschaftsaufgabe. Sie haben diese Entscheidung getroffen und stellen sich heute hin als ob nichts gewesen wäre und sagen, aber in Zukunft erwarten wir, dass diese Förderung für die neuen Bundesländer so weitergeht wie bisher, anstatt darüber nachzudenken, wo innovative neue, andere Ansätze sind und ob es nicht gehen könnte, über diesen Weg entsprechende wirtschaftliche Entwicklungen zu vollziehen.

Im Übrigen, als wir das in der Enquetekommission diskutiert haben, gab es dafür sowohl vom Handwerk als auch von der Wirtschaft die entsprechende Bereitschaft. Die ist von Landesregierungsseite seit zweieinhalb Jahren nicht wahrgenommen worden und von Ihnen, das unterstelle ich einmal, nicht befördert worden, sondern das ganze Gegenteil ist der Fall. Dann bleibt, meine Damen und Herren, um diese Versäumnisse und Mängel der eigenen Politik zu kaschieren, natürlich nichts weiter als die Feststellung einer prägnanten Beschreibung von Ursache und Wirkung für diese Regierungserklärung, die Thüringen weder hilft, noch schadet, denn sie zeigt nicht, wohin die nächsten Wege und die nächsten Schritte gehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD hat sich Frau Abgeordnete Doht zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die heutigen Aussagen zum Tourismus in der Regierungserklärung, aber auch das Agieren der Landesregierung, des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur in der Vergangenheit lassen mich nicht umhinkommen, hier zu diesem Bereich noch einmal etwas zu sagen. Sie wollen, Herr Wirtschaftsminister, die Tourismuspotenziale stärken. Dieses Anliegen ist sicherlich richtig und ich stimme mit Ihnen überein in der Einschätzung, dass wir dieses Potenzial, was in Thüringen durchaus vorhanden ist, bei weitem nicht ausgeschöpft haben. Sie haben gesagt, Sie wollen den Tourismus in Thüringen zur Chefsache machen, nur Ihre Handlungsweise und auch das, was Sie heute in der Regierungserklärung ausgeführt haben, reicht dazu bei weitem nicht aus. Die Tourismuskonzeption, die unsere Fraktion bereits als Antrag in einer der vorangegangenen Plenarsitzungen gefordert hat, wird wieder verschoben, jetzt erarbeitet diese Konzeption nicht mehr das Ministerium, sondern wie Sie letztens auf eine Anfrage meines Kollegen Buse dargestellt haben, wird ein Externer damit beauftragt. Ich frage mich, kennt denn ein Externer unbedingt Thüringen besser? Wäre es nicht ureigenste Aufgabe des Ministeriums, diese Tourismuskonzeption zu erstellen, eine Konzeption, an der sich dann auch die Touristiker im Land orientieren können. Diese Orientierung ist Ihnen nämlich inzwischen völlig abhanden gekommen, aber es ist natürlich klar, wer soll denn die Tourismuskonzeption erstellen, wenn der Referatsleiter versetzt wurde und die Stelle im Ministerium unbesetzt ist? Aber auch Ihre heutige Regierungserklärung beinhaltet zum Tourismus nur Allgemeinplätze. Sie sagen, wir brauchen bessere Angebote. Die Zersplitterung im Marketing muss beseitigt werden. Wir brauchen Verbesserung zwischen Kooperation und Kommunikation und wir brauchen effiziente Organisationsstrukturen. Das ist ja alles richtig, das hat Ihr Vorgänger auch gesagt. Er hat immer nicht gesagt, wir brauchen, der hat es etwas anders ausgedrückt, aber welchen Anteil hat das Ministerium, was tut die Landesregierung, dass wir dahin kommen. Kein Wort dazu, auf drei Seiten, nicht einmal ganz drei Seiten, haben Sie den Chefbereich Tourismus in Ihrer Regierungserklärung abgehandelt. Der einzige inhaltsschwere Satz auf diesen drei Seiten war, dass das Land beabsichtigt, sich im kommenden Jahr als Gesellschafter in die TTG einzubringen. Daran kann man erst einmal nichts Schlechtes finden. Das Land gibt einen großen Zuschuss, damit die TTG ihre Marketingaufgaben wahrnehmen kann, da ist es durchaus legitim, dass diese Landesregierung auch stärker Einfluss auf die Arbeitsweise der TTG nehmen will. Nur Sie überraschen das Parlament, einen Tag nachdem hier der Nachtragshaushalt für 2004 beschlossen wurde, mit der Mitteilung, dass das Land Gesellschafter werden will. Hätten wir denn vor-

her nicht in den Ausschüssen, im Haushalts- und Finanzausschuss, meinetwegen auch im Wirtschaftsausschuss, beraten müssen, wo soll das Stammkapital herkommen? Ich frage, welchen Haushaltstitel wollen Sie anzapfen? Ist mit den anderen Gesellschaftern schon gesprochen worden? Das sind alles Fragen, die offen sind, die geklärt werden müssten. Dann will ich Ihnen noch eines sagen, wenn das Ministerium gegenüber der TTG, egal ob es nun Gesellschafter ist oder nicht, so weiter agiert, wie in der Vergangenheit, dass mit beiden Händen Sand ins Getriebe geworfen wird. Dann wird auch eine Gesellschafterfunktion der Landesregierung die Arbeit und das Marketingengagement der TTG nicht verbessern, sondern ich sage, in diesem Bereich ist auch eine Verbesserung der Kooperation und Kommunikation nötig, dass sich nämlich die Mitarbeiter der TTG wieder auf ihre ureigenste Aufgabe besinnen können. Thüringen als Tourismusstandort zu vermarkten und nicht seitenweise Kataloge der Landesregierung zuarbeiten müssen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Vopel zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Herr Minister Reinholz, Sie hätten heute hier eine Regierungserklärung abgeben sollen, die so mindestens, wenn nicht noch mehr, 12 Stunden gebraucht hätte. Den Herren von der PDS ist der Arbeitsmarkt viel zu kurz gekommen, Herrn Müller auch, der Tourismus sowieso, und wie gesagt Sie hätten das alles viel mehr auswalzen sollen.

Herr Müller, das Ministerium heißt Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, nicht für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Infrastruktur. Arbeit entsteht, wenn wir eine gut funktionierende Wirtschaft haben, Arbeitsplätze entstehen, wenn wir Leute haben, die zupacken, denen nicht so viele Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, dass sie gar nicht mehr zum Arbeiten kommen, und wenn nicht Beiträge von den Leuten verlangt werden, die kaum noch bezahlbar sind, dann entsteht Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Durch eine reine Arbeitsmarktpolitik wird kein wettbewerbsfähiger Arbeitsplatz geschaffen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das ist ökonomischer Blödsinn, den Sie hier erzählen.)

Das wissen Sie sowieso viel besser.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ja, klar!)

Wenn Sie, Herr Müller, die Hartz-Gesetze ansprechen, warten wir doch mal die Arbeit im Vermittlungsausschuss ab, was am Ende dann rauskommt. Wir werden mit Sicherheit hier eine sehr ausführliche Arbeitsmarktdebatte führen, das verspreche ich Ihnen. Aber wenn Sie schon den Ministerpräsidenten zitieren, dann zitieren Sie ihn bitte richtig. Dann sagen Sie auch dazu, dass es seine und unsere Meinung ist, dass wir die Ost- und die Westländer nicht vergleichen können, weil wir mehr Arbeitslosenhilfebezieher als Sozialhilfebezieher haben. Das haben wir ja immer gesagt, und dazu stehen wir, dass wir natürlich einen enormen Kaufkraftverlust hätten, wenn das umgesetzt würde. Aber wie gesagt, das wissen Sie alles besser, und was Sie hier verbreiten, das ist einfach unlauter.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie den Wegfall von SAM und ABM beklagen, dann machen Sie doch uns dafür nicht verantwortlich, dann machen Sie das doch bitte schön in Berlin. Schauen Sie sich doch mal die Zahlen an, ich habe es mir eben extra noch rausgerissen, das Programm, was wirklich am meisten hin zu wirklicher Arbeit geführt hat, nämlich SAM/OFW, da haben wir gerade mal noch 425 Personen in Beschäftigung. Herr Müller, das sind mal Tausende gewesen, das ist das beste Programm, und das ist zuerst kaputt gemacht worden. Noch ein Zweites: Wir können und wir wollen auch diese Reduzierung gar nicht abfangen. Wir können es nicht, und wir wollen es aber auch nicht, weil es mittlerweile Allgemeingut ist, dass mit reinen Arbeitsmarkt-, mit reinen Beschäftigungsmodellen eben keine nachhaltigen Arbeitsplätze entstehen. Meine Damen und Herren, das ist ein sozialer Aspekt, und den haben wir nie geleugnet, und dass gewisse Abfederungen damit eintreten, das ist alles nachlesbar. Aber wir haben uns auf Schwerpunkte konzentriert, und die letzten Jahre war das Umsteuern richtig. Letztlich machen es doch mittlerweile alle Bundesländer so wie wir vor einigen Jahren schon angefangen haben, bis hin zur Bundesregierung, die Hinwendung zu den Problemgruppen, die Langzeitarbeitslosen, die Älteren und die Jugendlichen. Darauf ist der Minister eingegangen, und ich glaube, auch da ist diese Statistik ja gar nicht unerheblich. Dass die Entlastung des Arbeitsmarkts durch die aktive Arbeitsmarktförderung in Thüringen noch eine große Rolle spielt, zeigen die Zahlen. In Thüringen sind es immer noch 14 Personen pro 100 Arbeitslose, die damit ihr Geld verdienen. In Sachsen sind es 11, in Sachsen-Anhalt sind es 14, in Berlin sind es 8, in Brandenburg 12 und in Mecklenburg-Vorpommern 15. Ja sicher waren es mal 20, aber wir sollten unsere Aktivitäten dahin stärken, dass wir wirklich mehr reguläre und mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze bekommen und nicht einen künstlichen Arbeitsmarkt am Leben erhalten, oder den noch verstärken, der unendlich viel Geld kostet. Ich bin mal gespannt, wenn in ein, zwei Jahren die Förderung von diesen komischen Ich-AG's aufhört, wie viele dann wieder beim Arbeitsamt stehen, die das jetzt mitgenommen haben, die aber kein vernünftiges Konzept haben,

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS:
Oder beim Sozialamt!)

oder beim Sozialamt, das werden wir dann sehen. Aber ich denke, das kann doch nicht der Weg sein. Wir brauchen eine vernünftige Wirtschaftspolitik, dann bekommen wir auch vernünftige Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Heym zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, eigentlich ist alles gesagt, aber manches halt doch ein bisschen verzerrt. Deshalb treibt es mich noch mal hierher nach vorne. Frau Kollegin Doht, wenn man Sie so hört hier vorne zum Tourismus reden, da könnte man den Eindruck gewinnen, erst auf Antrag der SPD Fraktion wäre nun die Landesregierung dazu gekommen eine Tourismuskonzeption in Auftrag zu geben oder sie zu erstellen. Das ist falsch. Die Landesregierung hat aus eigenem Antrieb diese Konzeption angekündigt

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD:
Die Ankündigung ...)

- ja, Frau Doht, lassen Sie mich doch mal ausreden - und Sie hatten lediglich im Frühsommer den Antrag gestellt, dass das Werk nun endlich hier vorgelegt werden muss. Das sind eben die Unterschiede zwischen CDU- und SPD-Politik, nicht nur ankündigen, sondern mit Bedacht machen und nicht schnell machen, sondern richtig machen und nicht immer nachbessern.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nichts Unanständiges, dass diese Konzeption ausgeschrieben worden ist, und ich darf Ihnen sagen an dieser Stelle, dass die Thüringer Aktiven im Tourismus an der Erstellung dieser Konzeption beteiligt sind. Es ist einfach nur falsch, wenn Sie der Öffentlichkeit hier vermitteln, dass die Konzeption von externen Leuten einzig und allein gemacht werden würde.

Es ist falsch, Frau Doht, wenn Sie hier dem Minister vorwerfen, dass man die beabsichtigte Veränderung in der Gesellschafterstruktur zunächst in den entsprechenden Gremien beraten müsste. Frau Doht, das ist geschehen, mit allen Gesellschaftern ist gesprochen worden, und man kann es dem Minister nicht vorwerfen, wenn Ihr Gesellschafter Sie als Aufsichtsratsmitglied nicht informiert, dass diese Gespräche stattgefunden haben.

(Beifall bei der CDU)

Mit den Gesellschaftern ist über diese beabsichtigte Veränderung Einvernehmen erzielt und schon vor mehreren Wochen ausdiskutiert worden. Deshalb ist es auch nicht ganz so unterhaltsam, wenn Herr Buse nun hier vorne bei seinen Ausführungen den Staatssekretär Richwien angreift und nun so den Eindruck vermitteln möchte, dass ein Paradigmenwechsel in der Tourismuspolitik stattgefunden hätte, bloß weil das Land in eine andere Gesellschafterrolle einsteigt. Mitnichten, Herr Buse, mitnichten, wir sind uns da alle einig, und ich weiß ja auch, dass Ihre Fraktion das erkannt hat, dass mit einer veränderten Gesellschafterstruktur ganz einfache Entscheidungen schneller und leichter möglich sein werden. Deshalb müssen wir hier nicht den großen Budenzauber veranstalten und sollten ganz einfach die Dinge so tun, wie sie beabsichtigt sind und sollten uns dann darüber freuen, dass sie vielleicht besser funktionieren als in der Vergangenheit. Denn - und das muss an der Stelle zum Tourismus immer wiederholt werden - wir können als Landespolitiker oder auch als Wirtschaftsministerium, als Landesregierung die größten Anstrengungen unternehmen, der Erfolg im Tourismus wird davon abhängen, wie gut oder wie schlecht die Regionen dieses Landes zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Und da liegt der Schlüssel für den Tourismus in Thüringen. Deshalb ist an dieser Stelle auch noch mal ein ganz herzliches Dankeschön an den Staatssekretär auszusprechen, der gerade in den Frühjahr- und Frühsommermonaten dieses Jahres die Regionalkonferenzen durchgeführt hat, die Landkreise, die Regionalverbände im Haus gehabt hat, mit denen darüber Einvernehmen herleiten wollte, wie die Kompetenzen in Zukunft zu sein haben, dass eben auch Verantwortlichkeiten festgemacht werden können und dass nicht immer nur genölt wird, sondern dass man auch mal sagen kann, pass mal auf, irgendwann hatten wir vereinbart, für das und das ist die und die Ebene zuständig. Da müssen wir erst noch hinkommen bei den Aktiven im Tourismus.

Ich möchte auch noch sagen, dass es mich freut, dass der Minister sagt, wir brauchen eine Dachmarke. Das ist richtig, und wir werden auch erleben, Herr Reinholz, die Diskussion über eine Dachmarke in Thüringen wird wieder sehr stimmungsvoll geführt werden. Ich, aus dem Wald kommend, behaupte, die Dachmarke für Thüringen kann nur der Thüringer Wald sein,

(Beifall bei der CDU)

weil man das vielleicht auch an den Gästezahlen Thüringens herleiten sollte. Man muss sehen, wo die Mehrzahl oder der weit überwiegende Teil der Gäste, wenn er diesen Freistaat aufsucht, sich hinbewegt, das ist nun mal der Wald. Wir haben natürlich die Kultur, wir haben natürlich den Städtetourismus, und wir haben die verschiedenen Regionen. Aber wir müssen uns eben bei dieser Vielfalt dieses Landes dazu verständigen und dazu durch-

ringen, dass ein Thema die Leitfunktion übernimmt. Ich würde mir wünschen, Herr Reinholz, wir bekommen das hin, dass das der Wald wird.

(Beifall bei der CDU)

Ein Letztes: Natürlich werden wir in der Zukunft auch nicht mehr mit der Denkfabrik für den Tourismus werben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch, ich glaube, hinlänglich okay. Frau Doht, da waren wir uns doch schon immer einig, auch zu früheren Zeiten. Ich denke, es ist ganz einfach notwendig, dass wir es auch dann letztendlich so praktizieren, dass die Vermarktung des Tourismus eine emotionale Angelegenheit ist. Der Tourismus ist in der Denkfabrik nicht angebracht. Ich bin aber davon zutiefst überzeugt, dass wir dort die eigenen Strategien finden, das eine zu tun oder das andere zu lassen. In diesem Sinne kann ich mich nur freuen, dass der Tourismus im Wirtschaftsministerium diesen Stellenwert hat, wie er ihn hat. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und auf die Erfolge, die wir auch in den nächsten Monaten erzielen werden. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten liegen mir keine weiteren Re-deanmeldungen mehr vor. Für die Landesregierung Minister Reinholz, bitte schön.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit will ich mich auf ein paar wesentliche Punkte aus den Worten der Abgeordneten beschränken.

Herr Buse, Sie hatten steigende Löhne angemahnt und gleichzeitig die Studie des Kölner Instituts rübergebracht und gesagt, wir liegen dort an vorvorletzter Stelle. Eine der Ursachen dafür waren die steigenden Löhne in Thüringen. Wir hatten nämlich ein Wachstum von 4,4 Prozent und das bundesdeutsche Wachstum betrug im Vergleichszeitraum lediglich 3,1 Prozent. Man kann nicht einerseits höhere Löhne fordern und wünschen und damit immer wieder politische Argumente betreiben und andererseits, wenn sie dann kommen, sie gleich wieder kritisieren. Irgendwo passt das nicht so ganz zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten als Weiteres die industriellen Großflächen angesprochen. Herr Buse, darüber bin ich nun allerbestens informiert, weil das zu meinen Zeiten als Geschäftsführer der LEG gelaufen ist. Es hat Einvernehmen mit allen

Planungszweckverbänden Thüringens bestanden, mit allen betone ich, dass eine Großfläche ausgewiesen wird, und zwar eine Fläche in der Größe von 250 Hektar möglichst Richtung Tendenz 400. Alle Zweckverbände sind aufgefordert worden, entsprechende Flächen auszuwerten. Sie haben es auch getan, aber es ist nur eine Fläche rausgekommen, die diesen Bestandteil auch tatsächlich erfüllt. Es hat eine Arbeitsgruppe gegeben, die das bewertet hat. Die hat eindeutig festgestellt, eine Fläche Priorität A - Erfurter Kreuz, weil nicht nur die Größe dazugehört, sondern auch die Anbindung und die Standortfaktoren und die Förderfähigkeit an sich dazu gehören. Dass die Planungszweckverbände dann noch andere Größenordnungen angemeldet haben zwischen 100 und 200 Hektar - die Goldene Aue im Landkreis Nordhausen, Korbußen im Osten Thüringens oder auch Queienfeld im Süden - ist eine ganz andere Frage. Aber Einvernehmen besteht mit allen Planungszweckverbänden: eine Großfläche.

Sie haben weiterhin gefordert, das "Thüringen Kapital" so schnell wie möglich einzuführen. Da bin ich mit Ihnen völlig im Konsens. Wir werden das so schnell wie möglich tun. Wir haben es für das I. Quartal 2004 angekündigt, Sie wissen genauso gut wie ich, dass dafür natürlich Vorarbeiten zu leisten sind, dass dort Abstimmungen mit den Bankenverbänden zu treffen sind, dass nun mal in Deutschland leider Gottes Regulierungswut immer noch existiert, das werden wir hier in Thüringen auch nicht aus der Welt schaffen. Ich kann an der Stelle nur die Spitzenverbände der Deutschen Bank und speziell den Sparkassenverband bitten, dort möglichst kooperativ mit uns zusammenzuarbeiten, damit es auch möglichst schnell in die Tat umgesetzt wird und nicht jeder irgendwo in seinem Trotzeckchen verschwindet.

Zu der Ausführung kommunales Straßennetz: Herr Buse, wir haben richtig angefangen, der Vorgänger hat richtig angefangen. Wir haben mit dem großen Straßennetz, sprich den Autobahnen, begonnen. Wenn wir das nicht getan hätten, wären wir heute noch nicht so weit, wie wir heute sind.

(Beifall bei der CDU)

Der nächste Schritt wird sein, dass wir den Verkehr auf die Autobahnen draufbekommen. Das ist erforderlich. Dazu ist es erforderlich, das kommunale Straßennetz, die Autobahnzubringer auszubauen, das werden wir tun, Ortsumgehungen zu bauen. Wir haben mehr Ortsumgehungen in Thüringen gebaut als in allen anderen neuen Bundesländern. Das müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen. Auch der Bundesverkehrswegeplan eröffnet uns wieder die Möglichkeit, eine große Zahl von Ortsumgehungen zu bauen. Das werden wir tun. So werden wir uns sukzessive nach unten bis zur kleinsten kommunalen Straße durcharbeiten, denn es bedarf ja auch einer Umwidmung von Bundesstraßen. Sie wissen so gut wie ich, dass mit dem Autobahnbau die Bundesstraßen in Landesstraßen umgewidmet werden und Landesstraßen in Kreis- und Kommunalstraßen. Aber

im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hat sich Thüringen verpflichtet, die in einem ausgebauten ordentlichen Zustand an die Kommunen zu übergeben. Das werden wir auch tun und nicht einfach nur rüberschieben.

(Beifall bei der CDU)

Herrn Lippmann sehe ich jetzt leider nicht, ihm hätte ich an der Stelle noch mal ganz herzlich für seine Kritik an der Bundesregierung gedankt, denn so habe ich eigentlich sein Eingangsstatement verstanden. Seine Ausführungen zur TAF will ich nicht weiter kommentieren. Die TAF ist keine Landesgesellschaft, sondern eine Gesellschaft der Kammern Thüringens.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Nein, sie ist es noch bis zum 31.12.03.

Zu seinen Ausführungen zur STIFT und zur Zusammenarbeit von TMWAI und TMWFK kann ich ihm nur sagen, es besteht zwischen Kollegin Schipanski und mir ein sehr gutes Verhältnis. Wir haben auch ein sehr gutes Einvernehmen über die Aufgaben und die Entwicklung der STIFT miteinander. Dort gibt es überhaupt keinen Dissens, dort gibt es auch keinen Keil, der da irgendwo dazwischenzutreiben ist. Das werden wir auch, wie Herr Lippmann so schön gewünscht hat, unter einen Hut bringen. Dafür stehen sowohl Frau Schipanski als auch ich.

So ganz verstanden habe ich auch die Aussage, die Technologieförderung in den Vordergrund bringen, nicht. Warum müssen wir unbedingt immer mehr Autos und immer mehr Anlagen bauen? Das passt für mich überhaupt nicht zusammen. Der Automobilbau ist einer der technologieintensivsten Bereiche, die Deutschland überhaupt zur Verfügung hat. Wir werden auch da weiterarbeiten. Ich habe auch in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass wir die Grundlagen und die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen werden, dass die Technologieförderung an vorderer Stelle steht.

Herr Dr. Müller, eigentlich hat es Frau Vopel schon gesagt, das Ministerium heißt Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur und nicht Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Infrastruktur. Arbeitsplätze können wir nur im ersten Arbeitsmarkt dauerhaft schaffen. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass wir SAM und ABM weiterhin auf hohem Niveau fördern werden. Wir sind eines der Länder in Deutschland mit der höchsten Förderquote im Bereich SAM und ABM. Ich kann nur hoffen, dass Ihre Bundesregierung uns dort nicht mit AB- und SA-Maßnahmen in neuem Stil nächstes Jahr in die Suppe spuckt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Gerstenberger, wir kennen uns ja auch sehr lange. Aber was mich verwundert hat, wenn Sie Abwanderer

und Pendler durcheinander bringen, das würde ich ganz gern einfach mal klarstellen. Sie haben von 125.000 Abwanderern gesprochen. Falsch, Herr Gerstenberger, es gibt 125.000 Pendler in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS)

Langsam, Herr Gerstenberger. Und den 125.000 Auspendlern stehen 30.000 Einpendler jeden Tag gegenüber. Wenn wir bei den Abwanderern sind, da müssen wir einfach klar festhalten, wir haben 2002 44.800 Abwanderer, sprich Ausiedler, gehabt, aber auch 34.500 Einwanderer. Wir haben ein Defizit von 100.000 Leuten in Thüringen. Das ist sicher immer noch zu viel, aber es sind keine 125.000.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS:
110.000.)

Oder 110.000.

Frau Doht, zu Ihren Ausführungen TTG und Tourismus, da hat ja Abgeordneter Heym sehr ausführlich darüber gesprochen. Es hat ein sehr umfangreiches Gespräch mit den jetzigen Gesellschaftern der TTG gegeben und auch dazu, wie weiter verfahren werden soll. Ich bedaure das natürlich auch, dass Ihr Gesellschafter Sie als Aufsichtsratsmitglied darüber nicht informiert hat, aber, Frau Doht, Sie hatten natürlich auch jahrelang als Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit, auf die Politik der TTG einzuwirken. Da frage ich mich, warum Sie es nicht getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Warum dann erst der Minister kommen muss und muss sagen, er macht es zur Chefsache und bringt es jetzt in Ordnung. Und ich werde es in Ordnung bringen, so wahr ich hier stehe. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 1 und damit auch den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 17** auf

Ausbildungssituation in Thüringen
Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3615 -

Begründung ist nicht angekündigt, da die Landesregierung von der Möglichkeit des Sofortberichts Gebrauch macht. Herr Minister Reinholz, bitte schön.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ziel der Berufsbildungspolitik des Landes ist es, jedem Thüringer Jugendlichen, der dies wünscht, eine Ausbildungschance zu eröffnen. Ausbildungsplätze werden von Unternehmen und öffentlichen Arbeitgebern bereit gestellt. Ursache für den bundesweiten Rückgang an Ausbildungsplätzen ist die äußerst schlechte Konjunktur. Drei Jahre Wirtschaftswachstum in Deutschland nur wenig über Null haben auch auf dem Ausbildungsmarkt ihre Spuren hinterlassen. Die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist nach wie vor schwierig und vergleichbar mit dem vergangenen Jahr. Es fehlen betriebliche Ausbildungsplätze, so dass der annähernde Ausgleich nur mit außer- und überbetrieblichen Ausbildungsangeboten erreicht werden kann.

Thüringen hat das Bund-Länder-Sonderprogramm "Ausbildungsplatzprogramm Ost" um mehr als 500 Plätze aufgestockt. Damit werden insgesamt 2.169 zusätzliche außerbetriebliche Plätze bereit gestellt. Dennoch konnten 1.507 von 32.676 Bewerbern bis zum Ende des Berufsberatungsjahres nicht vermittelt werden. Ich gehe aber davon aus, dass es ebenso wie im Vorjahr möglich ist, diese Zahl durch Nachvermittlungen merklich zu reduzieren, zumal allein im Kammerbezirk der IHK Erfurt 255 Ausbildungsplätze aufgrund von Doppelbewerbungen nicht angetreten wurden.

Im vergangenen Jahr gelang es, die Zahl der nicht vermittelten Bewerber bis zum Jahresende auf etwa 1 Prozent der Bewerber insgesamt zurückzuführen. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen verringerte sich leider von 13.378 Ausbildungsstellen im Jahr 2002 auf 12.623 im Jahr 2003 und damit um 5,6 Prozent. Die Industrie- und Handelskammern in Erfurt, Gera und Suhl informierten aber vor wenigen Tagen in der Presse über eine Steigerung bei der Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse im Vergleich zum Vorjahr und die Handwerkskammer Gera erreichte das Vorjahresergebnis.

Von daher gehe ich davon aus, dass das Ergebnis der tatsächlich bei den Kammern eingetragenen Neuverträge günstiger als die Entwicklung in der Berufsberatungsstatistik der Arbeitsämter sein wird. Bei den Arbeitsämtern, meine Damen und Herren, gibt es keine Meldepflicht für angebotene Ausbildungsplätze. Die abgeschlossenen Ausbildungsverträge müssen allein den Kammern zur Eintragung vorgelegt werden. Der Anteil der Bewerber, die allgemein bildende Schule im Vorjahr bzw. in früheren Jahren verlassen haben, so genannte Altnachfrage, ist am Ende des Ausbildungsjahres 2002/2003 im gesamten Bundesgebiet und auch in Thüringen weiter angestiegen.

Der Anteil der Altnachfrager liegt dabei in Thüringen unter dem bundesweiten Durchschnitt. In Thüringen wies die Berufsberatungsstatistik des Landesarbeitsamtes Sachsen-

Anhalt/Thüringen im Jahr 2003 13.560 Bewerber für Ausbildungsstellen aus früheren Schulentslassungsjahren aus. Der Anteil der Altnachfrage an den Bewerbern insgesamt stieg damit um 1,5 Prozent auf 41,5 Prozentpunkte an.

Neben dem ungünstigen Ausbildungsmarkt sind insbesondere folgende Ursachen für die gestiegene Altnachfrage verantwortlich: verstärkte Aktivitäten der Arbeitsämter zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss werden verstärkt in die Ausbildungsvermittlung mit einbezogen. Hier verfolgt die Bundesanstalt für Arbeit den richtigen Ansatz, dass eine abgeschlossene Ausbildung mit der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist.

Zweitens: Gesetzliche Änderungen nach dem ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, auch Hartz I genannt, wonach ab dem 01.05.2003 Rentenanspruchszeiten gemäß § 58 SGB VI auch für Ausbildung Suchende durch Berufsberatungen der Arbeitsämter bescheinigt werden. Bisher war dafür eine Arbeitslosmeldung erforderlich.

Es ist wichtig, durch Ausbildungsinitiativen, Ausbildungs-offensiven, Ausbildungskonferenzen und -appelle an Unternehmen ein öffentliches Bewusstsein für die wirtschaftliche und soziale Dimension der Berufsausbildung durch Unternehmen zu schaffen. Noch wichtiger und dringender ist es jedoch, die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland zu verbessern. Dies steht durch die Bundesregierung leider immer noch aus. Die bisherigen Reformen durch Hartz I und II zeigen kaum Wirkung. Ferner sind, außer bei der Gesundheitsreform, die künftigen Rahmenbedingungen der Sozialversicherungssysteme noch immer offen. Nachhaltige Reformansätze fehlen; dies gilt auch für ein tragfähiges Finanzierungskonzept zum Vorziehen der Steuerreform.

Drohungen mit einer Ausbildungsabgabe, von der selbst Bundeswirtschaftsminister Clement anscheinend nichts hält, sind keine Lösung des Ausbildungsstellenproblems. Die flankierenden Fördermaßnahmen des Landes Thüringen zur Unterstützung der Unternehmen für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze sowie für eine wirtschafts- und betriebsnahe Qualifizierung orientieren insbesondere auf die Fortsetzung und Stärkung der Verbundausbildung. Verbundausbildung wird von fast der Hälfte der in den neuen Berufen ausgebildeten Betrieben genutzt. Neue Ausbildungsplätze entstehen gerade häufig in neuen und jungen Unternehmen bzw. in neuen Ausbildungsberufen. In 24 Ausbildungsverbänden, in denen knapp 3.400 Unternehmen Mitglied sind, wird die Ausbildung für 13.100 Auszubildende organisiert.

Im Bereich des Handwerks wird durch das Land die überbetriebliche Lehrunderweisung im Handwerk zur Sicherung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und einer zukunftsorientierten Ausbildung bezuschusst. An diesen

Lehrgängen im Handwerk nehmen mehr als 34.000 Auszubildende jährlich teil.

Insbesondere neue Berufe erfordern einen spezifischen Beratungsbedarf. Hier haben sich die Berater zur Lehrstellenwerbung, die das Land fördert, besonders bewährt. Es ist u.a. Aufgabe der bei den Kammern installierten und vom TMWAI geförderten Berater zur Lehrstellenwerbung zielgerichtet Unternehmen aufzusuchen, zu beraten und Ausbildungsplätze zu akquirieren, da der Fachkräftebedarf auf Facharbeiter- und Gesellenniveau nur durch eine verstärkte berufliche Erstausbildung befriedigt werden kann.

Die berufsbildenden Schulen sind im Rahmen des dualen Systems Partner der Ausbildungsbetriebe. Sie vermitteln berufliche Qualifikation nach Maßgabe von Rahmenlehrplänen, die mit den Ausbildungsrahmenplänen der Betriebe abgestimmt sind. Die berufsbildenden Schulen sind in den kommenden Jahren wie die allgemein bildenden Schulen von rückläufigen Schülerzahlen betroffen. Dies führt im Ergebnis dazu, dass sich im Bereich der berufsbildenden Schulen der Bedarf an Lehrkräften kontinuierlich verringern wird. So wird sich die Zahl der Berufsschüler im staatlichen Bereich von derzeit 80.000 Schülern bis zum Jahr 2010 nahezu halbieren. Bei der Aufstellung der Personalentwicklungskonzepte der Thüringer Landesregierung wurde wegen der gegenwärtigen personellen Situation darauf verzichtet, im Bereich der berufsbildenden Schulen bis zum Ablauf des Jahres 2004 einen Stellenabbau im Stellenplan zu vollziehen.

Das Personalentwicklungskonzept sieht lediglich vor, im Stellenplan des Haushalts 2005 60 Stellen für Berufsschullehrer abzubauen. Dieser Abbau an Lehrstellen liegt weit unter dem prozentualen Rückgang der Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen. Dies führt im Ergebnis dazu, dass die Sicherung der personellen Grundausstattung an den berufsbildenden Schulen fortwährend verbessert wird, da der Bestand an Lehrkräften nicht im selben Verhältnis wie die Entwicklung der Schülerzahlen sinken wird.

Ein Problem in der Versorgung der berufsbildenden Schulen mit geeigneten Lehrkräften liegt nicht in dem Vorhandensein besetzbarer Planstellen, sondern vielmehr darin, dass nicht in ausreichender Zahl ausgebildete Lehrkräfte für vorgesehene Einstellungen zur Verfügung stehen. Diese Entwicklung ist leider bundesweit zu verzeichnen. In den kommenden Schuljahren werden zur Absicherung des Bedarfs wie in den vergangenen Jahren Einstellungsmöglichkeiten geschaffen. Berücksichtigt werden müssen dabei sowohl die Gesamtzahl der vorhandenen Stellen in den jeweiligen Haushalten und die jährlich z.B. durch Erreichen der Altersgrenze ausscheidenden Lehrer, aber auch die qualitativ hohe Absicherung des zu erteilenden Unterrichts.

Bei letzterem Punkt muss verstärktes Augenmerk auf die Gewinnung von Bewerbern mit einer vollständigen Lehrerausbildung gerichtet werden. Bereits im Jahr 2001 wurde durch das 5-Punkte-Programm des Thüringer Kultus-

ministeriums mit gezielten Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften für berufsbildende Schulen begonnen. Dieser Maßnahmenkatalog beinhaltet folgende Punkte:

1. Übernahmeangebot an Absolventen des staatlichen Studienseminars Ilmenau und ihre sofortige Verbeamtung.
2. Bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen grundsätzliche Teilzeitverbeamtung der Floatinglehrer mit 80 Prozent und bei Bedarf eine Beschäftigung mit 100 Prozent für zunächst bis zu vier Jahren.
3. Bei Bedarf und bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen grundsätzlich Teilzeitverbeamtung auch von Nichtfloatinglehrern mit 80 Prozent sowie Beschäftigung mit 100 Prozent für zunächst bis zu vier Jahren.
4. Verstärkung der Werbung um Seiteneinsteiger. Spezielle Fachleute mit Hochschulabschluss können bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen nach einem zweijährigen Vorbereitungsdienst die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ablegen.
5. Für Seiteneinsteiger mit Hochschulabschluss wird außerdem die Möglichkeit geschaffen, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen direkt in den Berufsschuldienst einzutreten und im Rahmen einer berufsbegleitenden Nachqualifizierung eine Laufbahnbefähigung zu erwerben.

Das 5-Punkte-Programm des Thüringer Kultusministeriums wurde durch zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften für die berufsbildenden Schulen unteretzt.

Meine Damen und Herren, die in meiner Rede aufgezeigten Maßnahmen der Landesregierung haben wesentlich dazu beigetragen, dass Thüringen mit einem Anteil von 67,2 Prozent der betrieblichen Stellen an Berufsausbildungsstellen insgesamt an der Spitze der neuen Länder liegt.

(Beifall bei der CDU)

Im Durchschnitt der neuen Länder liegt dieser Anteil nämlich nur bei 60,7 Prozent. Es wäre heute sicherlich zu früh, schon eine Entwarnung für die Lehrstellensituation dieses Jahres zu geben, aber Grund zur Panik besteht im Freistaat Thüringen auch nicht. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Möchte eine Fraktion die Aussprache zu diesem Bericht eröffnen? Die SPD-Fraktion, die PDS-Fraktion beantragen die Aussprache zu diesem Bericht und ich rufe als erste Rednerin auf Frau Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem heutigen Thema zitieren aus einer Stellungnahme der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Bildung und Erziehung für Kinder und Jugend. Ich zitiere aus dem Vorwort: "Es genügt nicht, die Jugendlichen lediglich unterzubringen. Verlegenheitslösungen bergen das Risiko des Scheiterns bereits in sich, stets zu Lasten der jungen Frauen und Männer. Immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, mittlerweile weit über 1 Million. Die Jugendarbeit und die diakonischen Einrichtungen der evangelischen Kirche sind mit dieser Entwicklung unmittelbar konfrontiert. Mit eigenen Initiativen beteiligen sie sich an der Beseitigung des akuten Lehrstellenmangels." Und Abschluss des Zitats: "In diesem Sinne ist Ausbildung kein Almosen, sondern eine wertvolle Zukunftsinvestition, die wir unseren Kindern und Jugendlichen nicht verweigern dürfen. Sie haben ein Anrecht darauf." Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Ausführungen ist kaum noch etwas hinzuzufügen, denn die Situation hat sich nicht verbessert, sondern sie hat sich weiter verschlechtert. Trotzdem erstmal herzlichen Dank an den Antragsteller und auch Dank für diesen Bericht. Aber ich möchte hier bei dieser Gelegenheit feststellen, dass es überhaupt keinen Anlass gibt, die Situation schönzureden, sondern ganz im Gegenteil, die Zahlen zeigen, dass die Situation schwierig ist und auch im Verhältnis zu den letzten Jahren schwieriger geworden ist. Was sich da insgesamt im Ausbildungsbereich entwickelt, meine Damen und Herren, das ist auch mit der wirtschaftlichen Situation zu begründen, aber eben nicht nur damit. Das ist genau der Punkt, denn genau dieser letzte Satz, den ich zitiert habe, dass Ausbildung kein Almosen ist, sondern eine Zukunftsinvestition, das wünsche ich mir, dass sich dieses auch bei der Wirtschaft insgesamt verinnerlicht.

(Beifall bei der SPD)

Denn es scheint sich, meine Damen und Herren, der Eindruck bei den Betrieben festzusetzen, dass die so wichtige Seite der dualen Ausbildung, nämlich die Ausbildung in den Betrieben, zwar durchaus dort stattfinden soll und dass man dieses auch unterstützt, das von allen geschätzte duale System, allerdings nur dann, wenn dies mit öffentlichen Mitteln mehr oder weniger finanziert wird. Es scheint aus meiner Sicht ein klammheimliches Einverständnis zu sein, dass der Staat irgendwie schon dafür sorgt, dass die Jugendlichen nicht auf der Straße bleiben. Deshalb, Herr Wirtschaftsminister, ist es eben nicht ausreichend, dann diese Situation in irgendeiner Art zu beschönigen. Sie haben die Zahlen angesprochen. Die Zahlen des Landesarbeitsamts sprechen für sich. Das betriebliche Angebot an Ausbildungsstellen ist im September gegenüber dem Vorjahr nochmals um 755 Plätze zurückgegangen, und laut der offiziellen Septemberstatistik des Landesarbeitsamts sind mehr als 1.500 Bewerber noch nicht vermittelt, im Vorjahr waren es 974 zu diesem Zeitpunkt.

Viel dramatischer aber wird die Situation, wenn man weiß, dass mehr als 33.000 Bewerbern tatsächlich nur ein betriebliches Angebot von 12.623 Plätzen gegenübersteht. Die tatsächliche Lücke - und darüber müssten wir hier sprechen - ist also ein Defizit von 20.000 Plätzen und daran beißt - das sage ich so deutlich - die Maus keinen Faden ab und auch der Wirtschaftsminister nicht. Lassen Sie sich an diesem Punkt nicht einwickeln, versuchen Sie die Sache nicht schönzureden, sondern versuchen Sie der Situation auch mit eigenen Überlegungen entgegenzutreten. Da nutzt es eben nicht nur, darauf hinzuweisen, dass unter Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel die überbetriebliche Ausbildung nochmals gesteigert würde und es nutzt auch viel weniger, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Tausende von Jugendlichen in zum Teil völlig unsinnige Berufsvorbereitungsmaßnahmen abgeschoben werden. Das ist im Übrigen ein Thema, das wir hier schon vielfach angesprochen haben, aber es scheint wahrscheinlich nicht dort anzukommen, wo es hingehört. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich weiß, dass solche Hilfskonstruktionen notwendig sind und dass wir Kraft darauf verwenden sollten, sie dann aber auch so zu gestalten, dass sie den jungen Menschen helfen. Unsere Vorschläge dazu haben Sie noch im Frühjahr abgelehnt. Unter anderem war damals argumentiert worden, eine Förderung mit Mitteln des ESF ist nicht möglich und auch nicht erforderlich. Sie entsinnen sich, wir haben im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik über Projekt "IMPULS" diskutiert, was gegenüber den berufsvorbereitenden Maßnahmen sehr viel besser ankommt, weil es eben sehr betriebsnah, wirtschaftsnah und auch in Zusammenarbeit mit Trägern durchgesetzt wird. Sie waren nicht bereit umzudenken, obwohl selbst Ihnen die Wirtschaft gesagt hat, mit dem BVJ in dieser Form können wir nichts anfangen. Jetzt tauchen Sie auf mit dem ESF-geförderten Thüringenjahr, verkaufen es als Ehrengeldförderung und machen nichts anderes als eine Parkstation für Ausbildungsplatz Suchende.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Aber zugegeben, es ist besser als das im Moment unsägliche Berufsvorbereitungsjahr in den Berufsschulen, denn bei dem müssen Sie ohnehin wie in Gotha befürchten, dass die Schüler gleich nach Hause geschickt werden - das war ja auch in den Zeitungen nachzulesen - und nicht zugelassene Amateurfrisöre sich um die Ausbildung kümmern. Also, so gesehen, Herr Wirtschaftsminister, ist das ja ein Fortschritt. Aber auch bei dieser Gelegenheit, wenn Sie mit dem Finger immer auf andere zeigen, sollten Sie nicht vergessen zu erwähnen, dass die Kofinanzierung wesentlich mit Bundesmitteln erfolgt und dass die Landesfinanzierung hier den kleinsten Teil ausmacht. Aber auch das, denke ich, ist wichtig, dass es in dieser Form erfolgt und dass es hier eine vernünftige Zusammenarbeit gibt.

Im Übrigen, was das Bund-Länder-Programm angeht, Herr Minister, das weiß der Herr Schuster möglicherweise noch besser: Die Kritik an der Bundesregierung übernehmen

wir schon, und wenn da was zu verändern ist, dann tun wir das auch. Wir haben das damals sowohl im Ausschuss gesagt und wir haben es auch umgesetzt. Ich hätte mir manchmal gewünscht, Sie hätten Ihre frühere Bundesregierung so offen kritisiert, wie wir uns das trauen. Bei Ihnen hat der Mumm damals gefehlt, deswegen war dann auch hinterher so vieles wieder in Ordnung zu bringen. Aber wie auch immer, es gibt uns allen und den Verantwortlichen insbesondere kein Recht zu verleugnen, dass tatsächlich Tausende von Ausbildungsstellen fehlen und ich denke, es ist auch an vielen Punkten nicht korrekt, immer schuldzuweisend auf Jugendliche hinzuweisen, die in irgendeiner Form nicht ordentlich qualifiziert sind. Das sagt die Wirtschaft, das sagen wir an bestimmten Punkten, weil es so ist, aber, spätestens wenn diese alljährlich wiederkehrende Behauptung von Ihrer Seite wiederholt wird, dann müsste der im Moment nicht anwesende Kultusminister zusammenzucken, weil es nämlich sein Aufgabengebiet ist. Falls es dem einen oder anderen hier noch nicht aufgefallen sein sollte, der Kultusminister ist dafür zuständig, in seinem Job dafür Sorge zu tragen, dass am Ende einer Schullaufbahn die jungen Menschen eine Qualifikation erhalten, die es ihnen ermöglicht, eine vernünftige Ausbildung durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Also dann reden Sie an dieser Stelle auch kritisch in die Richtung, wo es letztendlich hingehört. Seit Jahren wird im Kultusministerium die Ausbildungsfähigkeit zwar diskutiert von jungen Menschen - es gibt Arbeitsgruppen hier und Arbeitsgruppen da -, aber nennenswerte Ergebnisse sind mir zumindest nicht deutlich und wenn ich die Vertreter der Wirtschaft höre, dann scheint es denen auch noch nicht aufgefallen zu sein. Es ist auch nicht richtig, dann noch darauf zu verweisen, dass die Familien einen Erziehungsauftrag zu erfüllen haben. Dass sie den Auftrag zu erfüllen haben, das wissen wir und dass sich jede Familie und Eltern bemühen, es zu tun, das wissen wir auch, aber dass es Familien gibt, die diese Möglichkeit nicht wahrnehmen können - aus welchen Gründen auch immer - auch dieses wissen wir, und dann ist es nicht korrekt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und da hätte vielleicht auch der Wirtschaftsminister einmal in Richtung des Sozialministers etwas sagen können, die Kürzungen von Beratungsstellen, Arbeit und Mittel der Jugendberufshilfe, die genau hier an diesem Punkt ansetzen sollten, zu kürzen. Sie würden diese Aufgaben gern wahrnehmen, wenn sie denn nur könnten. Aber mittlerweile wird den Beratungsstellen ja hier die Möglichkeit genommen. Wir haben gestern über Kinderschutz- und über andere Beratungsstellen gesprochen. Seit Jahren wird dieses Problem hier verschoben, es wird nur darüber diskutiert und tatsächlich - trotz Ihrer Familienbündnisse, trotz Ihres Bekenntnisses zu all diesen Fragen - wird an der falschen Stelle gespart und es wird auch nicht deutlich genug in die Richtung gehandelt, dass betriebliche Ausbildungsplätze fehlen.

Wir unterstützen alle Kampagnen, Herr Wirtschaftsminister, und ich bin auch dankbar, dass wir damals über Kompromisse und lange Diskussionen einen gemeinsamen Antrag, einen gemeinsamen Appell im Wirtschaftsausschuss verabschieden konnten, aber ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie an der einen oder anderen Stelle einmal vernünftige Vorschläge der Opposition aufnehmen. Wir hatten seinerzeit zur Entschließung zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, ich zitiere noch einmal die Drucksache 3/3452 aus dem Juli dieses Jahres, einen Antrag auf dem Tisch gehabt zur Verbesserung der Ausbildungssituation innerhalb der dualen Berufsausbildung. Es ging hier um Veränderungen von Tarifabschlüssen und die Bitte an Sie, mit den Tarifpartnern zu sprechen, d.h. mit der Wirtschaft z.B. und auch mit den Gewerkschaften. Wir haben Sie gebeten, Gespräche mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden zu suchen, ob es nicht über Tarifverträge zur Absicherung von Ausbildungsplätzen kommen könnte. Wir haben hingewiesen, dass für lernbeeinträchtigte junge Menschen die Einrichtung modularisierter Ausbildungsgänge weiter zu fördern ist - alles Dinge, wo Sie möglicherweise sagen, das haben die "Sozis" eigentlich nicht gewollt. Wir haben das gewollt, auch wir haben hier Gespräche mit der Wirtschaft geführt, aber Sie hatten nichts Besseres zu tun, als diesen Antrag abzulehnen.

Ich bitte Sie aufgrund der ganz prekären Situation im Interesse der jungen Menschen hier in diesem Lande, die, die noch eine einigermaßen gute Ausgangssituation haben, sind ja auch diejenigen, die abwandern, insbesondere auch wenn man über Familie redet, das sind die jungen Frauen, die abwandern, auch das muss man wissen, wenn man Familienpolitik zu seinem politischen Schwerpunkt macht. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie diese Anträge diskutieren, dass Sie mit uns an diesem Punkt zusammenarbeiten. Vielleicht - und sie waren ja damals noch nicht in Verantwortung, Herr Reinholz - nehmen Sie sich diesen Antrag noch einmal vor, Sie können gern eine andere Überschrift wählen und Sie können aus dem SPD-Antrag einen CDU-Antrag machen, wenn die Inhalte drinbleiben, wir würden in diesem Fall das Anliegen unterstützen und nicht aus politischen Ideologien etwas ablehnen. In diesem Sinne wünsche ich mir eine weitere Zusammenarbeit. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Wackernagel, bitte schön.

Abgeordnete Wackernagel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Ausbildungssituation ist in diesem Jahr noch angespannter als in den letzten Jahren; wir haben es schon von verschiedenen Rednern heute gehört. Es ist aber trotz alledem immer wieder zu bewundern, wie die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, da ja die wirtschaftliche La-

ge wirklich nicht gut ist. Es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, sowohl von den Kammern als auch vom Land, um die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zu erhöhen. Frau Kollegin Pelke hat es auch schon erwähnt, 12.623 Ausbildungsplätze wurden in Thüringen zur Verfügung gestellt.

Wir haben heute schon einiges in der Regierungserklärung gehört und auch im Sofortbericht der Landesregierung; ich möchte dennoch einmal darauf zurückkommen. Im Bereich der Industrie- und Handelskammern wurden mehr Ausbildungsplätze abgeschlossen, als man sich das vorgestellt hatte. Am deutlichsten bei meinen Recherchen fiel mir auf, dass die Industrie- und Handelskammer Südthüringen eine Zunahme von Ausbildungsplätzen erzielt hat. Für den Kammerbezirk Ostthüringen kann ich Ihnen vermelden, ich hatte mich dort ein bisschen umgehört, mit dem Stand vom 14. Oktober 2003, dass man 3.348 Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr - wo es 3.290 waren - registrieren konnte. Ich möchte auch auf diesem Wege all denen danken, die sich dafür eingesetzt haben, den Firmen für das Engagement und eben besonders denen, die noch einen Auszubildenden aufgenommen und eingestellt haben. Sie hatten es nicht geplant, aber dennoch haben sie in diesem Jahr erstmalig ausgebildet.

(Beifall bei der CDU)

Im Handwerk sieht die Situation natürlich ganz anders aus. Hier kann ich nur das wiederholen vom vorigen Jahr, es ist wirklich schlimm, das muss ich einfach so sagen, es hat sich die Situation nicht verbessert und ich möchte auch darauf jetzt nicht weiter eingehen, weil schon so viel dazu gesagt wurde. Dennoch, meine Damen und Herren, sind in etwa 78 Prozent der neu eingetragenen, also dieser 3.348 Ausbildungsverhältnisse der IHK Gera, betriebliche Ausbildungsplätze. Obwohl die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Thüringen zurückgegangen ist, hat Thüringen im Vergleich der neuen Länder immer noch den größten Anteil, so konnte ich also recherchieren, der betrieblichen Ausbildungsplätze.

Positive Tendenzen mit dem zum Teil erheblichen Anstieg gibt es in den Berufsfeldern Laborantenberufe, Berufe aus dem Handel, dem Hotel- und Gaststättenwesen. Es gibt aber auch negative Tendenzen, vor allen Dingen in den Berufsfeldern Verkehr, Transport und Bau. Durch die Aktion "Neue Berufe" ist es natürlich gelungen, 799 Firmen in Thüringen zu gewinnen, die in neuen Berufen ausbilden. Besonders hilfreich sind hier die schon genannten Firmenausbildungsverbände. Allein in Ostthüringen wurde mit zwei Firmenausbildungsverbänden 800 Unternehmen durch diese Ergänzungsausbildung eine Möglichkeit gegeben, in die berufliche Ausbildung einzusteigen.

Meine Damen und Herren, mit einem Ausbildungsplatzentwickler und mit der Geschäftsführerin der IHK Ostthüringen, Frau Weidhaas, bin ich im Sommer 2003 un-

terwegs gewesen. Wir haben Firmenkontakte hergestellt und auch Firmenbesuche durchgeführt und haben dabei auch erstmalig Betriebe finden können, die ausbilden oder sich bereit erklärt haben, auszubilden. In meinen Gesprächen mit den Unternehmen hat sich gezeigt, dass sich die Unternehmen der demographischen Situation in Deutschland bewusst sind, und auch die drohende Lücke der Ausbildungsplatz Suchenden ihnen nicht entgeht, also es ist so, dass sie darauf eingestellt sind. Immer wieder wurde von den Unternehmen beklagt, dass bei vielen Bewerbern die Einstellungen zur Ausbildung und die Reife nicht stimmen. Das musste ich mir in den Gesprächen doch immer wieder sagen lassen, es kam auch der Hinweis, im Elternhaus müssen die jungen Leute eben noch stärker gefordert werden, das wurde auch immer wieder angebracht, eben weil es um die Einstellung der Auszubildenden im Ausbildungsberuf ging.

Die Zahl der leistungsschwachen Schulabgänger ist für meine Begriffe zu hoch. Viele können dem Anforderungsprofil der Ausbildungsberufe einfach nicht entsprechen. Für diese Schulabgänger ist es natürlich auch schwer, einen Lehrvertrag zu bekommen. Es geht mir nicht darum, den schwarzen Peter den Eltern, Lehrern oder dem Schulsystem zuzuschieben, sondern die Schulabgänger müssen sich einfach auch ihrer Verantwortung bewusst werden, dass sie für die Gestaltung ihrer eigenen beruflichen Zukunft verantwortlich sind. Sie stehen aber eben nicht allein da, ich habe das feststellen können, Lehrer, Eltern, jeder begleitet sie auf den Weg in die Berufsausbildung. Bei den meisten Schülern ist es auch bewusst geworden um diese Geschichte, aber es ist eben auch so, dass man die Eltern auch dazu bringen muss, sich dessen bewusst zu werden, dass ihre Kinder einen Ausbildungsberuf brauchen.

Meine Damen und Herren, ich habe auch mit großer Sorge festgestellt, dass die Schüler, die sich jetzt bereits mit der Argumentation zurücklehnen, dass, wenn sie in zwei, drei Jahren mit der Schule fertig sind, Ausbildungsplatzmangel besteht und ja, dann finden wir schon eine Lehrstelle. Das bringt mich auch in Sorge und die Anforderungen, das wissen Sie auch, werden immer höher. Das kann man nicht oft genug in den Gesprächen den Schülern deutlich machen, dass sie dafür etwas tun müssen. Aber auch die Schulabgänger, die die Leistungsanforderungen der regulären Ausbildung nicht erfüllen können, dürfen wir nicht im Stich lassen. Das ist auch ein Ziel, was ich mir immer wieder setze. Dabei kann man auf die Vorschläge aus der Wirtschaft zurückgreifen für geeignete Berufe wie Maschinenführer, Fahrradmonteur oder Servicefahrer. Die Wirtschaft in Thüringen hat das bereits vorgelegt, denn auch diesen Jugendlichen müssen wir eine Chance in unserer Gesellschaft geben.

Meine Damen und Herren, weiterhin beschäftigt mich immer wieder, dass alle 15 Minuten in Deutschland ein Betrieb in Pleite geht. Dadurch fallen nicht nur Arbeitsplätze weg, sondern auch Lehrstellen. Das muss uns immer wieder bewusst werden. Eines möchte hier noch einmal deut-

lich machen: Die von der rotgrünen Bundesregierung ins Auge gefasste Ausbildungsplatzabgabe bringt keine neuen betrieblichen Lehrstellen. Die Abgabe vernichtet langfristig das duale System und orientiert sich nicht am Bedarf der Wirtschaft. Es ändert auch nicht das Berufswahlverhalten der Bewerber und beseitigt auch nicht den Mangel an geeigneten Bewerbern. Meiner Ansicht nach führt es zu zusätzlichen Kosten wie zum Beispiel durch die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen. Dadurch ist auch eine Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit nach der Ausbildung absehbar. Wir wissen alle um die Schwierigkeiten der so genannten zweiten Schwelle. Dabei möchte ich noch einmal anführen, im Bau gibt es zwar die Umlagefinanzierung, der Baubereich zeigt aber deutlich, dass keine neuen Lehrstellen geschaffen werden, wenn die Unternehmen nicht wirtschaftlich dazu in der Lage sind.

Meine Damen und Herren, es stehen auch jetzt, wir haben es ja heute wieder festgestellt, noch nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ich bin dennoch der Hoffnung, dass wir das irgendwie noch schaffen, dass wir zumindest an die Zahl der Vorjahre kommen. Wie dann der Stand sein wird, wenn jetzt eventuell die jungen Leute, die doppelte Verträge abgeschlossen haben oder zum Studium oder ähnlichem gegangen sind, rausfallen, ob da sich noch eine Chance der Veränderung ergibt. Ich denke schon, dass die Vermittlungsbemühungen ungebremst weitergehen müssen. Ich bin auch zuversichtlich, dass die Wirtschaft es schafft, in diesem Jahr ein ähnliches Ergebnis wie im vergangenen Jahr zu erzielen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Buse, bitte schön.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren, Herr Minister, Dank für den Sofortbericht. Ich habe nicht empfunden, dass Sie uns unterstellt haben mit dem Antrag Panik gemacht zu haben. Ich versuche das auch in der Rede deutlich zu machen, keine Panik machen zu wollen. Was mich freut, wenn ich das so sagen darf, ist das, was alle drei Fraktionen eint zusammen mit der Landesregierung, dass Sie die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in Thüringen im Jahr 2003 als kompliziert einschätzen. Deshalb liegt es im Interesse der Ausbildungsplatz Suchenden und es ist gut und richtig, sich hier im Thüringer Landtag mit diesen Fragen zu beschäftigen. Ich gebe gern zu, ich hatte in meinem Redemanuskript drin, wieder kommt die PDS-Fraktion hat nichts weiter zu tun, alle Jahre kennen wir das wieder, Anfang September/Oktobre diese oder anders gelagerte Anträge zu stellen, unterstützt durch die andere Oppositionsfraktion oder beide zusammen. Ich glaube, es ist der Situation geschuldet, dass ich das im Redemanuskript gestrichen habe. Ich glaube, es ist gut, dass wir uns alle dieser komplizierten Situation in Thüringen be-

wusst sind. Die Ausbildungsplatz Suchenden werden uns das ein Stück weit danken.

Uns, wenn ich das Motiv für den Antrag noch einmal kurz darstellen darf, reicht es nicht und sicher den sich um einen Ausbildungsplatz Bewerbenden nicht, wenn die Landesregierung wie jüngst am 3. Juli 2003 feststellt, dass Thüringen bei der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen seit Jahren bei den jungen Bundesländern an der Spitze liegt. Der Herr Minister hat das ja auch im Wesentlichen noch einmal in seinem Bericht zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, wir sind uns alle einig und wir meinen, jeder nicht versorgte Jugendliche ist einer zu viel. Deshalb gebietet es die jeweilige Situation, sich mit Fragen zur Ausbildungsplatzsituation hier im hohen Haus zu verständigen. Die Ausbildung und diese Situation in Thüringen im Jahr 2003 hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur bereits in der 88. Sitzung als nicht einfach charakterisiert. Deswegen habe ich vorhin gesagt, wir scheinen uns alle einig zu sein. Wenn eine besondere Situation eingetreten ist, dann sollte auch darüber hier im Haus debattiert werden.

Meine Damen und Herren, das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen schätzt die Arbeit im Berufsberatungsjahr 2002/2003 ebenfalls als besonders kompliziert ein. Im jetzt veröffentlichten Abschlussbericht ist dieses jedenfalls zu entnehmen. Die Zahl der Bewerber, die eine duale Ausbildung suchen, ist auch in diesem Jahr weiter zurückgegangen, allerdings nicht so stark wie in den Vorjahren. Insgesamt suchten rund 32.700 Bewerberinnen und Bewerber in Thüringen eine Ausbildungsstelle. Dies waren rund 300 oder 1 Prozent weniger als im Vorjahr. Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Trend der deutlich rückläufigen Bewerberzahl hat sich damit in diesem Jahr nicht so fortgesetzt. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen in Thüringen hat sich im Vergleich zum Vorjahr auch weiter verringert. Die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze erreichte 2003 erneut einen Tiefstand. Insgesamt standen den Arbeitsämtern, da mag man sich darüber streiten, welche Zahlen wir nehmen, ich gehe auf der Grundlage des Berichtes des Landesarbeitsamtes, rund 12.600 betriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung. Das sind gegenüber dem Vorjahr 800 oder 6 Prozent weniger. Der Rückgang der betrieblichen Ausbildungsplätze vollzieht sich damit dreimal so schnell wie der Rückgang der Bewerberinnen und Bewerber. Dies ist auch dem Anwachsen der Altnachfrage geschuldet. Der Herr Minister hat in seinem Bericht darauf Bezug genommen. Mehr als 41 Prozent aller Bewerberinnen und Bewerber hatten bereits in früheren Jahren die Schule verlassen, entstammen also nicht dem Schulabgang 2003. Wenn festzustellen ist, dass nur rund 41 Prozent aller Bewerber eine betriebliche Ausbildung erfahren, dann steht heute bereits fest, dass im nächsten Jahr eine weiter wachsende Anzahl Jugendlicher erneut nach Ausbildungsplätzen fragen wird, also auch in diesem Jahr wird die Anzahl der Altnachfrage, die dann im nächsten Jahr auf den Ausbildungsmarkt drängen, erneut ansteigen.

Noch eine Besonderheit ist in diesem Jahr wider anderer Erwartungen zu verzeichnen. Auf bisher 1 Prozent bzw. 2 Prozent nicht vermittelter Bewerberinnen und Bewerber war man regierungsseitig und seitens der Wirtschaft, ich erinnere an die Erklärung der IHK zu Beginn der Ausbildungs-offensive, recht stolz. Nun bescheinigt das Landesarbeitsamt für Thüringen - und der Minister nannte es bereits in seinem Bericht -, die Zahl nicht vermittelter Bewerber ist höher als im Vorjahr - 4,6 Prozent. Die Landesregierung und natürlich wir alle hoffen, dass sich die Zahl noch weiter senkt. Sie liegt zum Zeitpunkt von heute im Vergleich zum vergangenen Jahr höher. Die Anstrengungen, die schon komplizierter sind wegen der Anzahl von Ausbildungsplätzen in diesem Jahr, sind gegenüber dem vergangenen Jahr noch komplizierter.

Meine Damen und Herren, damit haben 95 Prozent der Bewerber in Thüringen bisher eine Lösung gefunden. Dennoch kann nicht von einem ausgeglichenen Ausbildungsmarkt gesprochen werden. Nicht jeder versorgte Bewerber hat auch eine Ausbildungsstelle bekommen. Herr Minister machte darauf aufmerksam, knapp über 60 Prozent der Bewerber konnten auch tatsächlich in eine Ausbildung einmünden, alle anderen sind versorgt, wie man das so schön im Neudeutschen sagt. Ich glaube, mit diesen Schlaglichtern deutlich gemacht zu haben in Ergänzung zu dem, was schon gesagt worden ist, dass die Lage auf dem Lehrstellenmarkt kompliziert ist, und der Ministerpräsident Althaus noch vor drei Wochen aber demgegenüber sagte, dass sie nicht dramatisch wäre. Ich glaube, dem nicht zuzustimmen, er rief dennoch die Wirtschaft, so die entsprechenden Meldungen in der Tageszeitung, eindringlich dazu auf, mehr Lehrstellen zu schaffen, und Sie, Herr Minister Reinholz, kündigten an, so berichtete jedenfalls der MDR, sich um den Lehrstellenmarkt zu bemühen. Gleichzeitig signalisierten Sie über MDR Verständnis für Betriebe, die nicht ausbilden. Auch Herr Althaus hatte Verständnis für Unternehmen, die die Ausbildungsvergütung flexibel gestalten, sprich reduzieren wollen. Für die Schulabgänger, die keine betriebliche Lehrstelle erhalten und sich deshalb berechtigt Sorgen um ihre Zukunft machen, haben beide offenbar nur wenig Tröstliches.

Meine Damen und Herren, die groteske Situation in der Landespolitik zum Thema Lehrstellen lässt sich nur so darstellen: Wir haben eine Gemengelage von vorgespültem Aktionismus und Beschwichtigungen, von symbolischen Aktionen und Schönfärbereien.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich möchte daran erinnern, dass der Ministerpräsident kurz nach der Amtsübernahme die Ausbildungssituation heraushob, sie als wichtig bezeichnete. Dann avancierte sie sogar zur Chefsache. Im Juli hielt er hier im Landtag den so genannten Ausbildungsgipfel ab, um eine Verbesserung zu erreichen. Im Chat im MDR plädierte er gar für eine Lehrstellenoffensive, für die er mit den Thüringer Unternehmen intensiv arbeiten wolle. Herr Althaus ist

heute leider nicht da. Wenn die gegenwärtige Situation das Ergebnis Ihrer politischen Chefsache ist, frage ich mich, wie es in Politikfeldern aussieht, denen Sie geringere Bedeutung beimessen. Wenn Sie mit einer Offensive allen Ernstes nur ein derart unbefriedigendes Ergebnis erreichen, bin ich gespannt, wie es um die bestellt ist, bei denen Sie im Normaltempo handeln. Ansonsten weiß man von Ihren Ideen, die Ausbildungsnot zu bekämpfen, herzlich wenig, nur, dass Sie ein Gegner einer Ausbildungsumlage sind, ist bekannt. Herr Minister Reinholz hat in dem Bericht heute namens sicherlich auch der Landesregierung die ablehnende Position zu diesem Vorschlag der Gewerkschaften, den auch die Fraktion der PDS trägt, dargelegt. Diese Abgabe würde zu einer Verschulung des dualen Systems führen, wird der Ministerpräsident in den MDR-Nachrichten zitiert. Ich empfehle ihm, sich die Strukturdaten einmal genau anzusehen. Die öffentliche Hand trägt jetzt bereits mit teuren und nicht immer effektiven Sonder- und sonstigen Programmen - meine Kollegin Pelke ging bereits darauf ein - eine erhebliche Last. Sie sind besser als überhaupt keine Ausbildung, da sind wir uns sicherlich alle im Klaren, aber meist nur eine Ausweichlösung, nicht selten sogar der Einstieg in eine Benachteiligungskarriere. Lassen Sie Ihre Finanzministerin doch einmal ausrechnen, wie viel öffentliches Geld in Thüringen bereits jetzt für die Ausbildung investiert wird und ob diese Summe nicht schon höher ist als das, was Firmen ausgeben. Das gehört nämlich zur Ehrlichkeit in dieser Debatte und keine Horrormärchen über Firmen, die sich dann freikaufen würden. Mir hat noch niemand erklären können, warum sich Firmen, die jetzt ausbilden, plötzlich freikaufen sollen, wenn sie künftig Geld aus einer Umlage für ihre Ausbildungsbemühungen bekommen sollen. Das können selbst Sie nicht erklären. Diese Umlage bedeutet Gerechtigkeit, so meinen wir, Unterstützung für die, die verantwortlich handeln und finanzielle Beteiligung derer, die sich dieser Aufgabe bisher entziehen. Deshalb hält die PDS sie für dringend nötig und begrüßt, dass nun endlich auch in der Bundesregierung wenigstens darüber nachgedacht wird. Die Bewerberinnen und Bewerber, denen es gelungen ist, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, haben ja fast einen Lottogewinn errungen. Diese Azubis werden in den Berufsschulen aber auch viele ihrer ehemaligen Mitschüler sehen, die wie sie jetzt in den Berufsschulen in einem weiteren Vollzeitschuljahr die Schulbank drücken, nur um nicht auf der Straße zu stehen. Es ist längst ein offenes Geheimnis, dass gerade das erste Schulhalbjahr in den Berufsschulen wirklich chaotisch verläuft. Stundenpläne werden zum Teil täglich erneuert, da sie ständigen Änderungen unterliegen. Wöchentlich kommen die angekündigten neuen Lehrerkollegen dazu, alle Stellen konnten mangels Bewerber, so sagt man, so hörten wir auch heute wieder, nicht besetzt werden in den Berufsschulen. Abordnungen aus anderen Schulen sind notwendig. Der Einsatz der Kolleginnen und Kollegen verschiebt sich somit bis Weihnachten noch oft, so dass ständige Klassenneubildungen und Lehrerwechsel nicht selten sind.

Verehrte Damen und Herren, alle Jugendlichen, auch die Leistungsschwächeren, müssen Zugang zu einem ausreichenden Ausbildungsangebot haben, aus dem sie auswählen können. Wir glauben, auch Berufsbilder sind so zu gestalten, dass sie sowohl eine Weiterbildung im Beruf ermöglichen als auch einen Übergang in andere Berufe. Im Großen und Ganzen bleibt festzustellen, dass zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Thüringen viel zu tun ist. Meine Aufforderung an die Landesregierung ist: Packen Sie es an. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Wehner, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Buse, mich freut erst mal, dass Sie hier doch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten festgestellt haben zwischen allen drei Parteien. Sie werden aber Verständnis dafür haben, dass ich jetzt weniger auf die Gemeinsamkeiten eingehe, sondern vielmehr auf die Unterschiede, die doch auch in den Betrachtungen festzustellen sind.

Nun, ich denke, der Grundunterschied fängt eigentlich schon da an, Herr Buse, dass wir die Ausbildung nicht als staatliche Aufgabe betrachten. Da sind Sie mit Ihrer Ausbildungsabgabe letztendlich dort, wenn Sie sagen, jede Firma bezahlt einen Betrag x, aus diesem Betrag x wird dann eine staatliche Berufsausbildung in Verantwortung des Staates finanziert. Danach kann die Firma natürlich auch gewisse Anforderungen stellen, sie hat ja schließlich für eine Leistung bezahlt. Ich sage Ihnen, mein Ansatz ist ein anderer. Für die Ausbildung und für die Ausbildungsplätze ist in erster Linie die Wirtschaft verantwortlich und aus dieser Verantwortung will ich sie gar nicht herauslassen mit irgendwelchen gezahlten Geldern.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ja, wir lassen die heraus, die ausbilden.)

Wenn das denn so ist, dann bleibt die Verantwortung des Staates, dort die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Wirtschaft zu schaffen. Das ist unser Hauptproblem im Moment. Die Rahmenbedingungen für Ausbildung sind die gleichen wie die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und da liegt einiges im Argen. Frau Pelke, wenn denn schon die Bundesregierung hört, wenn Sie rufen, dann rufen Sie entweder nicht ganz so richtig laut oder die Bundesregierung hört schlecht. Mir fallen da schon eine ganze Reihe von gesetzlichen Regelungen ein, die ich einfach verändern würde, damit Arbeitsplätze in diesem Land entstehen können. Wenn Arbeitsplätze in diesem Land entstehen können, bin ich sicher, entstehen auch wieder Ausbildungsplätze.

Ich will das mal an ein paar konkreten Beispielen klar machen: Was mich immer maßlos ärgert, ist eine tarifliche Sache. Nun weiß ich, das ist nicht Zuständigkeit der Politik, aber ich habe das hier schon mal gesagt bei der Beratung eines Antrags vor der Sommerpause: Wenn ich die Höhe der Ausbildungsvergütungen sehe, und das ist eben tariflich geregelt, dann kann ich mir vorstellen, dass in einigen Branchen die Ausbildungsbereitschaft auch einfach aus Kostengründen gar nicht so groß sein kann. Es gibt dort Ausbildungsvergütungen, die sind höher als Gehälter von Facharbeitern in anderen Branchen. An dieser Stelle, Frau Pelke, natürlich ist die Politik dort begleitend gefragt, aber darüber sollten wir vielleicht mal grundsätzlich nachdenken, wie man diesen tariflichen Regelungen abhelfen kann. Dann ins Tarifrecht aufzunehmen, dass man eine bestimmte Anzahl von Ausbildungsplätzen vorschreibt, ja, das ist doch noch eine weitere Reglementierung der ganzen Sache. So was kann höchstens dann ein Geben und Nehmen sein, indem man das eine mit dem anderen verrechnet.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD:
Das haben wir gewollt.)

Das haben Sie aber vorhin leider nicht so deutlich gesagt.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das war
der Antrag, den Sie abgelehnt haben.)

Gut. Machen wir noch mal weiter mit dem Herrn Buse: Zur Ausbildungsabgabe hatte ich schon etwas gesagt. Jetzt sagen Sie, die Situation in diesem Jahr ist besonders schlecht und auch besonders verschärft, neue Ausbildungsplätze zu gewinnen. Warum ist denn das aber so? Ausbildung ist ein Vorgang, der über mehrere Jahre abläuft. Man muss nämlich wissen, was das Unternehmen die nächsten drei Jahre zu erwarten hat. Diese Rahmenbedingungen und diese auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die in ganz Deutschland herrschen, die sind so unsicher wie noch nie. Was ist uns nicht alles schon an Wachstumszahlen seitens der Bundesregierung erzählt worden in den vergangenen Jahren, die doch nie eingetreten sind. Die Baubranche, seit Jahren sagt jeder, schlechter werden kann es eigentlich gar nicht mehr. Aber Jahr für Jahr haben wir dasselbe, die Baubranche baut Arbeitsplätze ab und damit natürlich auch Ausbildungsplätze.

Ich habe auf Initiative der CDU-Fraktion auch im Sommer - ähnlich wie es die Kollegin Wackernagel gemacht hat - mich selbst um die Schaffung von Ausbildungsplätzen bemüht. Nun bin ich Aufsichtsratsvorsitzender eines mittelständischen Unternehmens und ich hatte dort mit dem Geschäftsführer und mit der Verwaltungsleiterin ein nettes Gespräch. Wir waren uns einig, wir wollen Arzthelferinnen zusätzlich ausbilden. Damit Sie das Beispiel auch verfolgen können, es ist ein Blutspendedienst. Wir untersuchen dort täglich Leute, es sind Ärzte in Größenordnungen vorhanden. Das ist aber nach unseren Ausbildungsverordnungen noch längst keine Erfüllung der Bedingungen, die an die Ausbildung einer Arzthelferin gebunden

sind. Es ist nämlich dort festgeschrieben, dass die auch in einer Praxis eines niedergelassenen Arztes eine bestimmte Zeit in ihrer Ausbildung absolvieren muss. Nun, niedergelassene Ärzte haben wir im Haus nicht. Das Ergebnis ist also, die Ausbildung kann nicht stattfinden durch Reglementierung letztendlich, die der Bundesgesetzgeber zu verantworten hat, weil das letztendlich in der Ausbildungsverordnung steht. Das ganze Zeug einmal zu entrümpeln, dass Ausbildung wieder einfacher wird, das würde auch zusätzliche Ausbildungsplätze bringen. Ich kann Sie aber beruhigen, die Arzthelferinnen sind eingestellt worden. Ich habe nämlich dann noch einen weiteren Gang gemacht. Ich habe Ärzte aufgesucht und habe gefragt, ob sie die nicht einmal für 8 Wochen kostenlos ins Praktikum übernehmen. Unser Haus kann sich das zur Not noch leisten, die 8 Wochen zu bezahlen, ohne die im Haus zu haben. Ich habe zum Glück auch Ärzte gefunden, die dazu bereit waren. Bloß, wenn man es am konkreten Beispiel sieht und die ganzen Lohnnebenkosten auch noch bedenkt, die mit Ausbildung im Zusammenhang stehen, dann weiß man natürlich, wie schwer es dann ist, auch Ausbildungsplätze zu schaffen.

Einen letzten Gedanken will ich noch in Richtung Lehrerversorgung in Berufsschulen sagen. Die Situation ist kompliziert, auch das ist klar. Aber wir wissen natürlich, dass wir in Kürze einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen haben. Ich halte es für unverantwortlich, jetzt jede freie Stelle zu besetzen. Ich halte es auch für unverantwortlich, dort nur noch auf die Karte Seiteneinsteiger zu setzen. Denn einen gewissen Grad an Seiteneinsteigern verträgt die Berufsschule. Aber nur noch in diese Richtung die Probleme lösen zu wollen, das geht nicht. Ich sage zu den Berufsschullehrern immer wieder, man muss jetzt einfach eine erhöhte Arbeitsbelastung, das heißt mit Überstunden, in Kauf nehmen, um diesen kurzen Zeitraum, der aus meiner Sicht maximal noch zwei Jahre ist, auch zu überbrücken. Dann wird sich dieses Problem von allein erledigt haben. Ich sage auch deutlich, wer qualitativ hochwertige Ausbildung will, der braucht auch eine gewisse Qualität der Ausbilder. Und das geht nur über voll ausgebildete Berufsschullehrer und die Seiteneinsteiger können nur eine Notvariante sein.

Ich will an der Stelle auch noch einmal einen anderen Lösungsansatz bringen. Aus meiner Sicht brauchen die Berufsschulen dringend einen Honorarfonds oder wie wir das Ganze auch nennen wollen, wo wir sie von außen sachkompetent einkaufen können. Und diese von außen eingekaufte Sachkompetenz führt natürlich auch nicht zu dauerhaften Arbeitsplätzen an der Berufsschule, belastet also den Landeshaushalt damit natürlich auch weniger. Ich möchte an der Stelle aber sagen, die Qualität dieser von außen eingekauften Sachkompetenz muss auch kontrolliert werden. Das heißt also, was bei dieser Ausbildung herauskommt, diese Kontrolle möchte ich schon bei der Berufsschule lassen. Nicht dass zum Schluss dann, wenn Prüfungsergebnisse schlechter werden, einfach die Verantwortungen abgeschoben werden. Deswegen bleibt für mich

dort der erste Zugriff bei der Berufsschule. Die legt fest, was sie von welchem privaten Bildungsträger einkauft.

Da sind wir auch gleich wieder bei bundesgesetzlichen Regelungen. Mit solchen Honorarkräften zu arbeiten, das ist schon aus Gesichtspunkten des Arbeitsgesetzbuches ein wahnsinnig schwieriges Unterfangen. Haben Sie nämlich eine qualitativ hochwertige Kraft gefunden, dann dürfen sie diese maximal zweimal befristet beschäftigen. Ansonsten begründen sie ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis. Wer sich diese idiotische Regelung hat einfallen lassen, der verhindert qualitative Ausbildung in dem Fall und er verhindert Arbeitsplätze in Deutschland und damit auch Ausbildungsplätze. An der Stelle kann ich nur sagen, wir müssen in vielen Bereichen unser Recht einfach so gestalten, dass es freundlicher wird für die Ausbildungsbetriebe und dann bekommen wir auch zusätzliche Ausbildung. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Jetzt frage ich Sie, gibt es Widerspruch, dass dem Berichtersuchen genüge getan wurde? Das gibt es nicht. Dann können wir den Tagesordnungspunkt 17 abschließen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 24** auf

Fragestunde

Zunächst Drucksache 3/3653, eine Frage der Frau Abgeordneten Becker. Bitte schön.

Abgeordnete Becker, SPD:

Waldverkäufe zur Finanzierung der Ausgleichszahlung an das Haus Sachsen-Weimar-Eisenach

Zur Finanzierung der Ausgleichsansprüche des Hauses Sachsen-Weimar-Eisenach für deren Verzicht auf Rückgabe enteigneter Kulturgüter wird die Landesregierung Landeswald und sonstige forstliche Immobilien für insgesamt 11 Mio. € veräußern. Der Südthüringer Zeitung vom 9. Oktober 2003 war zu entnehmen, dass der Landesregierung bereits eine Liste der zu verkaufenden Wald- und Nichtwaldgrundstücke vorliegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Waldgrundstücke und sonstigen Grundstücke mit welchem Verkehrswert sind derzeit für einen Verkauf zur Beschaffung von Finanzmitteln vorgesehen?
2. Welche Objekte mit welchem Verkaufswert hat die Landesregierung zur Finanzierung der Ausgleichszahlung bereits veräußert?

3. Bis wann werden voraussichtlich Bewertung und Ausschreibung für die Veräußerung der Wald- und Nichtwaldgrundstücke abgeschlossen sein?

4. Bis wann werden voraussichtlich die Grundstücke verkauft und die geplanten 11 Mio. € aus dem Verkauf eingenommen sein?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Staatssekretär Baldus, bitte schön.

Baldus, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Fragen der Abgeordneten Becker beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Verkauf sind 91 unsanierte und zum Teil leer stehende Forsthäuser vorgesehen. Hiervon sind 51 Gebäude nach Bewertung der Thüringer Staatsbauämter durch die Forstverwaltung zu veräußern. Für den Verkauf der unbebauten Grundstücke wird derzeit eine Liste mit potenziellen Kaufinteressenten erstellt. Vorrangig zum Verkauf sollen Garten- und Erholungsflächen, Pachtland, Wiesen, Zelt- und Campingplätze vorbereitet werden. Die Ausschreibung von vier Waldobjekten wird in Kürze erfolgen.

Zu Frage 2: Bis zum 30.09.2003 wurden forstfiskalische Grundstücke im Gesamtwert von 126.680 € veräußert. Verkauft wurden sechs unsanierte und zum Teil leer stehende Forsthäuser sowie acht unbebaute Grundstücke für Flächenarrondierung.

Zu Frage 3: Die Bewertung der bebauten Grundstücke soll bis Ende 2003 erstellt werden. Die Bewertung der unbebauten Grundstücke ist bis Anfang 2004 vorgesehen. Mit Vorliegen der jeweiligen Gutachten erfolgt unverzüglich die regionale bzw. thüringenweite Ausschreibung.

Zu Frage 4: Gemäß dem Landtagsbeschluss vom 4. Juli 2003 wird die Landesregierung dem Haushalts- und Finanzausschuss zu den vorgegebenen Stichtagen über die Höhe der Einnahmen berichten und bis zum 31. Mai 2004 die Gemarkungs- und Flurstücksliste der veräußerten forstfiskalischen Grundstücke vorlegen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte schön, Herr Abgeordneter Botz.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Herr Staatssekretär, wie lange laufen die eben in den Antworten von Ihnen benannten Ausschreibungsverfahren in der Regel? Können Sie eine Zeitspanne nennen?

Baldus, Staatssekretär:

Das kann ich nicht sagen, Herr Abgeordneter.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Kleinen Moment, Herr Abgeordneter Botz, inzwischen hat sich Herr Abgeordneter Kummer noch hingestellt und dann ist damit auch das Fragepotenzial der unbeteiligten Frage erschöpft. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Staatssekretär, welchen Anteil vom Verkehrswert der zu verkaufenden Grundstücke erwarten Sie, der erlöst werden kann.

Baldus, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Kummer, der Verkehrswert der zu veräußernden Grundstücke wird derzeit überwiegend noch festgestellt, so dass eine Prognose hierzu nicht möglich ist.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Becker, Sie haben noch Fragen.

Abgeordnete Becker, SPD:

Sie gehen aber immer noch davon aus, Herr Staatssekretär, dass Sie den Zeitrahmen insgesamt schaffen, obwohl das ja alles sehr langwierig ist, was Sie da vortragen.

Baldus, Staatssekretär:

Die Landesregierung geht davon aus, dass der Zeitplan eingehalten wird.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke schön. Wir kommen zur nächsten Frage in Drucksache 3/3654. Bitte, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Bestandsaufnahme des Gewässerzustandes

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie schreibt eine Bestandsaufnahme über den Zustand der Gewässer bis zum Ende des Jahres 2004 vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welcher Methodik wird die Bestandsaufnahme in Thüringen bei Gewässern 1. und 2. Ordnung durchgeführt?

2. Mittel in welcher Höhe und aus welchen Haushaltstiteln werden dafür bereitgestellt?

3. Wer sind bzw. werden die Auftragnehmer für die Durchführung der Untersuchungen sein?

4. Welche Einsatzmöglichkeiten sieht die Landesregierung hierbei für Projekte des zweiten Arbeitsmarkts?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Staatssekretär Baldus, bitte.

Baldus, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die bis Ende 2004 durchzuführende Bestandsaufnahme erfolgt gemäß den Vorgaben des Anhangs 2 der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Zur Konkretisierung dieser Vorgaben wurde national durch die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser die Arbeitshilfe zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie verfügbar, auch im Internet unter www.wasser.net erarbeitet.

Zu Frage 2: Die Mittelbereitstellung erfolgt aus Kapitel 09 31 Titel 538 01 der TLUG. Die Höhe ist abhängig von den 2004 vorliegenden Ausschreibungsergebnissen. Gegebenenfalls zusätzlich erforderliche Mittel sollen durch Zuführung aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe gedeckt werden.

Die Fragen 3 und 4 beantworte ich gemeinsam. Die notwendigen Vergaben sind noch nicht erfolgt. Im Rahmen der vergaberechtlichen Möglichkeiten werden auch solche Auftragnehmer berücksichtigt, die Arbeitnehmer des zweiten Arbeitsmarkts in die Bearbeitung integrieren, wenn die Qualifikation des Unternehmers den erhöhten fachlichen Anforderungen genügt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Das ist wohl nicht der Fall, danke. Wir kommen zu Drucksache 3/3620, Herr Abgeordneter Koch, bitte.

Abgeordneter Dr. Koch, PDS:

Niedersächsische Initiative zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes

Auf meine Frage, welche Meinung die Landesregierung zu der von der niedersächsischen Justizministerin angekündigten Bundesratsinitiative, § 18 Strafvollzugsgesetz mit dem Ziel einer Lockerung des Anspruchs der Strafgefangenen auf Einzelunterbringung zu ändern, habe, antwortete Justizminister Dr. Gasser in der 90. Sitzung des Thüringer Landtags, die Landesregierung habe sich bislang noch keine Meinung hierzu bilden können, weil ein Gesetzentwurf der niedersächsischen Justizministerin

noch nicht vorliege.

Aus einer Pressemitteilung des niedersächsischen Justizministeriums vom 25. September 2003 ist nunmehr zu schließen, dass dieser von Minister Dr. Gasser genannte Grund für eine Nichtäußerung der Landesregierung mittlerweile entfallen ist. Es heißt nämlich dort, dass bei einem Treffen der zehn Justizministerinnen und Justizminister von CDU und F.D.P. diese sich dafür ausgesprochen hätten, das Strafvollzugsgesetz zu ändern. Sie unterstützten die Gesetzesinitiative Niedersachsens zur Modifizierung der Pflicht zur Einzelunterbringung im Strafvollzug.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Modifizierungen sieht die Gesetzesinitiative Niedersachsens zur Änderung von § 18 Strafvollzugsgesetz vor?

2. Unterstützt und - gegebenenfalls - mit welcher Begründung unterstützt die Landesregierung die Gesetzesinitiative Niedersachsens?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Gasser, bitte schön.

Dr. Gasser, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten.

Zu Frage 1: Das Land Niedersachsen beabsichtigt, im Wege einer möglichen Bundesratsinitiative den in § 18 Abs. 1 Satz 1 Strafvollzugsgesetz verankerten Grundsatz der Einzelunterbringung von Strafgefangenen während der Ruhezeit zu lockern. Bisher ist dazu lediglich ein Referentenentwurf des niedersächsischen Justizministeriums bekannt. Nach diesem Vorschlag soll die Einzelunterbringung von Strafgefangenen während der Ruhezeit zwar grundsätzlich erhalten bleiben, die gemeinschaftliche Unterbringung von Strafgefangenen während der Ruhezeit aber unter anderen Voraussetzungen als nach bisherigem Recht zulässig sein. Nach bestehendem Recht ist eine gemeinsame Unterbringung von Strafgefangenen während der Ruhezeit zulässig, sofern diese hilfsbedürftig sind oder eine Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit besteht. Im Übrigen ist im geschlossenen Vollzug eine gemeinsame Unterbringung von Strafgefangenen zur Ruhezeit ohne ihr Einverständnis nur vorübergehend und aus zwingenden Gründen zulässig. In Anstalten, mit deren Errichtung vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes in Thüringen nach Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland am 03.10.1990 begonnen wurde, gilt, dass abweichend von § 18 Strafvollzugsgesetz Gefangene während der Ruhezeit auch gemeinsam untergebracht werden dürfen, solange die räumlichen Verhältnisse der Anstalt dies erfordern. Da eine länger andauernde Überbelegung einer Anstalt nicht als nur vorübergehend im Sinne von § 18 Abs. 2 Satz 2 Strafvollzugs-

gesetz angesehen werden kann, zielt der niedersächsische Vorschlag darauf ab, auch in den nach dem In-Kraft-Treten des Strafvollzugsgesetzes errichteten oder kernsanierten Vollzugsanstalten und einzelnen Hafträumen Haftplätze auch ohne Zustimmung des Gefangenen aus Gründen der Vollzugsorganisation, z.B. Mangel an Haftplätzen für eine Einzelunterbringung infolge länger währender Überbelegung einer Anstalt, mit mehreren Gefangenen belegen zu dürfen.

Zu Frage 2, Herr Abgeordneter Dr. Koch: Aus Sicht der Thüringer Landesregierung erscheint der Vorschlag zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Unterbringung von Gefangenen während der Ruhezeit diskussionswürdig. Die Änderung des § 18 Strafvollzugsgesetz erscheint eine grundsätzlich denkbare Lösung, um den aus der derzeitigen Rechtslage folgenden Problemen zu begegnen. Gleichwohl gibt es auch Aspekte, die gegen die vorgeschlagene Neufassung des § 18 sprechen. Insbesondere würde dadurch das Prinzip der Einzelunterbringung von Gefangenen während der Ruhezeit bis auf Weiteres für weite Bereiche des Justizvollzugs aufgegeben. Angesichts der Tatsache, dass die gegenwärtig bundesweit herrschende Überbelegung nicht kurzfristig durch Schaffung ausreichender zusätzlicher Haftkapazitäten abgebaut werden kann, wird auch eine Ausweitung der Übergangsbestimmung des Strafvollzugsgesetzes zur Belegung diskutiert. So könnte nach § 101 Strafvollzugsgesetz eine weitere Übergangsvorschrift eingefügt werden, die auch in Anstalten, mit deren Errichtung nach dem 1. Januar 1977 begonnen wurde, eine gemeinsame Unterbringung von Gefangenen während der Ruhezeit zulässt, soweit in den Justizvollzugsanstalten des betreffenden Landes nicht genügend Einzelhafträume zur Verfügung stehen. Die Einfügung einer solchen Bestimmung könnte auch in Gestalt einer zeitlich befristeten Übergangsvorschrift erfolgen. Gegenwärtig werden die Vorteile und Nachteile der einzelnen Lösungsmöglichkeiten zwischen den Justizverwaltungen erörtert. Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Das ist nicht der Fall. Danke schön. Wir kommen zur Frage in Drucksache 3/3621, bitte Herr Abgeordneter Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Abhören von "Verteidigergesprächen"

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 1. Oktober 2003 berichtet über Fälle, bei denen die saarländische Polizei Informationen aus richterlich angeordneten Abhörmaßnahmen aufgezeichnet, zusammengefasst und den jeweiligen Ermittlungsakten hinzugefügt hat.

In Rheinland-Pfalz gäbe es eine Verwaltungsvorschrift, nach der das Abhören von "Verteidigergesprächen" nicht

erlaubt ist bzw. Informationen aus solchen umgehend vernichtet werden müssen.

Ich frage die Landesregierung:

Wie und auf welcher Grundlage wird oder würde in Thüringen mit solchen Fällen umgegangen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Gasser, bitte schön.

Dr. Gasser, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Hahnemann beantworte ich für die Landesregierung wie folgt: Die Thüringer Justiz beachtet die geltende Rechtslage.

(Beifall bei der CDU)

Eine Überwachung der Telekommunikationsanschlüsse eines Verteidigers nach § 100 a StPO zum Zwecke des Abhörens von Gesprächen mit seinen Mandanten ist gemäß § 148 StPO unzulässig. Dies hat der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 5. November 1985 klargestellt. Soweit bei der Überwachung des Beschuldigten zufällig auch Gespräche mit dessen Verteidiger aufgezeichnet werden, dürfen die dabei gewonnenen Erkenntnisse nicht zu Beweis Zwecken im Strafverfahren verwendet werden. Dies bedeutet auch, dass, soweit von Seiten der Strafverfolgungsbehörden auf den Abhör- und Aufzeichnungsvorgang Einfluss genommen werden kann, die Überwachung des Gesprächs abzubrechen ist. Ein Eingang der gleichwohl aufgezeichneten Verteidigergespräche in die Ermittlungsakte dürfte zulässig sein. Im Bundesjustizministerium wird aber eine gesetzliche Regelung diskutiert, nach der Erkenntnisse aus derartigen Überwachungen jedenfalls zu Gunsten des Beschuldigten verwendet werden dürfen. Eine Verwaltungsvorschrift, die die Vernichtung von gleichwohl aufgezeichneten Verteidigergesprächen anordnet, ist nicht erforderlich. Ich gehe davon aus, dass den Staatsanwälten und den Richtern des Freistaats Thüringen - bei Richtern bei einem sich gegebenenfalls anschließenden Strafverfahren - höchstrichterlich entschiedene Verwertungsverbote bekannt sind und diese auch bei der richterlichen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe keine Nachfragen. Danke schön. Wir kommen zur letzten Frage in Drucksache 3/3648. Bitte Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Anrechnung von Bereitschaftszeiten

Nach einem Urteil des EuGH ist die Bereitschaftszeit von Klinikärzten als Arbeitszeit zu werten. Auch in anderen Bereichen sind Bereitschaftszeiten üblich, welche bisher nicht vergütet werden. Im Besonderen betroffen davon sind Frauenhäuser, die nach der entsprechenden Richtlinie (mit zum Teil weniger als zwei vollbeschäftigten Mitarbeiterinnen) an sieben Tagen der Woche 24 Stunden am Tag erreichbar sein müssen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist das Urteil auf Bereitschaftszeiten in Frauenhäusern übertragbar?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, welche Auswirkungen hat dies?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung unternehmen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Staatssekretärin Meier, bitte schön.

Dr. Meier, Staatssekretärin:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Wolf wie folgt:

Zu Frage 1: Nein, das Urteil ist auf Bereitschaftszeiten in Frauenhäusern und Schutzwohnungen nicht übertragbar.

Zu Frage 2: Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9. September 2003 zum Bereitschaftsdienstfall Jäger bezieht sich ausschließlich auf Bereitschaftsdienste, die in den Räumen des Arbeitgebers geleistet werden. Das heißt, die Ärztin oder der Arzt leisten ihren Bereitschaftsdienst in Form persönlicher Anwesenheit im Krankenhaus. Bei der Bereitschaft der Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern und Schutzwohnungen handelt es sich im Gegensatz dazu um eine Rufbereitschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Arbeitnehmer sich nicht an einer vom Arbeitgeber bestimmten Stelle bereithalten, sondern nur jederzeit erreichbar sein muss, um seine beruflichen Aufgaben auf Abruf wahrnehmen zu können.

Zu Frage 3 und 4: Im Übrigen sind die durch die Europäische Gerichtshofentscheidung erforderlichen Veränderungen in der Arbeitszeitgestaltung in der Verantwortung der zuständigen Träger festzustellen und zu veranlassen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe keine Nachfragen, oder doch. Frau Staatssekretärin, könnten Sie bitte noch einmal nach vorne kommen. Bitte, Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Auch wenn ich Ihre Antwort gut nachvollziehen kann, ist es ja trotzdem unzweifelhaft, dass auch eine Rufbereitschaft mit einem erhöhten Arbeitsaufwand oder zumindest mit einer Einschränkung im persönlichen Leben verbunden ist. Also z.B. der Fahrtüchtigkeit am Abend, der Erreichbarkeit, dass man nicht einfach seine Freizeit wild verplanen kann, und, und, und ... Gibt es irgendwelche Überlegungen, wie diese doch erhebliche Einschränkung der persönlichen Freiheit in der Freizeit in irgendeiner Weise vergolten werden kann?

Dr. Meier, Staatssekretärin:

Die Förderrichtlinien für Frauenhäuser setzen nicht notwendig die Rufbereitschaft voraus. Dennoch wird in den meisten Frauenhäusern Rufbereitschaft geleistet, einmal indem man sich zusammenschließt mit entsprechenden Polizeieinspektionen und zum anderen werden die Rufbereitschaften im Ehrenamt geleistet.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke schön. Wir können den Tagesordnungspunkt 24 abschließen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 19** auf

Berichtsvorlage der Enquetekommission "Erziehung und Bildung in Thüringen"

Antrag der Abgeordneten Bechtum, Dittes, Döring, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Lehmann, Nitzpon, Panse, Pelke, Dr. Pidde, Dr. Stangner, Tasch, K. Wolf, und Zitzmann

- Drucksache 3/3634 -

dazu: Änderungsantrag der Abgeordneten Bechtum, Dittes, Döring, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Lehmann, Nitzpon, Panse, Pelke, Dr. Pidde, Dr. Stangner, Tasch, K. Wolf und Zitzmann

- Drucksache 3/3661 -

Werden Begründungen gewünscht für diesen Antrag? Dann muss ich erst einmal schauen. Dann gibt es auch keine Wortmeldungen, wie ich hier sehe. Wir werden zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag in Drucksache 3/3661 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Gibt es nicht. Stimmenthaltungen? Dieser Änderungsantrag ist ein-

stimmig angenommen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag in Drucksache 3/3634 ab unter Berücksichtigung des eben abgestimmten Änderungsantrags. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Gibt es keine. Stimmenthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Wir können Tagesordnungspunkt 19 dann gleich auch wieder abschließen und ich rufe den **Tagesordnungspunkt 20** auf

Überstundenabrechnungen bei der Thüringer Polizei

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3640 -

Ich sehe keine Wortmeldungen hier auf meiner Liste für eine Begründung. Bitte, dann gibt die Landesregierung ihren Sofortbericht. Herr Minister Trautvetter.

Trautvetter, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zunächst trete ich nachdrücklich der Unterstellung entgegen, die Landesregierung verschleierte hier irgendetwas. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Das Innenministerium hat, nachdem die Vorwürfe im Herbst 2000 bekannt wurden, die erforderlichen Untersuchungen eingeleitet und sofort reagiert. So wurde ein Erlass herausgegeben, wie bei Mehrarbeitsvergütung zu verfahren ist, um Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Im Übrigen wurde im November 2000 die Auszahlung von Mehrarbeitsvergütung vorerst gestoppt, um bis zu einer Klärung der Rechtslage möglicherweise ungerechtfertigte Zahlungen zu verhindern. Bei den Prüfungen ist, lassen Sie mich dies vorwegnehmen, deutlich geworden, dass es sich hier um Einzelfälle handelt, die alle differenziert betrachtet werden müssen. Von einem Polizeiskandal zu reden, so wie es die Opposition allzu schnell tut, ist abwegig, und auch jetzt wird nichts verschwiegen. Wir waren und wir sind an einer lückenlosen Aufklärung interessiert. Beachten Sie aber bitte, dass es sich hier um laufende Ermittlungen handelt, die natürlich nicht zuletzt im Interesse einer umfassenden Aufklärung des Sachverhalts eine gewisse Zurückhaltung in der Berichterstattung gebieten.

Zur Sache selbst: Zu diesem Sachverhalt sind die Überprüfungen bzw. Ermittlungen auf zwei Ebenen durchgeführt worden und werden es noch. Die verwaltungsmäßigen Prüfungen erfolgen durch das Thüringer Innenministerium. Die Staatsanwaltschaft Erfurt führt Untersuchungen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens durch. Ich werde zunächst auf die einzelnen Anstriche und Fragen eingehen.

Zum ersten Anstrich: Es wurde der Vorwurf erhoben, dass Angehörige der Thüringer Polizei Mehrarbeit nicht auf der Grundlage der einschlägigen Rechtsvorschriften abgerechnet haben und Überzahlungen zu vermuten sind. Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt gegen unbekannt wegen Betrugs zum Nachteil des Freistaats Thüringen.

Zum zweiten Anstrich: Aufgrund von Hinweisen aus den Haushaltsbereichen der nachgeordneten Behörden wurde unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe Interne Ermittlungen dieser Sachverhalt bekannt. Im Innenministerium wurde eine zentrale Arbeitsgruppe, in allen nachgeordneten Behörden und Einrichtungen wurden dezentrale Arbeitsgruppen eingerichtet. Deren Aufgabe war es, die Arbeitszeitnachweise und Mehrarbeitszeitabrechnungen aller Polizeibeamten zu überprüfen. Der zentralen Arbeitsgruppe wurden die Arbeitszeitnachweise von acht Führungsbeamten vorgelegt. Der Staatsanwaltschaft Erfurt sind die Verdachtshinweise in einer Zeugenvernehmung innerhalb des Ermittlungsverfahrens "Rotlicht" bekannt geworden.

Zum dritten Anstrich: Die Untersuchungen durch die Arbeitsgruppe des Innenministeriums laufen seit November 2000. Der Abschlussbericht datiert vom 16. Mai 2001. Die Staatsanwaltschaft erhielt auf entsprechende Anfragen im Mai 2003 Unterlagen zur Prüfung möglicher Strafbarkeiten. Ein Zeitpunkt des Abschlusses aller Maßnahmen kann noch nicht benannt werden.

Zum vierten Anstrich: In der Thüringer Polizei sind seit Einführung des bundesdeutschen Rechts in Thüringen die Festlegungen der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in Verbindung mit der dazugehörigen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der jeweils aktuellen Fassung für die Vergütung von Mehrarbeit maßgeblich. Andere Regelungen zur Abrechnung von Mehrarbeitszeit gibt es nicht.

Das zu den einzelnen Anstrichen. Nun lassen Sie mich zu Ihren Fragen folgende Hinweise ergänzen, die ich im Wesentlichen dem erwähnten Abschlussbericht entnehme. Die vorgelegten Arbeitszeitnachweise wurden in sehr unterschiedlicher Qualität geführt. Dabei ist festzustellen, dass die Angaben teilweise unvollständig sind und in der Regel keinen Schluss auf die Anordnung oder Genehmigung der ausgewiesenen Mehrarbeitszeiten zulassen. Das macht die Situation in der Beurteilung schwierig. Ein generelles Problem ist die Vermischung von Zeitguthaben aus Rufbereitschaft und geleisteter Mehrarbeit. Als Problembereich wurde die Abgrenzung zwischen Arbeitszeitguthaben aus der gleitenden Arbeitszeit und geleisteter Mehrarbeit festgestellt. Arbeitszeitguthaben aus der gleitenden Arbeitszeit wurden teilweise als Mehrarbeit ausgewiesen. Zur Prüfung der im Jahr 2000 gezahlten Mehrarbeitsvergütung wurde zunächst durch die zentrale Arbeitsgruppe die laut Arbeitszeitnachweis erbrachte Arbeitszeit der zu leistenden Arbeitszeit gegenübergestellt. Die Arbeitszeitnachweise lassen, so der erwähnte Ab-

schlussbericht, generell keine Rückschlüsse auf die Anordnung oder Genehmigung von Mehrarbeit sowie die Abgrenzung zwischen vergütbarer und nicht vergütbarer Mehrarbeit zu. In der Summe der Einzelprüfungen stellt der Abschlussbericht fest, dass die unterschiedliche Erfassung von Mehrarbeit offensichtlich der ungenauen Gesetzes- und Vorschriftenkenntnis bei den Betroffenen geschuldet ist. Es wurde festgestellt, dass sieben Führungsbeamte keinerlei Mehrarbeit zur Vergütung eingereicht haben. Hier erfolgte entsprechend den rechtlichen Vorgaben die Abgeltung durch Freizeitausgleich.

(Beifall bei der CDU)

In 11 anderen Fällen ließ man sich die geleistete Mehrarbeit vergüten, wobei diese 11 Fälle unterschiedlich sind. Der Abschlussbericht legt fest, dass in vier von diesen 11 Fällen offene Fragen durch eine weitere Überprüfung zu klären sind. Der Abschlussbericht stellt auch zusammenfassend fest, dass nach dem Prüfungsergebnis kein strafrechtlich relevanter Anfangsverdacht gegen einzelne geprüfte Bedienstete erkannt werden kann. Es ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft die Sachverhalte im Einzelnen zu bewerten, und ich werde den zuständigen Innenausschuss, wenn dies gewünscht ist, über den Fortgang des Verfahrens informieren, soweit dies im laufenden Ermittlungsverfahren möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wird Aussprache gewünscht? Die PDS-Fraktion wünscht die Aussprache. Dann, Herr Abgeordneter Hahnemann, ich habe Sie zwar noch nicht aufgerufen, aber Sie kommen trotzdem dran.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Ich will die Eile hier dann hinter dem Pult, Frau Präsidentin meine Damen und Herren, gleich fortsetzen. Mit diesem Bericht ist natürlich aus zwei Gründen etwas schwierig umzugehen, erstens, weil er aufgrund der Vielfalt der Daten relativ schwer zu handhaben ist, und zweitens, weil er aufgrund bestimmter Daten, die nicht gegeben worden sind, schwer zu handhaben ist. Lassen Sie mich deswegen nur drei Bemerkungen machen.

Das Erste ist, ich hätte mir natürlich mehr Informationen gewünscht. Der Antrag war also keinesfalls in dem Sinne gemeint, in dem Sie sich gegen Anschuldigungen aus den Reihen der Opposition hier gewehrt haben, Herr Minister. Der Antrag war eigentlich eine Vorlage für Sie. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sie noch weiter gehend nutzen. Sie haben es nicht getan, und so wird natürlich zunächst erst mal das Feld der Spekulationen weiter beackert werden können. Ich bin eigentlich auch nicht, ich meine nicht von uns, in guter Hoffnung, dass wir das im Ausschuss beheben können. Aber vielleicht gibt es im

Ausschuss die Möglichkeit noch weitere Daten gegebenenfalls mit dem Instrument der Vertraulichkeit zu erfahren, die dann wenigstens uns als Ausschussabgeordnete einiges von dem erhellen, was wir mittels des Lesens der Zeitungsartikel und Ihres Berichts auch nicht aufhellen können. Insofern will ich gleich jetzt beantragen, dass wir den Bericht im Ausschuss weiterberaten. Trotzdem, Herr Minister, glaube ich, dass wir etwas mehr tun müssen als das, weil ansonsten die Spekulationen weitergehen werden. Ich habe absichtlich in dem Antrag geschrieben, dass wir dann einen handfesten Polizeiskandal haben werden, wenn die Spekulationen nicht beendet werden können, wenn die Unklarheiten nicht beseitigt werden können. Und was die Unklarheiten angeht, müssen eben Antworten auf die Fragen her, wie geht man eigentlich innerhalb der internen Ermittlung mit Ermittlungsergebnissen um, wer hat da eigentlich den Hut auf, oder herrschen dort und oberhalb dieser Abteilung interne Ermittlungen, Verhältnisse, dass wir uns die Peinlichkeit werden leisten müssen ständig nach externen Ermittlern zu schreien, und das tut ja nun dem Ansehen des Landes und seiner Polizei auch nicht wohl.

Ich bitte Sie, uns die Möglichkeit zu geben im Ausschuss noch mehr über all die derzeit unklaren Fragen zu erfahren und einen Weg zu suchen, wie man ohne Abwarten der letzten Ermittlungsergebnisse die Fragen über, ich zitiere jetzt mal eine gedachte Zeitungsmeldung, "Über die Zustände" -

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:
Ihre Zustände ...)

ja, meine Phantasie reicht eben dafür aus, Frau Groß - "in der Polizei", wie wir diesen Fragen entgegenzutreten. Das halte ich für nötig und dafür können wir dann Ihren Bericht, so hoffe ich jedenfalls, auch verwenden. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Fiedler, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin schon sehr verwundert, Herr Kollege Dr. Hahnemann, bei dem letzten Anknüpfen Ihrer gedachten Zeitungsmeldung, wie sie denn kommen könnte. Ich gehe mal davon aus, dass Sie Ihre gedachte Zeitungsmeldung schon irgendwo liegen haben und natürlich nicht das Interesse daran haben, dass hier entsprechende Aufklärung passiert, sondern dass Sie Randalen wollen und das vor allen Dingen in der Zeitung hochgepusht wird.

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS)

Das mag ja sein, das mögen Sie ja so sehen, ein Glück, Sie können ja hier vorgehen und können sagen, das ist Phantasie, bloß in Ihrer Begründung ist das ja schon ziemlich deutlich, wie das formuliert ist. Ich würde den Kollegen Ramelow bitten, dass man einfach etwas - ich will das wirklich versuchen, sachlich zu machen - aufpasst, dass man anhand von Fehlern, die unbestrittenerweise da sind, dass Fehlrechnungen da sind, die aufgedeckt wurden, die auf der einen Seite durch die interne Ermittlung und die Polizei untersucht werden und auf der anderen Seite die Staatsanwaltschaft tätig ist, dass man nicht sofort wieder aus allem einen Polizeiskandal, wenn auch mit der Formulierung, wie sie hier steht, daraus macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir haben genügend Instrumentarien, dass die Dinge weiter aufgeklärt werden. Es ist auch kein Fall. Wer sich insgesamt mit Polizei und den ganzen Dingen beschäftigt hat, der wusste, dass es solche Dinge gab und dass - das war nicht irgendwo im Geheimen oder im Kämmerchen - solche Dinge aufgedeckt wurden! Es wurden an die PD's entsprechende Dinge rausgeschickt, dass dort auch die Überprüfung insgesamt erfolgte. Das hat der Minister hier dargelegt. Es geht auch in der Regel um Fälle, die noch von einem Vorgänger teilweise mit sind. Das ändert nichts an der Tatsache, dass das aufgeklärt werden muss. Aber, ich denke, wir sollten wirklich vorsichtig sein, wenn hier wenige und die jetzigen Informationen, die da sind, da geht es wohl um vier Leute - es kann ja durchaus sein, dass da noch welche im Rahmen der Aufklärung hinzukommen -, dass man schon wieder in die Nähe eines Polizeiskandals rückt und hier einen ganzen Berufszweig in Misskredit bringt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Fiedler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Am Ende.

Ich denke, das sind die Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag in den Einsatz gehen und es nicht leicht haben, wo sicher auch Fehler begangen wurden, weil man mit Abrechnungsformularen, womit vielleicht der eine oder andere auch schon Probleme hatte, dass man dort zu solchen Dingen kommt. Das Entscheidende ist, dass die entsprechenden Ermittlungen laufen. Dass der Minister zugesagt hat, darüber bin ich sehr dankbar, und wir sollten das so handhaben, wie wir das immer im Innenausschuss handhaben. Herr Kollege Dr. Hahnemann, ich glaube, Sie werden mir nicht widersprechen, dass der jetzige Innenminister insbesondere eine sehr offene Herangehensweise auch mit dem Ausschuss handhabt, dass wir

das nicht zu überweisen brauchen, sondern dass, wenn es neue Erkenntnisse gibt, einmal der internen Ermittlung, und da will ich in die Richtung Justiz schauen, wir dürfen nicht vergessen, es laufen auch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und wir sollten uns dort tunlichst so weit raushalten, bis entsprechende konkrete Ergebnisse vorliegen. Dann ist es selbstverständlich, und so fasse ich die Hinweise des Ministers auch auf, dass dann entsprechend im Innenausschuss unter den gegebenen Dingen, die dort notwendig sind, Datenschutz etc., darüber berichtet wird. Ich denke, dass das entsprechend auch der Weg sein sollte, den wir dort beschreiten. Hier soll nichts vertuscht werden, hier wird aufgeklärt. Wir sollten aber auch die Polizistinnen und Polizisten hier nicht alle in einen Sack stecken, sondern es sind von ca. 7.000, die es insgesamt gibt, bis jetzt 4 Fälle, die gegebenenfalls in Frage stehen. Ich glaube, da sollten wir doch im Rahmen des Möglichen und der Dinge lassen, wie sie denn üblich sind.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich glaube, Herr Dr. Hahnemann will noch mal ans Rednerpult, aber dann müssen Sie jetzt erst mal warten, Herr Dr. Hahnemann, jetzt kommt erst mal Abgeordneter Höhn dran.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben kürzlich öffentlich vernommen, dass unser Innenminister diese Angelegenheit dieser, ich sage bewusst, möglicherweise falsch abgerechneten Überstunden nur alte Kamellen seien. Alt ist in diesem Zusammenhang sicher richtig, denn Sie haben ja eben bestätigt, dass die Vorgänge im Herbst 2000 wohl schon ...

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister:
Nein, im Herbst vor 1999, 2000 sind sie
aufgedeckt worden.)

Herr Minister, mit Verlaub, ich war noch nicht fertig mit meinem Satz. Ich wollte sagen, dass diese Vorgänge das Ministerium seit dem Herbst 2000 beschäftigen. Woher sie stammen, das ist klar. Sie sind aus früherer Zeit. Bedauerlich und auch, ich möchte bewusst betonen, schade ist an dieser Stelle, dass es schon nun seit längerer Zeit immer wieder in der Thüringer Polizei solche Vorwürfe gegen führende Polizeibeamte gibt. Wir wissen alle die Geschichte mit der Rotlichtaffäre, die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Hamburger Prozess kürzlich, als es um das Verfahren und um die Umstände drumherum ging. Leider ist es so, dass durch solche Vorgänge die wirklich gute Arbeit der Thüringer Polizei - und an der Stelle möchte ich dem Kollegen Fiedler wirklich beipflichten - unnötigerweise in Verruf gerät. Hier, das muss ich ganz deutlich betonen, darf nicht mehr weiteres Vertrauen verspielt werden. Man muss an dieser Stelle auch mal sagen, dass die Polizei wirklich einen schweren Dienst und eine hervorragende Arbeit leistet.

(Beifall bei der CDU)

Nicht zuletzt deshalb ist unser Freistaat eines der sichersten Bundesländer. Dennoch, meine Damen und Herren, stellen sich doch auch und gerade jetzt nach dem vom Minister gebrachten Bericht einige Fragen, die auch in der Öffentlichkeit bzw. in Veröffentlichungen eine Rolle gespielt haben. Auf zwei möchte ich an dieser Stelle noch etwas detaillierter eingehen. Wir konnten in der Presse lesen, dass die internen Ermittler für den damaligen Abteilungsleiter einen Bericht für die anscheinend falsch abgerechneten Überstunden angefertigt haben. Was ist denn eigentlich aus diesem Bericht geworden? Warum erreichte er diesen Abteilungsleiter nicht? Wurde er, wie die Presse vermeldete, vernichtet? Wenn ja, auf wessen Anordnung wurde er dann vernichtet?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: ... dieselben Fragen, ..., Herr Höhn.)

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister: Wie kann ich denn sagen, ...)

Es gibt eine Arbeitsgruppe Haushalt und die Frage stellt sich, wie wir auch nachlesen konnten, ob dieser Arbeitsgruppe Haushalt verboten worden ist, in diesem Abschlussbericht auf mögliche strafrechtliche Verfehlungen hinzuweisen und ihn zu veröffentlichen. Wurden sie, wie berichtet, angewiesen, einen neuen "geschönten Bericht" zu verfassen? Sie haben ja auch zwischenzeitlich erklärt, Herr Minister, dass es diese Unregelmäßigkeit bei der Abrechnung von Überstunden gegeben habe. Wir konnten in dem Zusammenhang die Zahl von 17 führenden Beamten lesen. Noch etwas ist sehr verwunderlich an dieser Stelle: Die Ursache für die falsch abgerechneten Überstunden seien, so haben Sie das jetzt eben auch aus dem Bericht zitiert, ungenaue Kenntnisse von Vorschriften und Mängel bei der Dienstaufsicht. Da stellt sich schon gewisses Stirnrunzeln an dieser Stelle ein, und ich möchte sozusagen in die Äußerungen von der Gewerkschaft der Polizei mit einsteigen, denn die zweifeln genau diese Unkenntnis an. Es ist schon schwer erklärbar, dass führende Beamte in dieser Richtung nicht Bescheid wissen sollen. Wir konnten auch in der Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei lesen, ich darf mal kurz zitieren: "Die Abrechnung von Überstunden sei klar und eindeutig geregelt. Zudem werde regelmäßig kontrolliert, ob weisungsgemäß abgerechnet wurde. Auch der Landesrechnungshof prüfe in den einzelnen Polizeidirektionen." Da fragt man sich schon: Wer hat denn da wie lange geschlafen an dieser Stelle? Auch haben wir vernommen, das hat der Minister jetzt eben auch noch mal ganz deutlich gesagt, die Staatsanwaltschaft, das ist richtig, hat Ermittlungen aufgenommen. Ich frage mich an dieser Stelle: Wenn man seit dem Herbst 2000 weiß, dass es hier Unregelmäßigkeiten gibt, wieso nimmt die Staatsanwaltschaft erst jetzt die Vorermittlungen auf? Ich stelle mir die Frage, wann die Staatsanwaltschaft das erste Mal Kenntnis davon erlangt hat, dass es einen solchen Prüfbericht der AG Haushalt gab?

Drittens: Wäre es schon noch mal interessant zu wissen, aber die Frage ist zugegebenerweise eher an die Staatsanwaltschaft zu richten, auf welche Weise sie Kenntnis von diesem Bericht der AG Haushalt bekommen hat und was danach für Maßnahmen eingeleitet worden sind.

Kurzum, meine Damen und Herren, viele Gerüchte, viele Vermutungen machen leider die Runde, aber auch - und das muss man auch deutlich sagen - undurchsichtige Informationswege vergiften unnötig das Klima in der Thüringer Polizei. Deshalb ist wirklich - das möchte ich noch mal bekräftigen - schnellstmögliche Aufklärung gefragt. Danke schön.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Trautvetter.

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister)

Gut. Dann Herr Abgeordneter Hahnemann. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Ich habe auch nur drei kurze Bemerkungen. Ich denke, sowohl Frau Groß als auch Herr Fiedler, das mit der gedachten Schlagzeile war von mir vielleicht der ungeeignete Versuch, einfach mal zusammenzufassen, was das Bündel an erschienenen Zeitungsartikeln im Grunde genommen in einer Schlagzeile zusammengefasst bedeutet. Das heißt einfach: schlimme Zustände bei der Polizei. Ich stimme Ihnen, bei dem, was Sie gesagt haben, zu, aber nur unter der Voraussetzung, dass Sie auch beachten, dass Sie nur die Hälfte der Sachverhalte geschildert haben. Natürlich haben Sie Recht, dass bestimmte Dinge sofort aufgedeckt worden sind und dass das vielleicht - das kann ich aus meiner Informationslage her nicht beurteilen - Einzelfälle sind. Wenn das so wäre, würde das vermutlich keinen Skandal begründen. Woraus der Skandal erwächst, das ist der Umstand, dass nicht nur aufgedeckt worden ist, sondern auch gedeckelt worden ist. Dieser Vorwurf muss entkräftet werden. Solange der nicht entkräftet ist, steht die Gefahr eines Polizeiskandals.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Hauptsache Skandal!)

Es lohnt nicht, gut. Einen Zweck, Herr Fiedler, hat das Ganze nun tatsächlich nicht, den Ruf und die Arbeit von Polizistinnen und Polizisten zu schädigen. Also, wenn Sie unseren Antrag lesen, den ich nun einfach mal maßgeblich erarbeitet habe, dann werden Sie dort drin nichts entdecken, was irgendwo den Anflug haben könnte, den Ruf, das Ansehen, die Arbeit von Polizistinnen und Polizisten irgendwo in den Schmutz zu ziehen. Im Übrigen, wenn ich diese Auffassung hätte, würde ich mir solche Monturen nicht überstreifen. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:
Darf ich was fragen?)

Ja, bitte.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Kollege Hahnemann, könnten Sie mir zustimmen, da Sie auch die Möglichkeit haben, nach § 74 die Dinge im zuständigen Ausschuss zu klären, dass man das auch hätte dort machen können?

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Herr Fiedler, ich habe lange und viel und gemeinsam mit anderen darüber nachgedacht, was in der Informationssituation, vor der wir standen, das Richtige ist. Da bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dieses Problem, wenn wir es immer weiter hinter geschlossenen Türen behandeln ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das sind keine geschlossenen Türen im Innenausschuss.)

Der Innenausschuss ist eine nicht öffentliche Sitzung, Herr Fiedler, und Sie wissen, wie man mit den Inhalten von nicht öffentlichen Sitzungen umgehen muss. Dann werden wir bei diesem oder jenem Punkt noch den Minister bitten, uns weitere Informationen zu geben. Das kann er dann nur vor dem Hintergrund vertraulicher Sitzung. Dieses Problem hatte eine Qualität erreicht ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wollen Sie Aufklärung oder wollen Sie Randalen? Das ist doch die Frage.)

Nein, Herr Fiedler, das ist für uns eben nicht die Frage. In der Öffentlichkeit war ein Informationsproblem entstanden, dem man nach unserer Auffassung hatte entgegenwirken müssen. Das war die Funktion dieses Antrags. Es ging nicht um Skandalisieren und um Randalen, sondern es geht uns auch um die heilsame Wirkung von Öffentlichkeit. Daran darf ich Sie bitte erinnern. 1989 haben wir gelernt, heilsame Wirkung von Öffentlichkeit. Da geht es nicht darum, dass man irgendjemanden aufopfert, das irgendjemandes Rechte verraten werden, aber dass ganz bestimmte Spekulationen, falsche Informationen, fehlende Informationen nicht zu Zuständen führen, die am Ende überhaupt nichts mehr mit den Sachverhalten zu tun haben. Darum ging es, Herr Fiedler. Es ging nicht um irgendwelche Skandale oder Ähnliches.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Zwischenfrage.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Herr Fiedler, es geht doch nicht darum, wo ich persönlich mehr kriege. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, Informationen darüber zu kriegen, was an dem, was in ihrer Tageszeitung zu lesen ist, dran ist und wo nichts dran ist. Darum geht es. Es geht doch nicht um mich als Person.

(Beifall bei der PDS)

Entschuldigung, die Überstundenabrechnung ...

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Hahnemann, es gibt jemanden, der am Mikrofon steht und der eine offizielle Zwischenfrage stellen will und dann gibt es jemanden, der von der Bank aus ständig fragt. Ich wollte Sie fragen, lassen Sie auch diese Anfrage von Herrn Ramelow zu?

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Natürlich lasse ich die Anfrage von Herrn Ramelow zu. Ich will nur den Herrn Ramelow bitten, dass er mir erlaubt, noch die inoffizielle Anfrage von Herrn Fiedler zu beurteilen. Dem möchte ich nämlich gern sagen, im Grunde genommen, Herr Fiedler, interessieren mich die Überstunden der abgerechneten höheren Polizeibeamten gar nicht so sehr. Wenn Sie mich danach fragen, was mich eigentlich interessiert an Überstunden und Polizei, da interessieren mich die zigtausend Überstunden der einfachen Beamten, die sie nicht abrechnen können, die sie nicht abummeln können usw.

(Beifall bei der PDS)

Herr Kollege Ramelow, Entschuldigung.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Herr Kollege Hahnemann, würden Sie mir Recht geben, dass es doch Gelegenheit gäbe, nachdem wir jetzt alle hier im Plenum und damit in der Öffentlichkeit den Bericht des Ministers gehört haben, dass die Fortberatung und die Qualifizierung dessen, was noch anzufragen, zu klären und zu bearbeiten ist, dann im Ausschuss möglich wäre und dann der Kollege Fiedler und Sie es fachlich weiter beraten könnten?

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Ich kann mich diesem Hinweis auf die Vermeidung einer unnötigen Verlängerung der Landtagssitzung nicht entziehen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Trautvetter, bitte schön.

Trautvetter, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nur auf zwei Sachen eingehen. Woher die SPD-Fraktion die Information nimmt, dass ein Bericht angeblich vernichtet worden ist, weiß ich nicht, nachdem ich ständig aus dem Bericht vorlese. Das ist nicht eine Bewertung des Innenministers, die ich hier vortrage, sondern das steht in der Zusammenfassung des Berichts drin. Das habe ich in der Pressekonferenz gleich am Dienstag nach der Presseveröffentlichung

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wir haben das der Presse entnommen.)

aus der Zusammenfassung des Berichts vorgelesen. Das muss man doch einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Aus welcher Fassung?)

Aus der Fassung vom 16. Mai 2001, hören Sie mir nicht zu? Das ist doch aus dem offiziellen Abschlussbericht der Untersuchung.

Herr Hahnemann, eigentlich wollte ich Sie jetzt mal richtig belobigen,

(Beifall bei der CDU)

aber mit Ihrer letzten Aussage bin ich da schon wieder am Zweifeln, weil nämlich in Ihrer Begründung etwas sehr Korrektes drin steht. Sie vergessen nur immer die erste Hälfte Ihrer Begründung vorzulesen bezüglich des Polizeiskandals. Ihre Begründung beginnt nämlich damit, "Ohne die Rechte Betroffener zu verletzen oder Ermittlungen zu gefährden". Das ist doch nur genau die Gratwanderung, wo wir uns bewegen und dass man dann in einem Bericht nicht personenbezogene Daten hat, wo vielleicht ermittelt wird oder wo vielleicht auch Ermittlungen dann zu nichts führen, wenn erst einmal Beschuldigungen im Raum stehen. Dann wird man doch in dem konkreten Fall sagen müssen, weil es um personenbezogene Daten geht, dass man da im internen Bereich berichtet. Nichts anderes werden wir machen und nichts anderes schlage ich auch dem Landtag vor, dass wir im Innenausschuss zu gegebener Zeit im Laufe der Untersuchungen dann über den Sachstand berichten. Notfalls wird die Landesregierung dort auch eine vertrauliche Sitzung beantragen, wenn es um schutzwürdige Interessen von Polizeibeamten geht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Jetzt gibt es den Antrag der PDS-Fraktion auf Fortsetzung der Beratung im Ausschuss, ich nehme an, das wird der Innenausschuss sein. Dann werden wir das zunächst abstimmen. Wer für die Fortberatung im Innenausschuss votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Das kann ich jetzt nicht einschätzen, jetzt müssen wir zählen. Würden Sie bitte zählen? Jetzt muss ich noch mal abstimmen. Wer für die Fortberatung im Innenausschuss stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Wer mit Nein votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Sie können die Hände runternehmen. Die Weiterberatung im Ausschuss ist abgelehnt.

Dann kommen wir zum Abschluss zur Feststellung, ob dem Berichtersuchen genüge getan wurde. Gibt es dazu Widerspruch? Den gibt es nicht, damit kann ich die Erfüllung des Berichtersuchens feststellen und den Tagesordnungspunkt 20 schließen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 21

**Vorbeugende Maßnahmen zum Hochwasserschutz
Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der PDS und Antwort der Landesregierung - Drucksachen 3/3237/3463 - auf Antrag der Fraktion der PDS**

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/3553 -

Wir beginnen mit der Beratung bei Herrn Abgeordneten Sonntag.

Wenn es keine Wortmeldung gibt, dann rufe ich so auf, wie mir die Liste vorliegt. Tut mir Leid, ich habe Sie nicht gesehen, Sie müssten sich etwas lautstärker melden, damit ich das auch mitkriege und nicht heimlich. Normalerweise hat ja die Landesregierung ihren Teil schon beigegeben, jetzt geht es ja nur noch um die Aussprache. Sie kommen jederzeit natürlich zu Wort, aber tut mir Leid, jetzt habe ich Sie nicht gleich gesehen. Also, Herr Sonntag, Sie sind dran.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Staatssekretär, mitunter ist Zurückhaltung zwar vornehm, aber fehl am Platze. Deswegen habe ich jetzt die Ehre, den letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung, wenn nicht noch einer nachgeschaltet wird, zu beginnen. Es geht um die Große Anfrage der PDS "Vorbeugende Maßnahmen zum Hochwasserschutz". Wenn wir das jetzt mal aus der Sicht der breiten Masse, also nicht von uns, sondern des Otto Normalbür-

gers draußen betrachten würden, da der Normalbürger ja von tagesmedialen Informationen beeinflusst wird, würde der die Thematik unter Umständen gar nicht so falsch finden, denn Hochwasser nach den Ereignissen von 2002, nach den Thüringer Ereignissen vom Jahreswechsel 2002 auf 2003, ist ja sicherlich auch in den Tagesmedien nun nicht gerade zu kurz gekommen. Der informierte Bürger erinnert sich genau dieser umfassenden Hochwasserthemen und zwar nicht nur derer, die ich gerade erwähnte, sondern auch der darauf stattgefundenen Diskussionen, meine Damen, meine Herren, hier in diesem hohen Hause. Da haben wir das Thema ja nicht nur einmal behandelt, und nicht zuletzt, die CDU hat ja zu dem Thema Hochwasser auch ein Forum durchgeführt, was auch schon eine Weile her ist und wo auch sehr umfassend über die Problematik Hochwasser, insbesondere auch über das Hochwasser zum Jahreswechsel, gesprochen wurde und wo auch Schlussfolgerungen gezogen und Maßnahmen erläutert wurden.

Es gibt darüber hinaus noch die Publikationen der Landesregierung, und ich nehme nur mal die mit Namen "Vorbeugender Hochwasserschutz in Thüringen" von 2002, "Vorsorgender natürlicher Hochwasserschutz", "Hochwasserereignisse in Thüringen". Auch darauf aufbauend kann man sich informieren. Der Fachmann kennt darüber hinaus natürlich noch eine ganze Reihe von flankierenden Publikationen, Fachpublikationen vor allem, auch über Thüringen hinaus. Deren lückenlose Aufzählung, meine Damen, meine Herren, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit ersparen Sie mir bitte. Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung, falls da vertieftes Interesse vorhanden sein sollte.

Nun steht die Frage, wo so eine Landtagsfraktion, die über wissenschaftliche Mitarbeiter verfügt, die über einen hinreichenden Etat finanziert werden, die nachweislich das Repertoire der Hilfen, welche der Landtag unter anderem mit seinem Wissenschaftlichen Dienst bietet, zu nutzen gelernt hat, wo also eine solche Fraktion einzuordnen ist? Nimmt man die Qualität der Fragen zum Maßstab, meine Damen, meine Herren, dann scheidet Letzteres, nämlich die Einordnung zu den Fachleuten, offenbar aus.

Ich bin eher geneigt, Ersteres anzunehmen. Natürlich nicht, Herr Kummer, weil ich Ihnen unterstelle, Sie lägen auf dem Niveau von Lieschen Müller, das nicht. Doch worin liegt der Zweck dieser Anfrage, meine Damen, meine Herren, und vor allen Dingen der Zweck dieser heutigen Besprechung. Die Nachrichten heute früh lassen da nur einen Schluss zu. Sie haben wohl in Auswertung der politischen Erfolge des Kanzlers beim Hochwasser 2002 das Thema als für den kommenden Wahlkampf für geeignet erkannt und da Sie nicht leider, sondern Gott sei Dank kein Hochwasser bestellen können, müssen Sie das Thema halt mit politischen Spielchen warmhalten oder vorbereiten.

Wenn dem nicht so ist, meine Damen, meine Herren, dann - doch ja, sie ist da - gehe ich einfach mal davon aus, Herr Kummer, dass Sie der Frau Kollegin aus der SPD-

Fraktion, Frau Dr. Klaus, einfach nur eine Steilvorlage bieten wollten, damit sie uns in einer Qualität, wie wir es von ihr gewohnt sind, und in ihrer Art und Weise, wie es dem heutigen Anlass - letzter Auftritt in diesem hohen Hause - vielleicht in einer Art und Weise, wie Sie es aus der 2. Legislaturperiode von Herrn Dr. Mäde her gewohnt sind, einfach nur noch mal die Gelegenheit bieten, hier uns einen Fachvortrag allererster Güte halten zu wollen.

Sie wissen, meine Damen, meine Herren, dass Einfachste wäre, auf diese Große Anfrage mit dem Hinweis - ich hatte es ja gesagt -, dass genügend Publikationen, genügend Dinge bereits gelaufen sind, darüber hinwegzugehen und auch dem Hinweis geschuldet, dass wir das Thema ja ohnehin im Fachausschuss weiter diskutieren werden im Rahmen der Gesetzlichkeit, die würde jetzt diskutiert werden, man könnte sagen, zur Tagesordnung überzugehen. Den Gefallen tue ich Ihnen nicht, denn es ist vollkommen klar, die Nachrichtenlage von heute früh beweist ja, was Sie vorhaben, das werden wir so nicht unterstützen.

So möchte ich in aller Kürze auf einige, mir wichtige Kriterien dieser Großen Anfrage eingehen. Da ich ja, meine Damen, meine Herren, als Altenburger die der Großen Anfrage zugrunde liegenden Ereignisse zum Teil hautnah miterlebt habe, sehen Sie mir nach, dass ich mit dem Beispiel aus dem Altenburger Landkreis beginne. Wir hatten das Pech, in 2002 von einem außergewöhnlichen Hochwasser betroffen zu sein, welches vor allem Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt - und zwar stärker als uns - betroffen hat. Es steht wohl außer Frage, dass Thüringen ähnlich katastrophal betroffen worden wäre wie Sachsen, wenn das Regengebiet ca. 150 bis 200 km weiter westlich abgerechnet hätte. So viel zur Frage, meine Damen und Herren von der PDS, nach der Betroffenheit für außergewöhnliche Ereignisse.

In diesem Zusammenhang ist auch die Antwort zu Ihrer Frage IV 1, wenn Sie nachschauen wollen, von geradezu grundlegender Bedeutung, so dass ich sie hier zitieren werde, mit Ihrer Erlaubnis. Ich will sie erst einmal herausuchen, es ist ziemlich umfangreich das Papier, welches Sie eingereicht haben, da sehen Sie es mir nach, dass ich nicht alles auf Anhieb finden kann.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es wäre natürlich nützlich, wenn sie das Zitat gleich bei der Hand hätten, Herr Abgeordneter Sonntag.

(Heiterkeit im Hause)

Also um 18.00 Uhr ist diese Tagesordnung hier abgearbeitet, spätestens.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Sie haben ja Recht, aber bei dem Wust von Papier, welcher zu dieser Großen Anfrage gehört, ist es nicht so ein-

fach. So, ich habe es gefunden.

(Beifall im Hause)

Die Frage war: Welche Arten der Flächennutzung tragen insbesondere in Thüringen und in welchem Maße zur Entstehung bzw. Verstärkung einer Überschwemmungsgefahr bei? Ich zitiere aus der Antwort: "Die Einflüsse, um die es hier geht, treten bei außerordentlichen Hochwasserereignissen durch die eintretende flächenhafte natürliche Versiegelung in Folge der vollständigen Sättigung der oberflächennahen Bodenhorizonte zu Gunsten eines vollständigen Abflusses des Niederschlagwassers zurück." Wenn ich das Amtsdeutsch einmal in normales Deutsch übersetzen darf, meine Damen, meine Herren, dann liegt in dieser lapidaren Einschätzung die Antwort auf alle - ich betone die Wörter "auf alle" - menschlichen Einflüsse bei den medial am wirksamsten, weil außergewöhnlichen Hochwassern zugrunde. Dabei ist tatsächlich nicht sicher, dass solche Hochwasser nur alle 100 Jahre eintreten werden, selbst nach diesem Jahrhundertsommer, den wir jetzt erlebt haben, nicht. D.h., und das zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre Große Anfrage, für derartige Hochwasser bedarf es großer Rückhalteeinrichtungen - ich wiederhole noch einmal: "großer Rückhalteeinrichtungen". Selbst die können meist zur Zeit allerdings sehr, sehr wertvolle Zeit gewinnen.

Meine Damen, meine Herren, ich halte das nicht angebracht für Lächerlichkeit, denn wenn ich einmal darauf hinweisen darf, die Talsperre Windischleuba selbst in dem beklagenswerten Zustand, in dem sie sich derzeit befindet, hat für die darunter liegenden Gemeinden, wenn ich nur einmal Treben herausgreife, immerhin ein paar Stunden Vorwarnzeit gebracht, Vorwarnzeit, die, vor allen Dingen wenn so ein Hochwasser nachts eintritt, Sie sich sicherlich vorstellen können, für die Rettung von Menschenleben äußerst bedeutsam ist. Ich denke, das ist nicht eine Sache, über die man lachen sollte.

In diesem Zusammenhang, meine Damen, meine Herren, von der Seite, die hier drüben immer noch lachen, muss ich wieder darauf verweisen, wer trägt denn die politische Schuld daran, dass wir den Staudamm der Talsperre Leibis verkürzen mussten und damit den Stauraum in dieser Talsperre um immerhin fast die Hälfte - nämlich 40 Prozent - verringert haben? Das heißt also, dass wir genau den Hochwasserschutzraum, den Auffangraum für Hochwasser in diesem Talsperrensystem verschenkt haben. Diesen Bärenienst, meine Damen, meine Herren von der SPD-Fraktion, an unseren nachfolgenden Generationen, vielleicht werden diese das Wort "Verbrechen" dafür in den Mund nehmen, den werden Sie politisch sich immer noch in das Stammbuch schreiben müssen. Daran wird auch, Frau Becker, ein noch so lautes Schreien nach Bauverbot in Flutungsräumen nichts ändern, aber dazu kommen wir ja noch.

Übrigens, Frau Becker, im Fall eines Jahrhunderthochwassers, wie es 2002 der Fall war, ist die Frage nach Bauverboten in den Hochwasserrückhalteräumen relativ Illusion, denn ich hatte gerade darauf hingewiesen, wenn die Versiegelung durch Starkwässer einmal eingetreten ist, nützt Ihnen das ganze Rückhaltebecken nichts.

Anders sieht es mit der Ausweisung der Polder und anderer Rückhalteräume in der Fläche aus. Hier ist die Landesregierung auf sehr gutem Wege, so mit der Erstellung eines Reduktionskatasters, mit der Schaffung von Polderräumen vor allem in Mittel- und Nordthüringen.

Es soll ja ausdrücklich einmal erwähnt werden, dass diese Maßnahmen auch gelebte Solidarität des Oberliegern Thüringen mit den Unterliegern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sind, aber danach haben Sie, meine Damen, meine Herren, gar nicht gefragt, Ich denke aber, das wäre wichtig, das mit zu erwähnen. Wenn man den Tenor der Fragen Revue passieren lässt, so bleibt der Eindruck, dass es sich beim Thema "Hochwasser" um ein reines Landesthema handelt. Da stößt es mich schon sauer auf, wenn ich hier mitteilen muss, dass von den Mitteln des Bundes für das Sonderwasserbauprogramm Altenburger Land immerhin noch 1,1 Mio., d.h. fast die Hälfte des avisierten Geldes, noch nicht geflossen sind. Sie können sich ausdenken, was mit diesem Geld alles dort hätte schon verbaut werden können und in einer Region, wo Arbeitsplätze wichtig sind, wo Aufträge wichtig sind, ist das eine Menge Holz, was uns da noch aussteht.

Doch ich will hier ausdrücklich nicht nur am Geld die Probleme festmachen, die eben weit unterhalb der Landesebene liegen. Hier passt eine weitere Nachricht aus dem betroffenen Kreis, dem Altenburger Land. In der "Osterländer Volkszeitung" vom Mittwoch dieser Woche wurde geschrieben: "Flutdamm für Lehma scheitert am fehlenden Land", und zwar ist da nicht das Bundesland, der Freistaat Thüringen gemeint, sondern das Bauland. Dort könnte nur ein zwei Meter hoher und 600 m langer Damm vom Ortsausgang in Richtung des nächsten Ortes Sicherheit schaffen, der noch nicht gebaut wird. Das Bauwerk würde - und jetzt, Frau Becker, hören sie drauf - jenes Oberflächenwasser aufhalten, das sich bei dem gefürchteten Starkregen vor allem auf den großen Feldern ringsum sammelt, und dann das bisher namenlose Rinnsal in Richtung Gerstenbach zum reißenden Strom verwandelt. Der Bau scheitert nicht am Geld, der Bau scheitert nicht an der Planung, sondern der Bau scheitert einfach daran, dass es Grundeigentümer gibt, die ihren Grund und Boden für den Bau nicht hergeben wollen.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Da gibt es Möglichkeiten, das zu ändern.)

Darauf habe ich jetzt gewartet, dass der Hinweis kam, da gibt es Möglichkeiten, das zu ändern. Tja, Herr Kollege, sehr richtig, aber in dem Kommentar der Zeitung zu diesem Ereignis wird schon darauf hingewiesen, dass das

öffentliche Interesse an Hochwasserereignissen ein vorübergehendes ist, dass man die Zeit, und da ist seit 2002 schon eine Zeit ins Land gegangen, zu nutzen wissen muss, um hier Fakten zu schaffen in dem Sinne, was Sie gerade gesagt haben, nehme ich an. Nicht umsonst überschreibt der Kommentator seine Meinung mit "Hilfsbereitschaft mit Halbwertszeit". Nach vier bis fünf Jahren ist die Hilfsbereitschaft dann nicht mehr die gleiche.

Meine Damen, meine Herren, zu dem Hinweis von Herrn Kummer möchte ich noch eins ausführen: Die Küstenanrainer Deutschlands und nicht nur Deutschlands kennen für den Kampf mit dem Wasser ein Gesetz, das lautet, ich sage es auf hochdeutsch: Wer sich nicht solidarisch dem Deichbau unterwirft, der nit will dieken, der muss seinen Grund und Boden verlassen, der mut wieken. Soweit, Herr Kummer, gehe ich davon aus, wollten Sie es mit dem Wohn- und Bleiberecht der Bürger ... nicht kommen lassen. Dieser Hinweis, was Sie gemeint haben. Mir liegt es auch fern, solche drakonischen Maßnahmen zu allgemein gültiger Lösung zu erheben, aber ich denke, dass trotz und gerade wegen der Verantwortung der Teile der Großen Anfrage, die sich darauf beziehen, die Verantwortung für die Baumaßnahmen gegen Hochwasser, z.B. für die Deiche, aber auch für andere Baumaßnahmen, Herr Kummer, dass diese Verantwortung nicht allein beim Freistaat liegt, sondern die Verantwortung beginnt ganz unten. Die beginnt wirklich ganz unten und wenn die betroffenen Bürger in Schlussfolgerungen aus dem Hochwasserereignis nicht einmal in der Lage sind, eine Solidarität zu entwickeln, um den Platz für den Deich zur Verfügung zu stellen, Herr Kummer, dann nutzen unsere ganzen Großen Anfragen alle nichts, denn diese Erkenntnis, die muss ganz unten vor Ort wachsen. Da muss ich Ihnen, meine Damen und Herren von der PDS, entgegenhalten, fragen Sie doch nicht nur die Landesregierung, wie viele Baugenehmigungen im Flutungsgebiet erteilt worden sind und werden. Machen Sie ein Rundschreiben an alle ihre kommunalen Vertreter, schließlich sind die doch ebenso in der Verantwortung, und dann werden Sie aus erster Hand die Interessenlage vor Ort, ich hatte Ihnen ein Beispiel gegeben, erfahren und dann können wir weiter reden. Ich garantiere Ihnen, Sie werden sich bei manchem Beschluss ob der Kleinkariertheit vor Ort die Haare raufen. Sehen Sie bitte unter diesem Aspekt, ich könnte sagen unter diesen Aspekten, auch die Forderungen des Bundesministers Trittin zur Verbesserung des Hochwasserschutzes. Diese Vorschläge zählen in Thüringen bereits größtenteils zur Routine. Die terminlichen Vorgaben allerdings sind zum Beispiel bei der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten schlicht unrealistisch, ich könnte sagen siehe oben, ich hatte es ja gerade ausgeführt, welche Randbedingungen und welche Prämissen es da alles noch zu beachten gilt. Genug, ich komme zum Fazit: Einflussnahme auf Hochwässer, welche normal bis regelmäßig vorkommen, ist zu organisieren und wo notwendig zu verbessern. Dazu gibt die Auswertung, die Beantwortung der Fragen genügend Hinweise. Das ist aber Aufgabe aller Bürger und nicht nur Aufgabe der Landesregierung. Einflussnahme auf Jahrhunderthochwässer ist zur

Milderung und zur Katastrophenvorsorge zu tätigen. Dabei sollen alle Reserven einbezogen werden, auch wenn dabei, siehe Leibis, ideologische Scheuklappen fallen müssen. Heute Vormittag analysierte mein Kollege Kretschmer die Arbeit der Opposition bei dem Leitthema heute Vormittag und stellte fest, dass diese sich vorwiegend in der Aufforderung an die Landesregierung, diese möge antworten oder diese möge berichten, erschöpft. Unter Einbeziehung der Mündlichen Anfrage in Drucksache 3/3654 von Herrn Kummer und der Kleinen Anfrage 3/3613 von Frau Becker zu gleichen Themen kann ich die Erkenntnisse meines Kollegen Kretschmer von heute Vormittag nur unterstreichen. Da werden wir eine weitere Diskussion über diese aus unserer Sicht völlig ausreichend beantwortete Große Anfrage im Ausschuss nicht befürworten. Ich danke Ihnen meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Staatssekretär Baldus, bitte schön.

Baldus, Staatssekretär:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, erlauben Sie mir, ehe ich zum Kern der Großen Anfrage komme, einige Vorbemerkungen. Das außerordentliche Hochwasserereignis vom August 2002 hat nicht nur große Teile von Sachsen-Anhalt verwüstet, sondern auch den Freistaat Thüringen im Bereich des Altenburger Landes betroffen. In ganz Mitteleuropa, so auch bei uns in Thüringen, hat das Hochwasser der Elbe die Öffentlichkeit auf drastische Weise wieder für das Thema Hochwasser sensibilisiert. Die Bilder aus den Medien haben gezeigt, welche verheerenden Ausmaße solche Ereignisse mit sich bringen und wie existenziell die Auswirkungen auf die Bevölkerung, auf die Infrastruktur, aber auch auf die Umwelt sind. Sie haben zu einer Betroffenheit geführt, die ihresgleichen in der neueren deutschen Geschichte sucht, zumindest seit der Hochwasserflutkatastrophe in Hamburg 1962. Wenige Monate nach dem großen Elbhochwasser stand zur Jahreswende 2002/2003 das Hochwasserereignis in Mittel- und Nordthüringen im Mittelpunkt des Interesses. Die Medien haben darüber intensiv berichtet und insbesondere die Bemühungen um die Sicherung des Lossa-Deiches in Leubingen haben durchaus nationale Schlagzeilen gemacht. Die Welle des medialen Interesses ist jedoch so schnell wieder verschwunden, wie das Wasser abgeflossen ist.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, damit ist die Diskussion dort, wo sie eigentlich auch hingehört, nämlich bei den Fachleuten. Vorbeugender Hochwasserschutz ist in Thüringen kein neues Thema. Aus leidvoller Erfahrung besteht in unserem Land seit langer Zeit eine hohe Sensibilität gegenüber Hochwasserereignissen. Nicht zuletzt deshalb

existiert im Hochwasserentstehungsgebiet Thüringen eine Vielzahl von wasserwirtschaftlichen Anlagen, die sich in ihrer Aufgabe bewährt haben, die zum Teil der Daseinsvorsorge dienen und zugleich Teil eines bewährten Hochwassermanagements sind. Inhaltlich nach wie vor brandaktuelle Broschüren wurden bereits zitiert wie "Vorbeugender Hochwasserschutz in Thüringen" mit der zweiten Auflage 2002 und "Vorsorgender natürlicher Hochwasserschutz" sowie "Hochwasserereignisse in Thüringen" wurden nicht von ungefähr in den letzten zwei bis drei Jahren herausgegeben. Sie sind in erster Linie dazu bestimmt, neben der Verwaltung auch die interessierte Öffentlichkeit aus erster Hand zu informieren. Hierzu wird auch die nach dem Hochwasser zur Jahreswende 2002/2003 kurzfristig vorbereitete und bereits erschienene "Anleitung für die Verteidigung von Flussdeichen, Stauhaltungsdämmen und kleinen Staudämmen" beitragen. Die Aktualität des Themas können Sie auch an den aktuellen Novellen des Thüringer Wassergesetzes im Jahre 2003 ersehen oder an der öffentlichen Diskussion zu den Rechtsverordnungen für Überschwemmungsgebiete. Sehr geehrte Damen und Herren, große Hochwasserereignisse werden immer zu unvermeidbaren Überschwemmungen führen. Unsere Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen so weit wie möglich zu schützen. Staatliche und kommunale Vorsorge sowie eigenverantwortliches Handeln der Bürgerinnen und Bürger müssen dabei Hand in Hand gehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorsorge bezieht sich auf Verhaltensvorsorge, die alle Maßnahmen umfasst, die im Hochwasserfall durch richtiges Verhalten den Schaden gering halten, Flächenvorsorge, die das Freihalten hochwassergefährdeter Bereiche vor Bebauung beschreibt, Bauvorsorge, die den Schutz der bestehenden Gebäude gegen Hochwasser zum Inhalt hat und Risikovorsorge für den Fall, dass die Hochwasserschutzmaßnahmen bei extremem Hochwasser nicht ausreichen und Hochwasserschäden eintreten. Auf all diese Dinge nimmt die Große Anfrage zum vorbeugenden Hochwasserschutz Bezug. Bei der sich mit der Hochwasserthematik befassenden Landtagssitzung vom 30. Januar dieses Jahres, aber auch bei weiteren Folgeveranstaltungen wurde auf breiter Ebene intensiv über den Hochwasserschutz diskutiert. Ich möchte deshalb diese Diskussionen nicht an dieser Stelle im Einzelnen wiederholen, aber darauf hinweisen, dass die Veranstaltungen, an denen ich zum Beispiel in der letzten Woche teilnehmen durfte, sehr wohl gezeigt haben, dass sich die Fachleute, aber auch die Bürger vor Ort der Problematik nach wie vor bewusst sind und sehr verantwortungsbewusst und intensiv daran arbeiten, erkannte Mängel im Hochwasserschutz zu beseitigen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang ausdrücklich an die Probleme, die regelmäßig auftauchen, wenn Hochwasserwarnungen von Ministerien oder der Landesanstalt an die Leitstellen bzw. die Landratsämter gehen und dann mangels eines existierenden Bereitschaftsdienstes oder fehlender Alarmpläne den Endnutzer nicht erreichen kön-

nen. Ich ermahne an dieser Stelle ausdrücklich die Verantwortlichen, ehe das nächste Hochwasser kommt ihre Hochwasseralarmpläne einer gewissenhaften Überprüfung zu unterziehen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Alle.)

Alle. Wir haben uns in der letzten Woche ja in Südtüringen mit allen Ebenen, allen staatlichen und kommunalen Ebenen zusammengetan und diese Frage einmal aus allen Richtungen beleuchtet. Da haben wir festgestellt, dass auf der einen Seite Landratsämter durchaus die Meinung vertreten, die von ihnen verbreiteten Informationen würden den Empfänger erreichen, während die potenziellen Empfänger deutlich gemacht haben, dass sie eben diese Informationen zu spät oder teilweise gar nicht bekommen. Hier gilt es wirklich, insbesondere auf der kommunalen Ebene, aber auch mit staatlicher Unterstützung nachzusteuern.

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne die teilweise und dankenswerterweise überwiegend bekannten Schwachstellen zu beschönigen, haben die Menschen an der mittleren und unteren Unstrut zur Jahreswende seit rund 40 Jahren wieder einmal erfahren müssen, was Hochwasser heißt. Bewährte Hochwasserschutzmaßnahmen der letzten Jahrzehnte, so z.B. das Rückhaltebecken Straußfurt, die Deichbaumaßnahmen an der mittleren Unstrut in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts, aber auch die Sanierung des Flutkanals mit den Schöpfwerkssystemen an der unteren Unstrut zwischen 1995 und 2002, haben vielerorts die latent vorhandenen Restrisiken in Vergessenheit geraten lassen. Bei nüchterner Betrachtung kann das letztlich geringe Ausmaß der Schäden aber als Erfolg der staatlichen Vorsorge verstanden werden.

Die Landesregierung ist deshalb darum bemüht, die vorhandenen und soliden Ansätze für einen vorsorgenden Hochwasserschutz in Thüringen weiter zu verbessern, aber auch an die zukünftigen Anforderungen anzupassen. Dieses Anliegen wird im Jahr 2003 mit Mitteln in Höhe von 13,9 Mio. €, dies ohne den Anteil der Thüringer Fernwasserversorgung, umgesetzt. Dieses war nur möglich, da in erheblichem Umfang Mittel der Europäischen Union im Rahmen von Programmänderungen und -erweiterungen des Operationellen Programms des Freistaats Thüringen für die Jahre 2003 bis 2006 eingestellt werden konnten. Dies betrifft sowohl den Europäischen Fonds für die Regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).

Im Jahr 2004 werden voraussichtlich 21,4 Mio. € für Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes zur Verfügung stehen. Die unterschiedliche Mittelverteilung zwischen den Jahren 2003 und 2004 begründet sich im Besonderen daraus, dass neben den unmittelbaren Schadensbehebungen durch die Hochwasser 2002/2003 und den Deichsanierungen z.B. im Raum Sömmerda - hier sind

rund 11 km Deich saniert worden im Jahr 2003 - konzeptionelle Planungen durchgeführt wurden. Deren Umsetzung ist im Jahr 2004 nach den erforderlichen Plangenehmigungen und Feststellungen vorgesehen. Dies betrifft u.a. den Fortgang der Deichsanierungsmaßnahmen an der Unstrut und Nebenflüssen, aber auch den zügigen Wipperausbau und den Hochwasserschutz in Arenshausen, Kirchgangern an der Leine. Darüber hinaus wurde zur Behebung von Schäden an Gewässern erster und zweiter Ordnung aus Zuweisungen von Bundesmitteln im Rahmen des Fonds "Aufbauhilfe" ein eigenes Sonderwasserbauprogramm für das Altenburger Land konzipiert. Dieses umfasst bei vollständiger Auszahlung der Mittel des Bundes für die Haushaltsjahre 2003 und 2004 ca. 4,1 Mio. €.

Meine Damen und Herren, der Minister hat sich persönlich vor Ort in der von Hochwasser betroffenen Region im September davon überzeugen können, dass sowohl die Rekonstruktion der rechts- und linksseitigen Unstrutdeiche zwischen Sömmerda und Waltersdorf als auch der rechtsseitige Unstrutdeich zwischen Griefstedt und Riethgen, die Helbedeiche im Landkreis Sömmerda, die Sanierungsmaßnahmen bzw. Ersatzneubauten an den Schöpfwerken Waltersdorf und Scherndorf wie auch die umfassende Sanierung der wasserwirtschaftlichen Anlagen am Flutkanal einschließlich der dort befindlichen Schöpfwerke auf gutem Weg sind. Perspektivisch besondere Beachtung sollten dabei die Maßnahmen zur Aktivierung von Retentionsvolumen, z.B. in den Schlüsselwiesen bei Sömmerda, in einem möglichen vorgesehenen Polder Waltersdorf oder im großen Unstrutbogen bei Artern mit jeweils unterschiedlichem Ausführungs- und Planungsstand finden. Bereits im Frühjahr 2003 hatte sich Minister Dr. Sklenar beim Spatenstich am 14. April ein Bild über die umfangreichste Hochwasserschutzmaßnahme des Freistaats, dem Flussbau an der Wipper in Sondershausen, machen können.

Meine Damen und Herren, bei aller Wertschätzung ökologischer Maßnahmen zum Hochwasserschutz ist es unstrittig, dass im Bereich des technischen Hochwasserschutzes die vorhandenen Hochwasserrückhalteräume in Thüringen im Verhältnis zur Fläche und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl einen Spitzenwert in Deutschland einnehmen. Dies ist ja nicht von ungefähr so. Der Hochwasserrückhalteraum in Thüringen hat sich von 1994 bis heute um ca. 32 Mio. m³ auf 137 Mio. m³ erhöht und soll bis zum übernächsten Jahr, in 2005, auf 168 Mio. m³ ansteigen. Unabhängig davon soll die Ertüchtigung der Deichanlagen schnellstmöglich unter Nutzung der vorgenannten EU-Gelder und der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe gedeckt werden.

Die vor allem in Mittel- und Nordthüringen entstehenden Polderräume, die erst ab einem bestimmten Abfluss hochwasserscheitelnder geflutet werden sollen, stellen dabei eine wertvolle Ergänzung bisheriger Flächevorsorgekonzepte dar. Dies wird begleitet durch die landesweite Erstellung des Retentionskatasters, einer Übersicht vor-

handener und nach Rückbau von Deichabschnitten möglicher Hochwasserrückhalteräume, welche die bisherigen Aktivitäten bei der Feststellung von Überschwemmungsgebieten sinnvoll ergänzen.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir ein Wort zu den vorgeschlagenen Maßnahmen von Bundesminister Trittin zur Verbesserung des Hochwasserschutzes: Der von ihm dargestellte Katalog von Maßnahmen ist einerseits fachlich grundsätzlich zu bestätigen, wenngleich die Vorschläge in Thüringen zur gelebten Praxis und zur Routine zählen. Andererseits werden unrealistische terminliche Vorgaben gemacht wie z.B. bei der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten, die ohne zusätzliche Mittel bzw. Personalzuführung nicht leistbar sind. Da der Bund hierzu aber keine Finanzmittel bereitzustellen in der Lage oder bereit ist, ist der Teil des Entwurfs abzulehnen, der für Thüringen unannehmbare Hürden aufrichtet.

Meine Damen und Herren, der Mensch kann, wenn auch nur begrenzt, Einfluss auf das Hochwassergeschehen nehmen. Vorrangig werden Hochwasser aber durch natürliche Prozesse beeinflusst. Hingegen unterliegt das Anwachsen der Werte und Güter, die bei Hochwasserereignissen Schaden nehmen können, nahezu vollständig der Kontrolle des Menschen. Der Mensch kann Naturereignisse letztlich nicht verhindern, er kann aber wohl den Umfang des möglichen Schadens durch rechtzeitige Vorsorge reduzieren. Der Freistaat Thüringen ist gut beraten, die dargelegten Aktivitäten fortzusetzen und integriert zu handeln. Nur das Bündel der Maßnahmen von natürlicher Wasserrückhaltung, technischem Hochwasserschutz, Verminderung des Schadenspotenzials, das Bewusstmachen einer verbleibenden Hochwassergefahr und der Eigenvorsorge führt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes. Ein alter Spruch sagt: "Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser." Thüringen hat Tradition beim vorsorgenden Hochwasserschutz, diese gilt es zu bewahren und weiter auszubauen. Ich zähle dabei auf Ihre Mithilfe. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kummer, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zuerst ein Wort zur CDU-Fraktion: Also, meine Damen und Herren, eine Fraktion, die mit einem solchen Beitrag, wie er von Ihrer Gruppe heute kam, hier auftritt, der muss das Wasser wirklich bis zum Hals stehen.

(Beifall bei der SPD)

Der Staatssekretär hat es eben gesagt, Mängel erkennen und beseitigen, das sollte das Ziel sein beim Hochwas-

serschutz und das war auch Anliegen unserer Großen Anfrage. Ich glaube, wenn man uns hier beginnenden Wahlkampf vorwirft in diesem Zusammenhang, dann ist das wirklich eine sehr, sehr unverfrorene Geschichte, denn hier geht es wirklich um die Interessen unserer Bürger und um eine reale Gefahr. Herr Sonntag, noch eine kurze Bemerkung zum Beispiel Lehma: Für Autobahnen ordnen wir Grundstücke in Thüringen, ich denke, für Dämme können wir es auch.

Nun aber zu dem, was ich ursprünglich sagen wollte. Zuerst möchte ich mich bei den Mitarbeitern bedanken, die diese vielen Informationen zur Beantwortung der Großen Anfrage zusammengetragen. Dadurch wurde einiges deutlich. Es wurde aber auch deutlich, dass der Stellenwert, den die Landesregierung dem vorbeugenden Hochwasserschutz beimisst, besser sein könnte. Diese Bemerkung beziehe ich nicht in allererster Linie auf das Umweltministerium. Ich denke, hier wird sehr viel getan. Aber, ich glaube, die anderen Ressorts sollten beim vorbeugenden Hochwasserschutz auch intensiver mitdenken.

Ein Jahr nach dem Jahrtausendhochwasser an der Elbe, wo eben auch das Altenburger Land betroffen war, wird z.B. in der Titelgruppe für Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung von 9 Mio. €, die ursprünglich eingestellt waren, auf 3 Mio. € gekürzt. Es gibt den Versuch des Ministeriums, das zum Teil dankenswerterweise aufzufangen über europäische Mittel, aber der ursprüngliche Stand wird trotzdem nicht erreicht. Ein anderes Beispiel ergibt sich auch aus der Antwort auf die Große Anfrage. Hier ist zu finden: Die Realisierung des naturnahen Hochwasserschutzes muss stärker zum Tragen kommen. Aber es ist auch zu finden, dass eine Prioritätensetzung aufgrund knapper Mittel erfolgen muss. Und die Prioritätensetzung in Hinsicht auf die Realisierung des naturnahen Hochwasserschutzes sieht dann so aus, dass wir eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und eine Feststellung der natürlichen Überschwemmungsgebiete vorrangig betreiben. Mit Realisierung des naturnahen Hochwasserschutzes hat das noch nicht so viel zu tun. Dabei würde aber diese Realisierung langfristig viel Geld sparen. Ich möchte hier nur ein Beispiel bringen. Wenn wir z.B. Uferlandstreifen dort aufkaufen würden, wo wir es immer wieder mit Uferabbrüchen zu tun haben, anstelle diese Uferabbrüche immer wieder neu zu reparieren, dann könnten wir viel Geld sparen. Aber das ist im Moment nicht die übliche Politik in Thüringen.

Die Anfrage geht auch auf weitere landesgesetzliche Regelungen ein und sagt z.B., dass das Bodenschutzgesetz keine Belange des vorsorgenden Hochwasserschutzes verfolgt. Ich denke, auch hier greift das zu kurz. Auch ins Bodenschutzgesetz hätte eben gerade der vorbeugende Hochwasserschutz hineingehört. Aber auch bei der Neuregelung des Wassergesetzes, auf die Herr Sonntag vorhin eingegangen ist, wo wir übrigens zu meinem Bedauern keine öffentliche Anhörung dazu hinbekommen haben, hat es Probleme gegeben. Die jetzige Regelung sagt, Aus-

nahmegenehmigungen dürfen nur erteilt werden, wenn das Vorhaben die Hochwasserrückhaltung nur unwesentlich beeinträchtigt. Ein solcher Gummiparagraph stärkt die unteren Wasserbehörden eben nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD)

Sie beklagen im Gegenteil, dass sie weniger Eingriffsmöglichkeiten hätten als vorher, um Baumaßnahmen in Überschwemmungsgebieten zu verhindern. Gerade das war ja eigentlich unser Anliegen. Gerade auch von der Landesregierung wurde ja beklagt, dass es so viele Baumaßnahmen gerade in den Überschwemmungsgebieten gegeben hat. Was passiert inzwischen im Land? Es wird fleißig gebaut. Es hat ja jeder von uns einen Kreis, wo er auch sein Wahlkreisbüro hat. Da kann man sich einmal anschauen. Ich habe das in meinem Kreis getan und habe dort beispielhaft zwei Fälle, die ich Ihnen heute vortragen möchte. In der Nähe der Stadt Schleusingen wird z.B. eine Halle gebaut. Ziemlich groß, direkt am Ufer des Flüsschens Erle. Hier wird der Boden aufgeschüttet, weil man sich ganz genau bewusst ist, dass man in dieser Halle öfter nasse Füße bekommen würde. Aber nach der alten Karte des Landesverwaltungsamtes ist diese Halle nicht im Überschwemmungsgebiet. Da ist ein dicker Filzstiftstrich drin und da kann man das nicht genau zuordnen. Wunderbar, also eine vollkommen korrekte Baumaßnahme. Ein anderes Beispiel, in der Gemeinde Veilsdorf gibt es ein Gewerbegebiet. Da fahren Sie direkt am Ufer der Werra lang, direkt dort entsprechend auch in der Aue und da steht an der Straße schon ein großes Schild, dass Sie hier noch Baugrund kaufen können. Wunderbar! Und wenn wir so weitermachen, meine Damen und Herren, dann werden unsere Probleme immer größer. Herr Sonntag, es geht eben nicht gerade darum, dass dann, wenn ein Starkregen ist, diese Flächen versiegelt werden und das dann sowieso alles nicht mehr so wild ist. Es geht eben auch darum, dass die Gebäude letzten Endes fort sind, wenn ein großes Hochwasser kommt. Gerade die Werraue ist das hochwassergefährdetste Gebiet Thüringens. Hier müssen wir solche Baumaßnahmen verhindern.

(Beifall bei der PDS)

Die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt aber auch wieder die Ignoranz von Problemen. Ich möchte ein paar Beispiele nennen. So wird z.B. die Häufigkeit von Gewässerschauen alle zwei bis vier Jahre als ausreichend betrachtet. Meine Damen und Herren, wieso werden dann aber Baumaßnahmen in Überschwemmungsgebieten nicht verhindert? Gerade dazu könnten Gewässerschauen auch dienen. Ich denke, jährliche Kontrollen wären wesentlich günstiger. Sicherlich ist das auch mit einem erhöhten Aufwand verbunden.

In der Großen Anfrage ist zu lesen, der tägliche Flächenverbrauch nimmt anteilig stetig ab. Ein wunderschöner Satz. Ich meine, wir wissen ja, wie Sie Statistik immer hinbekommen. Ich hätte es anders formuliert. Immer weni-

ger Thüringer brauchen immer mehr Flächen. Das muss auch ein Ende haben. Herr Minister Trautvetter, hier sitzt er ja noch, hat beim LEP-Forum in Schmalkalden es fertig gebracht, die Entwicklungseinschränkungen zu beklagen, die es durch Hochwasserschutzgebiete in Südthüringen gibt.

Meine Damen und Herren, das ist eben gerade die Frage, wo ich sage, hier wird die Landesregierung nicht dem vorbeugenden Hochwasserschutz gerecht.

(Zwischenruf Trautvetter, Innenminister:
Hochwasser.)

Die Neuversiegelung muss gestoppt werden. Ein nächstes Beispiel: Zu Informationslücken bei Hochwasserwarn- und -informationssystemen finden wir in der Antwort auf die Große Anfrage, dass die Landesregierung über keine Kenntnisse zum Informationsverlust zwischen Kommunen und Kreisen verfügt. Warum wohl? Weil die Kreise dafür verantwortlich sind. Meine Damen und Herren, diese Antwort finde ich wirklich unbefriedigend, denn hier geht es um die Sicherheit der Thüringer Bürger. In dem Zusammenhang möchte ich ein Zitat des "Freien Wortes" vorlesen, wo etwas anderes dargestellt wurde. Das ist das "Freie Wort" vom 08.10.2003 und hier stand: "Mittags steht der erste Stadtteil in Bad Salzungen unter Wasser. Abends sehe ich diese Hochwasserbilder im Fernsehen. Und am nächsten Tag um 6.00 Uhr liegt die erste Hochwasserwarnung auf meinem Schreibtisch." Diese Situation schilderte Peter Luck, der Leiter des Bad Salzunger Ordnungsamts auf der Südthüringer Regionalkonferenz zum Hochwasserschutz in Breitung. Herr Sonntag, da sagen Sie, wir haben keinen Diskussionsbedarf mehr zum Hochwasser? Ich glaube, solche Probleme gehören eben gerade in den Ausschuss, um die hier ordentlich zu regeln. Ein weiteres Problem, wo sich eben auch gerade die Frage der Kreiszuständigkeit stellt und ob die sich bewährt hat, wurde vom Geschäftsführer der Thüringer Fernwasserversorgung, Herrn Peters, angesprochen. Er hat immer wieder beklagt, dass die Kreisgrenzen auf den Hochwasserschutzdämmen zu erkennen sind an den unterschiedlichen Sandsackhöhen. Meine Damen und Herren, was macht das denn für einen Sinn? Das Hochwasser orientiert sich nicht an Kreisgrenzen. Dort, wo die Sandsäcke zu niedrig sind, wird es immer drüberströmen. Auch hier muss ein einheitliches Handeln her und wir müssen klären, wie so etwas geregelt wird.

Ein letztes Problem, das ich heute ansprechen möchte, ist die finanzielle Unterstützung von Kommunen im Schadensfall. Herr Staatssekretär ist vorhin auf ein paar Fragen eingegangen. Im Altenburger Land gibt es ja auch eine Vereinbarung von Bund und Land zur Unterstützung Thüringer Gemeinden. Im Landkreis Sömmerda und im Kyffhäuserkreis wird nach der Antwort eine Mittelbereitstellung aus dem Landesausgleichsstock geprüft. Auch das ist in Ordnung. Aber, meine Damen und Herren, was ist mit den Kommunen von den anderen besonders be-

troffenen Kreisen? Die Kreise Hildburghausen, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Weimarer Land? Die Verwaltungsvorschrift zur Gewährung staatlicher Finanzhilfen bei Elementarschäden gilt nicht für Gemeinden. Die Richtlinie sagt, nur bei existenzgefährdenden Schäden könnte das Land hier Mittel bereitstellen. Aber solche Schäden sah z.B. die Stadt Eisfeld, die über 180.000 € Schaden hatte durch das Januar-Hochwasser. Sie musste die Mittel aufwenden für Brückensanierung, Uferbefestigung, Wegebau und vieles andere. Bei der finanziellen Situation, die die Stadt Eisfeld gerade durch die Eingemeindung der Gemeinde Waffenrod hinter sich gebracht hat, an die sich die Damen und Herren hier im hohen Haus sicherlich noch gut erinnern können, ist so etwas eben existenzgefährdend. Eine Ablehnung des Antrags der Stadt vom Landesverwaltungsamt liegt vor. Die Begründung: Gemeinden erhalten nach dieser Vorschrift keine Finanzhilfe. Auch hier, denke ich, müssen wir über eine vernünftige Regelung beraten, wie wir solchen Gemeinden helfen können. Ich glaube, das ist überfällig und auch deshalb eine Beratung im Ausschuss notwendig.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich Ihnen noch ein Zitat des Geschäftsführers der Thüringer Fernwasserversorgung, Herrn Peters, vortragen aus der Zeitschrift "Umwelt": "Extreme Hochwasser sind leider sehr schnell wieder vergessen und notwendiger Deichbau wird um Geld zu sparen auf die lange Bank geschoben. Hier muss die Gesellschaft wissen was sie will. Wenn die Klimaexperten Recht behalten und die Extreme zwischen Trockenheit und Niederschlag immer größer werden, muss die Gesellschaft ihr Schutzbedürfnis diesen Bedingungen anpassen. Dazu gehören nicht nur intelligente Hochwasserschutzmaßnahmen, sondern auch ein anderer Umgang mit Hochwasser im Kopf." Meine Damen und Herren von der CDU, ich fordere Sie zu diesem anderen Umgang auf. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Wir haben eine Meldung noch aus dem Plenum. Frau Abgeordnete Becker und der Herr Staatssekretär sitzt auch noch mal auf dem Sprung, wie ich das sehe. Bitte, Frau Kollegin Becker.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Staatssekretär, ich bin ja erst einmal zufrieden, Herr Staatssekretär, dass Sie dann die Ebene der Sachlichkeit wieder erreicht hat, weil Herr Sonntag hatte sie ja wohl kurz mal verlassen. Ich bin sehr glücklich, dass Sie das geschafft haben, uns wieder hier einzufangen, sonst wäre das ja in einer Katastrophe gelandet. Ich weiß auch nicht, wie lange die CDU-Fraktion das noch sich gestatten lassen will, dass solche Sachen im Umweltbereich passieren. Ich glaube, Sie tun damit allen keinen Gefallen.

Die Antworten zur Großen Anfrage "Vorbeugende Maßnahmen zum Hochwasserschutz" werfen leider auch am Freitagnachmittag noch einige Fragen auf. Sicherlich wäre es angenehmer für die Kolleginnen und Kollegen gewesen, dass wir die Detailfragen im Umweltausschuss besprochen hätten und wir wären ja auch dazu bereit gewesen, aber leider hat die CDU-Fraktion schon angekündigt, dem nicht zuzustimmen, also müssen wir dies hier tun. Ein wichtiger Punkt für die SPD-Fraktion ist die mögliche Umwandlung von Ackerland in Grünland in Überschwemmungsgebieten. Ich bin froh, dass die Landesregierung das in dieser Anfrage auch so sieht. Sie sind darauf eingegangen, leider gehen Sie nicht darauf ein, wie Sie die Probleme lösen wollen. Wenn wir das alle insgesamt wollen, dass Ackerland in Grünland umgewandelt wird, müssen wir auch Fördermaßnahmen dazu schaffen. Ich glaube, dass das KULAP dazu nicht geeignet ist, da die Förderzeit von 5 Jahren zu kurz ist. Wir sollten darüber nachdenken, Mittel aus der Modulation dafür einzusetzen. Wir haben auch schon öfter darüber geredet und Herr Minister Sklenar war ja auch im Umweltausschuss. Ich würde Sie doch bitten, da noch mal nachzudenken. Die Anfrage gibt das nämlich leider nicht her.

Als Nächstes, auch das wurde heute schon angesprochen, ist der Flächenentzug in Deutschland. Natürlich kann man das gut darstellen, dass seit 1992 der Flächenentzug in Thüringen wieder zurückgeht. Das wäre auch schlimm, wir wären schon längst eingemauert, wenn das auf diesem Niveau weitergegangen wäre, aber im Dezember 2002 hatte ich mal so einen glücklichen Anfall, hatte die Landesregierung mal so eine Eingebung in der Staatskanzlei mit dem Minister Gnauck, einen Vertrag mit der Fachhochschule Nordhausen zu schließen über Flächenmanagement und Brachflächen. Da wurde ein Gebiet aus Nordhausen erst mal als Fördergebiet rausgenommen, also sozusagen zur Prüfung ausgenommen und dargestellt, wie viel Brachflächen und wie viel Industriebrachen wir haben, bevor wir dazu kommen, neue Industriegebiete auch in der "Goldenen Aue" zu schaffen. Und dieser Ansatz von damals war ja ein sehr guter, nur ich weiß jetzt nicht, wie er weitergeführt werden kann, da Herr Gnauck uns leider aus der Landesregierung verlassen hat. Aber ich hoffe, dass diese Anregungen noch mitgetragen werden, auch vom Umweltministerium, weil der Ansatz war wirklich gut, das muss man so sagen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir bedauern das, wir hätten ihn gern behalten.)

Ich glaube, dass weiß er, Wolfgang. Gut. Nämlich die vorhandenen Baumaßnahmen, die ...

Ja, ja ich weiß. Du weißt, wie spät es ist, wenn du jetzt weiter mit mir redest - also.

Wir müssen bei dem Flächenentzug auch im Rahmen der A 38 darauf achten, dass nicht wieder solche Situationen entstehen wie in Sundhausen und in Uthleben, da haben

nämlich die Leute auch von der unteren Wasserbehörde darauf hingewiesen, dass so, wie die A 38 da angelegt wird, ein neuer Stauraum geschaffen wird und dadurch die Gemeinden gefährdet würden. Und genau das ist im Dezember/Anfang Januar im Landkreis Nordhausen eingetreten. Und, Herr Staatssekretär, die Menschen dort haben das immer gesagt. Als die Planungen da ausgelegt waren, haben sie darauf hingewiesen, dass es so nicht geht. Nun bessert in diesem Fall die DEGES ja nach. Also, ohne weiteres würden sie das nicht tun, wenn sie nicht einsehen würden, dass da wirklich Fehler gemacht wurden. Da würde ich Sie auch bitten begleitend Ihre Hand darüber zu legen.

Ein nächstes Thema, wo der Hochwasserschutz der Fortschreibung bedarf, das ist der LEP; darüber haben wir ja in den letzten zwei Tagen auch schon geredet, ich will das auch abkürzen. Ich würde es für sehr dringlich erachten, die Überschwemmungsgebiete und die Talauen festzuschreiben für die Fließgewässer, dass natürliche Retardationsräume entstehen können. Und wenn das im LEP schon festgeschrieben ist, da müssen die anderen Planungen darauf auch aufbauen. Dann haben wir wieder mehr Spielraum, damit wir das umsetzen können.

Zu Baugenehmigungen in Überschwemmungsgebieten, das hat Herr Kummer auch schon angesprochen, das ist natürlich eine Farce. Wir ändern dieses Jahr zweimal das Wassergesetz. Wir sind jetzt beim zweiten Mal bei der Änderung des Wassergesetzes. Herr Minister Sklenar hat Anfang des Jahres groß getönt, wie schlimm das ist, wenn in Überschwemmungsgebieten gebaut wird, und was machen wir bei der Änderung des Wassergesetzes - wir weichen es auf. Es gibt die sächsische Lösung, das ist eindeutig so, dass die Sachsen es verbieten, weiter in Überschwemmungsgebieten zu bauen. Dieser Lösung sollten Sie sich nicht weiter entziehen. Wir werden Ihnen die Chance geben, bei der Wassergesetzänderung diesen Änderungsantrag noch mal einzubringen, da könnten Sie vielleicht mit Nachdenkungsprozessen, Herr Baldus, bei Ihrer CDU-Fraktion nachhelfen, dass der Antrag vielleicht doch noch angenommen wird.

Ein nächstes Problem sind die Deiche an Gewässern zweiter Ordnung, die vorrangig vor Hochwasser vom Gewässer erster Ordnung schützen. Diese Unterhaltungslast müsste dem Land überführt werden. Auch dazu haben wir jetzt die Chance innerhalb des Wassergesetzes. Wir werden dazu nächste Woche im Umweltausschuss etwas sagen. Ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen.

Auch beim technischen Hochwasserschutz, es wird uns ja immer unterstellt, wir wollen nur renaturieren, das stimmt ja nicht. Wir erkennen den technischen Hochwasserschutz in Thüringen an. Wir sind aber auch der Meinung, dass er nur beidseitig ausgebaut werden kann, also der technische Hochwasserschutz und - die Mauer von Leibis würde ich da trotzdem nicht erhöhen, Herr Baldus - würde ich sehen, dass einmal der technische sein muss und ande-

rerseits auch Renaturierungsflächen wie er an der Unstrut- und zum Teil auch an Gewässern zweiter Ordnung und da ist Ihre Antwort in der Anfrage auch sehr mäßig, würde ich mal vorsichtig sagen. Bei der Flächensuche zur Deichrückverlegung, auch das sprechen Sie an, auch da sagen Sie, dass Sie mit den staatlichen Umweltämtern in Kontakt stehen und zusätzliche Flutungsflächen suchen, nur konkrete Vorstellungen gibt es an der mittleren Unstrut, wir waren auch da, Sie hatten das angesprochen, aber weiter ist auch noch nichts zu sehen, also ich würde doch sagen, wir müssen uns etwas beeilen, weil wir nicht wissen, wann das nächste Hochwasser kommt. Wir wollen doch alle nicht, dass die Menschen weiter gefährdet sind.

(Beifall bei der SPD)

Das andere ist das Management der Stauanlagen. In unserem ersten Hochwasserforum im April dieses Jahres wurde wesentlich auf das Management der Saale-Talsperren eingegangen, Herr Baldus. Wir haben dann auch gehört, dass Sie dieses Management berichtigt haben und mehr Freiraum geschaffen wurde zum Hochwasserschutz. Vielleicht könnten Sie darauf auch noch mal eingehen, wie der jetzige Stand ist. Wir wissen das nur vom Mai letzten Jahres, was Sie dazu gesagt haben.

Gewässerrenaturierung hatte ich schon angesprochen. Ich halte es für ganz wichtig, dass Flüsse und Bäche insgesamt renaturiert werden und nicht nur abschnittsweise, weil das ist nicht die Gesamtkonzeption, die wir dazu brauchen. Es gibt da einen interessanten Ansatz eines Projektes der Uni Hannover zur Renaturierung von Fließgewässern mit Totholz, das soll auch finanziell nicht ganz so schlimm sein, also nicht, dass wir da nun wieder gleich kommen mit der Keule erschlagen, dass wir dafür viel Geld brauchen. Über die Hochwasserschutzkürzung im Haushalt hat Herr Kollege Kummer gesprochen. Da könnten Sie uns vielleicht mal erklären, wie das mit der Umsetzung der EU-Mittel vonstatten geht, weil es kamen da immer widersprüchliche Aussagen aus Ihrem Haus, dass einerseits die Mittel zwar genehmigt wurden, aber ob sie denn wirklich für diese Maßnahmen zur Verfügung stehen sollten, da sind wir noch nicht ganz informiert. Das gibt die Antwort auf die Große Anfrage auch nicht hier. Sonst wünsche ich mir eine Zusammenarbeit auf einer Ebene, Herr Baldus, die Sie hier geschaffen haben, aber nicht auf der Ebene von Herrn Sonntag. Danke schön.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Staatssekretär, bitte noch eine Replik.

Baldus, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige Fragen, die in der Debatte gestellt worden sind, kurz antworten. Ich werde mich

jedenfalls um eine kurze Antwort bemühen.

Frau Becker, der Stellenwert, den die Landesregierung dem Hochwasserschutz - und Herr Kummer hat das auch angesprochen - zuwendet, ist zweifelsfrei hoch, wenn auch wie in allen anderen Gebieten die Mittel begrenzt sind. Schon im letzten Jahr hat die Landesregierung entsprechende Maßnahmen ergriffen und in diesem Jahr, und glücklicherweise hat die EU-Kommission dem Antrag des Freistaats Thüringen stattgegeben, konnte eine erhebliche Mittelaufstockung für den Hochwasserschutz erreicht werden. Frau Becker hat die Frage gestellt, ob die Mittel denn nun in diesem Jahr - ja, Sie haben sich jetzt ein bisschen versteckt nach hinten - zur Verfügung stehen. Ich kann Ihnen berichten, dass die 13,896 Mio. € zur Verfügung stehen. 6,518 Mio. € stehen für Gewässer erster Ordnung zur Verfügung, für Gewässer zweiter Ordnung - und ich rede nur von zugewiesenen Mitteln - stehen 2,403 Mio. € zur Verfügung und für Wasser- und Bodenverbände insgesamt aus dem Landeshaushalt 163.960 € und aus der Abwasserabgabe 294.000 €, so dass wir insgesamt berichten können, dass die eingeplanten Mittel auch in voller Höhe zur Verfügung stehen. Zum Thema naturnaher Hochwasserschutz ist sicherlich auszuführen, dass die Maßnahmen sich nicht in kurzer Zeit realisieren lassen. Hier hat ein Umdenken stattgefunden und hier ist der Rechtsrahmen auch im Wandel. Ich muss aber ganz deutlich sagen, Frau Becker, wenngleich wir dem Einsatz von Grünland im ufernahen Bereich eine hohe Priorität zumessen, so können wir doch nicht den Intentionen des Bundesumweltministeriums folgen, die pauschal eine Überflutungsfläche von rund 1 Mio. Hektar aus dem Markt nehmen wollen, obwohl sicher vor Ort bekannt ist, dass weniger als 10 Prozent dieser Flächen durch Überflutung tatsächlich gefährdet sind, wo man auch durch Umwandlung von Ackerland in Grünland tatsächlich eine signifikante Verbesserung erreichen kann. Bei über 90 Prozent der Ackerflächen handelt es sich um Flächen, die bei Hochwasser durch Durchnässung im Wesentlichen gefährdet sind, wo keine Erosion zu befürchten ist und es folglich auch nicht gerechtfertigt sein kann, dass man diese Flächen zwangsweise in Grünland umwandelt. Wir sind mit dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im Gespräch. Das Ernährungsministerium hat uns auch Unterstützung gegenüber dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zugesagt, was deutlich macht, dass es hier nicht nur schwarz und weiß, braun und grün gibt, sondern dass man sich den Problemen tatsächlich sachkundig zuwenden muss. Wir tun das. Hinsichtlich Ihrer Anmerkung, Herr Abgeordneter Kummer, Bodenschutzgesetz, hier den Hochwasserschutz zu verankern, dieses halten wir für sachfremd. Das wäre eine Überfrachtung. Es geht hier im Bodenschutzgesetz darum, den Boden vor schädlichen Verunreinigungen zu schützen und nicht diese Ziele zu erreichen. Das müssen wir mit anderen Regelungen hinkommen und wir sind hier auch auf einem guten Wege. Wie weit die Diskussion der nächsten Woche führen wird, bleibt abzuwarten. Es wird immer wieder diskutiert, Bau-

maßnahmen in Überschwemmungsgebieten zu verhindern. Wir sind der Auffassung, dass das, was rechtlich geboten ist in Thüringen, auch schon in Recht gefasst worden ist. Wir haben gesagt, Bauen im Außenbereich in Überschwemmungsgebieten ist in Thüringen nicht zulässig. Wir sagen, dort, wo wir eine geschlossene Ortsbebauung haben, wird zumindest zusätzlicher Hochwasserschutz durch ein Bauverbot nicht erreicht. Das hier technischer Bauerschutz erforderlich ist, ist bekannt und dieses zu realisieren ist Aufgabe der unteren Behörden, also der Bauaufsicht.

Zum Thema Flächenverbrauch: Hier wird relativ pauschal gesagt, in Thüringen gibt es noch Flächenverbrauch. Wir nähern uns in Thüringen der Null-Linie. Ich darf drei Zahlen nennen: Im Jahre 1999 waren es 140.827 Hektar, die bebaut waren, im Jahr 2000 waren es 141.777 Hektar und im Jahr 2001 waren es 142.662 Hektar. Dies im Vergleich zu 1992, dort war die Zahl 127.680 Hektar. Das zeigt, dass die Flächeninanspruchnahme in Thüringen drastisch zurückgeht, dass also die Neuinanspruchnahme sich, wie gesagt, der Null-Linie nähert. Herr Kummer, ich weiß nicht, ob Sie sich selbst zitiert haben, ich glaube aber nicht. Sie haben Herrn Luck zitiert auf dem Hochwasserforum in Breitungen. Der Ordnungsamtsleiter der Stadt Bad Salzungen sagt, dass nachmittags das Hochwasser der Werra zu sehen ist und er die Warnung morgens früh um 8.00 Uhr in seinem Zimmer hat. Hätte er eine Verbindung zu seiner Leitstelle, dann hätte er am Mittag des Vortags gewusst, welche Hochwasserwarnstufe ausgerufen ist. Ich halte es nun nicht für eine besondere Ruhmestadt, wenn ein Ordnungsamtsleiter bei einer bestimmten Wetterlage morgens um 8.00 Uhr in sein Büro geht, um dann zu gucken, ob die Werra übergelaufen ist, während die Feuerwehr schon 18 Stunden im Einsatz ist. Das ist nämlich die Praxis.

(Beifall bei der CDU)

Da haben Sie sich einen Kronzeugen ausgesucht, der sich sicherlich mit seiner Aussage in Breitungen kein gutes Zeugnis ausgestellt hat.

Zur Frage von Frau Becker, was ist denn Sachstand im Bereich der Polder. Hier gibt es gegenüber der Beantwortung der Großen Anfrage eine Fortschreibung. Die vorgezogenen Baumaßnahmen am Polder Schlüsselwiesen haben begonnen. Vorstudien liegen aktuell zum Polder Waltersdorf im Landkreis Sömmerda vor. Darüber hinaus sind Bestandsaufnahmen an der oberen Unstrut veranlasst sowie eine Optimierung der vorhandenen Polderflächen - keine Erweiterungen an der unteren Unstrut - sind im Fachgespräch.

Es ist Freitag, aber noch nicht Schluss, Herr Professor Goebel. Eine wichtige Rolle im ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:
... Staatssekretäre arbeiten weiter.)

Staatssekretäre lassen sich durch solche Dinge nicht beeindrucken, schon gar nicht in ihrer Arbeitsfreude einschränken, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig ist, dass wir die Überschwemmungsgebiete auf einem aktuellen Stand erfassen und das Ausweisungsverfahren in einem überschaubaren Zeitraum zu Ende führen. Aus diesem Grund haben wir das Personal im Landesverwaltungsamt mit Kräften des Ministeriums verstärkt, so dass wir zuversichtlich sind, dass wir mit der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten in Thüringen in diesem Jahrzehnt das Ziel erreichen. Das ist ein Wert, wie ihn auch unser Nachbarland Sachsen-Anhalt anstrebt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und für die sachliche Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat es der Herr Staatssekretär geschafft, um 15.42 Uhr des heutigen Tages der letzte Redner an diesem Pult gewesen zu sein, denn die Beratung ist geschlossen und damit kann ich auch den Tagesordnungspunkt schließen. Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich nur sagen, das war's. 13 Jahre Thüringer Landtag ...

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Die PDS-Fraktion hatte Überweisung der Großen Anfrage an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt beantragt.)

Dann stimmen wir diese Ausschussüberweisung noch ab. Entschuldigung, das war hier nicht ganz angekommen. Wer zur weiteren Beratung die Materie an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Das ist die Mehrheit. Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit Mehrheit abgelehnt. Es ist eine sehr große Präsenz im Saal zu diesem Schluss. Damit kann ich jetzt diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Einen Moment noch, weil wir die letzte Sitzung, wie ich heute Morgen schon gesagt habe, jetzt hinter uns gebracht haben. 13 Jahre Thüringer Landtag in diesem Saal - einige Punkte zur Bilanz hatte ich ja heute Morgen schon gesagt, so bleibt mir an dieser Stelle jetzt nur noch einmal, das möchte ich auch gern tun, allen zu danken, die in diesen Jahren hier die Debatten geführt haben, die gehört haben, die geredet haben, die gefragt und geantwortet haben, gewählt, abgestimmt und beschlossen, je nach Materie streitig, aber manchmal auch in beachtlicher Einmütigkeit. Danken möchte ich auch allen, die uns dabei begleitet haben, von Seiten der Verwaltung, der Stenografische Dienst, die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die Technik, die uns begleitet hat und auch die Presse, je nachdem, manchmal in

großem Einverständnis, manchmal auch in Kontroverse, so ist das mit freien Medien, die wir im Land haben, und auch allen Besucherinnen und Besuchern.

Es ist ein Stück Geschichte, die wir mit diesem Saal verbinden, ich denke, jeder Einzelne ganz persönlich für sich, aber auch natürlich für unser Land, für den Freistaat Thüringen. Manches wird im neuen Saal sicher ähnlich sein, das hängt einfach damit zusammen, dass wir Parlament und Thüringer Landtag sind, manches wird sich vielleicht auch ändern unter anderen äußeren Umständen. Um eine bleibende Erinnerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich mich gerne mühen, auf die ich mehrfach schon angesprochen worden bin, nämlich: Im Ältestenrat, meine ich, sollten wir gemeinsam miteinander darüber beraten, auf welchem Weg interessierte Abgeordnete ihren Parlamentsstuhl dauerhaft zum weiteren dann individuellen Gebrauch erwerben können, gegen Bares versteht sich. So bleibt am Ende auch ein wenig erhalten, und ich denke auch, das ist ein guter Gedanke zum Abschied aus diesem Saal.

Das nächste Plenum findet dann, wie bereits schon ausgedrückt, in dem dann schon eingeweihten neuen Plenarsaal am 13. und 14. November 2003 statt. Jetzt ist es 15.45 Uhr und ich schließe die Sitzung.

(Beifall im Hause)

Ende der Sitzung: 15.45 Uhr